

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 M. pro Monat. Eintragungen in die Post-Verzeichnisse. Unter Streifenband für Deutschland und Ostpreußen 2 M., für das übrige Ausland 3 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Österreich, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Kolonialzeile oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 29. August 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Sozialdemokratie und Kolonialpolitik.

Die Stuttgarter Kolonialdebatte findet in der Parteipresse noch lebhaften Nachhall. Speziell die Genossen Südekum und David können sich noch nicht darüber beruhigen, daß nicht die Resolution, die in der Kommission die Mehrheit auf sich vereinigte, von der Mehrheit des Plenums angenommen wurde, sondern die Resolution der Kommissionsminderheit. Genosse David findet es zudem befremdend, daß gleich der „Leipz. Volksztg.“ auch der „Vorwärts“, das Zentralorgan der deutschen Partei, diese Entscheidung des Kongresses mit „stürmischem Jubel“ begrüßt habe.

Die Genossen Südekum und David finden die Stellungnahme des „Vorwärts“ um so unbegreiflicher, als nicht nur die große Mehrheit der deutschen Delegation für die Resolution der Kommissionsmehrheit eingetreten sei, sondern weil diese Resolution auch völlig im Einklang mit den bisher von der deutschen Sozialdemokratie vertretenen Anschauungen gestanden habe, während sich die Verteidiger der vom Plenum schließlich angenommenen Resolution — also „Leipz. Volksztg.“ und „Vorwärts“ — in einem Gegensatz zu dieser bisherigen Auffassung der Partei gebracht hätten.

Nun ist in Wirklichkeit genau das Gegenteil richtig, wie wir hiermit beweisen wollen!

Die dem Plenum vorgelegte Resolution der Kommissionsmehrheit — die den bisherigen Auffassungen des Sozialismus im allgemeinen und der deutschen Sozialdemokratie im besonderen entsprechen soll — begann mit folgender Einleitung:

„Der Kongress stellt fest, daß der Nutzen oder die Notwendigkeit der Kolonien im allgemeinen — besonders aber für die Arbeiterklasse — fast übertrieben wird. Er verwirft aber nicht prinzipiell und für alle Zeiten jede Kolonialpolitik, die unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wirken können.“

Wenn Worte überhaupt einen Sinn haben, war damit die bisherige Auffassung speziell der deutschen Sozialdemokratie, daß die Kolonialpolitik, wie sie bisher geschichtlich in die Erscheinung getreten ist und wie sie sich in der kapitalistischen Kolonialpolitik der Gegenwart verhält, dem Proletariat nicht nur keinen Nutzen bringt, sondern seinen Emanzipationskampf in der schlimmsten Weise gefährdet, verleugnet worden. Denn wenn auch die Anpreisung des Nutzens der Kolonien als „übertrieben“ gekennzeichnet worden war, so war der relative Nutzen doch zugleich zugegeben worden! Der zweite Satz, der dann speziell von den zivilisatorischen Aufgaben der „sozialistischen“ Kolonialpolitik sprach, schwächte wohl den ersten Satz ab, schaffte ihn aber keineswegs aus der Welt! Ganz abgesehen davon, daß der Begriff der „sozialistischen Kolonialpolitik“ etwas ganz Neues, Unfassbares, wissenschaftlich und logisch Unhaltbares darstellte, wie wir weiter unten darzulegen werden.

Man muß aber außerdem den Wortlaut der Resolution der Kommissionsmehrheit mit den Reden des Berichterstatters der Kommissionsmehrheit und anderer Beschwörter der Resolution vergleichen, um das Gefährliche der Resolution in vollem Umfange zu erkennen. So wendete sich van Kol, der Berichterstatter, nicht etwa nur gegen diejenigen, die von einer „sozialistischen“ Kolonialpolitik nichts wissen wollen, sondern auch gegen die Vertreter der Auffassung, daß die kapitalistische Kolonialpolitik trotz aller „humanitären“ Schönheitsplasterchen prinzipiell zu bekämpfen sei. Sagte doch van Kol:

„Ledebour wird doch auch überzeugt davon sein, daß der Kapitalismus in Europa eine Notwendigkeit ist, eine notwendige und unvermeidliche Zwischenstufe. Sollte das gleiche nicht auch für den Kapitalismus in den Kolonien zutreffend sein?“

Gewiß, die Kolonialen Greuel sind schrecklich, aber es ist nicht wahr, daß wir unfähig sind, sie zu unterdrücken und die Kolonialpolitik zu verbessern. Wir Holländer sind eines der ältesten Kolonialvölker. Aber wir haben es erreicht, daß man jetzt in den holländischen Kolonien nicht mehr alltäglich mordet, martert, brennt und plündert. Ledebour's Zukunftspläne sind reichlich utopisch. Er weiß doch sicher nicht, daß eine zukünftige Kolonialpolitik nach menschlichen Grundsätzen immer ganz friedlich sein wird. Ich würde es sehr bedauern, wenn eine so große Nation wie die deutsche sich im Vertrauen auf so utopische Pläne in den Schamollwinkel stellen und für die Gegenwart auf die bloße Negation beschränken würde.“

Das ist doch sehr deutlich! Van Kol behauptete unter Berufung auf die holländische Kolonialpolitik, daß auch unter dem kapitalistischen System die Kolonialpolitik humanisiert, also doch wohl für Sozialisten akzeptabel gemacht werden könne. Und in der Tat, wenn auch, nach van Kol, die sozialistische Kolonialpolitik der brutalen Gewalt der Waffen nicht entbehren können soll, warum sollte man denn die kapitalistische Gegenwarts politik noch in „starrer Negation“ ablehnen!

Es handelte sich also gar nicht, wie z. B. Südekum glauben machen will, um die theoretische Anerkennung der

Möglichkeit einer sozialistischen Kolonialpolitik der Zukunft, sondern um die Einschmuggelung des Gedankens, daß eventuell auch ein Kompromiß mit der kapitalistischen Kolonialpolitik möglich sei. Sagte doch auch Bernstein: „Wir müssen von der utopischen Idee abkommen, die dahin geht, die Kolonien zu verkaufen. Die letzte Konsequenz dieser Anschauung wäre, daß man die Vereinigten Staaten den Indianern zurückgäbe. (Unruhe.) Die Kolonien sind da. Damit muß man sich abfinden. Eine gewisse Vormundschaft der Kulturvölker vor Nichtkulturvölkern ist eine Notwendigkeit, die auch Sozialisten anerkennen sollten.“

Wir wollen damit freilich nicht behaupten, daß die Mehrheit derjenigen, die der Resolution der Kommission zugestimmt hatten, solche Absichten gehegt hätten, ja sich über die Absichten einiger Genossen auch nur klar gewesen wären. Aber die Reden der Genossen van Kol und Bernstein bewiesen doch ein solches Maß des Entgegenkommens an die bürgerlichen Anschauungen über die Kolonialpolitik, sie verrieten so deutlich, daß man unter „sozialistischer“ Kolonialpolitik nicht nur eine Lösung des kolonialen Problems in der sozialistischen Gesellschaft, sondern auch eine „sozialistische“ Sanierung der kapitalistischen Kolonialpolitik im bürgerlichen Klassenstaate verstehen wollte, daß es notwendig war, solchen Deutungen von vornherein mit aller Entschiedenheit vorzubeugen. Schon aus diesem Grunde war es hoch erfreulich, daß die Mehrheit des Plenums schließlich auch jene am Tage darauf vorgeschlagene Kompromißfassung der einleitenden Sätze der Resolution der Kommissionsmehrheit ablehnte, die folgendermaßen lautete:

„In der Erwägung, daß der Sozialismus die Produktivkräfte des ganzen Erdkreises entfalten und alle Völker zur höchsten Kultur emporführen will, verwirft der Kongress nicht jede Kolonialpolitik prinzipiell, weil diese unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wirken kann.“

Auch diese Fassung hätte von struppelosen Interpreten wieder zugunsten der Ansichten van Kols und Bernsteins gedeutet werden können. Schon deshalb war ihre Ablehnung eine hoch erfreuliche Tat!

Genosse David sucht die Abstimmung des Plenums nun dadurch zu diskreditieren, daß er hervorhebt, für diesen Kompromißantrag habe die gesamte deutsche Delegation mit Ausschluß von nur drei oder vier Delegierten gestimmt. Auch das ist unrichtig. Ueber diesen Antrag ist in der deutschen Delegation überhaupt nicht abgestimmt worden, vielmehr wurde nur gegen drei oder vier Stimmen beschloffen, daß je ein Vertreter der Mehrheit und Minderheit gemeinsam eine für beide Teile annehmbare Neufassung der einleitenden Sätze versuchen sollten. Dieser Kompromißantrag kam erst so kurz vor der entscheidenden Plenarsitzung zustande, daß er zur Abstimmung in der deutschen Delegation nicht mehr gelangen konnte. Welches die eigentliche Ansicht auch eines großen Teiles der deutschen Delegation war, bewies ja deren Schlussabstimmung in der Plenarsitzung, wo die unzweideutige prinzipielle Resolution der Minderheit der Kommission angenommen wurde!

Es ist also nur ein polemischer Kniff, die Frage der Abstimmung über die Kompromißfassung in den Vordergrund zu schieben und damit den Kern der ganzen Streitfrage zu verschleiern. Nur die Behandlung der ganzen Debatte in ihrem Zusammenhange gibt Aufschluß über das, um was sich die Differenzen in der Kolonialfrage eigentlich drehten!

Zum Schluß noch einige Worte über die „sozialistische“ Kolonialpolitik als sozialistisches Zukunftsproblem. Da behaupten nun David und Südekum, die deutsche Sozialdemokratie habe sich bereits vor dem Kongress auf diese „sozialistische Kolonialpolitik“ festgelegt, nämlich durch eine Stelle aus einer Rede Vebels und einen Passus des Fraktionsaufrufs zur letzten Wahl. Nun bedeuteten ja schon an und für sich solche Auslassungen noch keineswegs eine Festlegung der Partei; allein diese Deutung ist auch ohnehin durchaus verfehlt.

Die Stelle der Vebelschen Reichstagsrede lautet:

„Daß Kolonialpolitik getrieben wird, ist an und für sich kein Verbrechen. Kolonialpolitik zu treiben, kann unter Umständen eine Kulturtat sein; es kommt nur darauf an, wie die Kolonialpolitik getrieben wird. Es ist ein großer Unterschied, wie Kolonialpolitik sein soll, und wie sie ist. Kommen die Vertreter kultivierter und zivilisierter Völkerschaften, wie es z. B. die europäischen Nationen und die nordamerikanischen sind, zu fremden Völkern als Befreier, als Freunde und Wildner, als Helfer in der Not, um ihnen die Errungenschaften der Kultur und Zivilisation zu überbringen, um sie zu Kulturmenschen zu erziehen, geschieht das in dieser edlen Absicht und in der richtigen Weise, dann sind wir Sozialdemokraten die ersten, die eine solche Kolonisation als große Kulturmission zu unterstützen bereit sind. Wenn Sie also zu den fremden Völkerschaften als Freunde kommen, als Wohltäter, als Erzieher der Menschheit, um ihnen zu helfen, die Schätze ihres Landes, die andere sind als die unrigen, heben zu helfen, um dadurch den Eingeborenen und der ganzen Kulturmenschen zu nähern, dann sind wir damit einverstanden.“

Vebel stellt hier der realen Kolonialpolitik, wie sie bisher einzig in Erscheinung getreten, eine ideale Kolonialpolitik gegenüber, wie sie bisher noch nie und nirgends existierte. Ja, die kapitalistische Kolonialpolitik, die ja nur auf der Ausbeutung der Kolonial-

bevölkerung sowohl wie des einheimischen Proletariats basiert, ist solcher humanitären Wandlung auch nach der ehernen Logik der wirtschaftlichen und politischen Tatsachen gar nicht fähig! Wenn schon die kulturelle Befreiung der heimischen Arbeiterklasse innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nach den Auffassungen des wissenschaftlichen Sozialismus absolut ausgeschlossen ist — weshalb erstrebten wir denn sonst die sozialistische Gesellschaftsordnung? — so ist erst recht die kulturelle Befreiung der Eingeborenen der Kolonien eine platte Unmöglichkeit. Daß trotzdem die Sozialdemokratie für die möglichste Besserung der Lage der Unterdrückten und Ausgebeuteten auch schon im Gegenwartstaate eintritt, beruht sich ganz von selbst; aber nimmermehr kann diese praktische Gegenwartsarbeit zur Anerkennung des Kapitalismus in all seinen Erscheinungsformen führen! Daran denkt natürlich ein Vebel, der sich wiederholt als „Lodseind“ der heutigen Gesellschaftsordnung bekannt hat, zu allerletzt! Auch dürfte es Vebel schwerlich einfallen, seine rhetorische Antithese, die der kapitalistischen kolonialen Ausbeutungspolitik eine Politik der kulturellen Emporhebung der farbigen Massen entgegensetzt, als theoretische Fundamentierung der sozialistischen „Kolonialpolitik“ zu betrachten. Das, was Vebel will, aber ist selbstverständlich die Kulturmission des Sozialismus, die wir freilich nicht durch die Bezeichnung „Kolonialpolitik“ herabgesetzt sehen möchten!

Um ein bloßes Wortspiel handelt es sich auch nur bei dem Fraktionsaufruf, der sich genau in den von Vebel entwickelten Gedankengängen bewegt und hinzufügt:

„Wir sehen endlich in der deutschen Kolonialpolitik keine Stärkung, sondern eine Schwächung Deutschlands.“

Das ist doch etwas ganz anderes, als was van Kol und Bernstein über die Kolonialpolitik geäußert haben!

Nach alledem war es, wir wiederholen es, gerade angesichts der imperialistischen Aera des kapitalistischen Deutschland eine befreiende Tat, daß der Internationale Kongress eine Resolution faßte, die allen Kompromißereien und Interpretationskünsten gründlich ein Ende macht!

Der Versuch — wir bemerken nochmals, nicht der Mehrheit der deutschen Delegation oder des Kongresses — wohl aber einer Minderheit — an dem Klassenkampfcharakter der Sozialdemokratie zu „revidieren“, ist abermals abge schlagen worden, abge schlagen ganz im Sinne der Dresdener Resolution, in der es heißt:

„Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige Bewährte und sieggetränkte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Überwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.“

Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die aus möglichst rascher Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei wird, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt.

Daher ist der Parteitag im Gegensatz zu den in der Partei vorhandenen revisionistischen Bestrebungen der Überzeugung, daß die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern stetig verschärfen und erklärt:

1. daß die Partei die Verantwortlichkeit ablehnt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände und daß sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigert, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten. . . .

Der Parteitag erwartet, daß die Fraktion . . . den Kampf . . . wider Kolonial- und Weltmachtpolitik, wider Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen, als es ihr bisher in möglichem Maße gewesen ist . . . und für den Ausbau der Sozialgesetzgebung und die Erfüllung der politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse energisch zu wirken hat.“

Ein freisinniger Abrüstler und Flottentreiber.

In dem Weltrennen um die Gunst des Herrn von Bülow durch eine geriebene Flottentreibererei, die Herr Peter Spahn begann und die freisinnige Presse dann aufnahm, erscheint jetzt auch auf hohem Roß Herr Gothein von der Freisinnigen Vereinigung. In der „Frankfurter Zeitung“ vom Dienstag veröffentlicht er einen langen Leitartikel „Zur Frage der Abrüstung“, der mit einer zutreffenden Kritik unserer Finanzwirtschaft beginnt, dann eine Flottentreibererei abgelofter Art bringt, und mit einer Utopie sondergleichen für die Abrüstung endet.

Was die Kritik unserer Finanzwirtschaft betrifft, womit Herr Gothein also beginnt, so weist er ganz richtig nach, daß es ohne weiteres Anzeichen der Steuerherrschaft auch jetzt wieder nicht weiter geht, daß aber hierfür überhaupt kein Ende abzusehen ist, so lange wir nicht ein anderes System der Ausgaben einführen; eine Tatsache, auf die wir selbst erst gestern wieder hinwiesen. Auch den Grund für diesen heillosen gegenwärtigen Zustand sieht Herr Gothein ganz richtig; er schreibt:

Man muß es einmal offen eingestehen: Wir leben über unsere Verhältnisse, wir geben ständig mehr aus, als wir haben, und ein Teil der Einnahmen, die wir haben, sind nur Scheineinnahmen; sie verzehren Reich und Einzelstaaten weit mehr Ausgaben, als sie bringen. Die Lebensmittelpreise nötigen Reich und Einzelstaaten, weit höhere Gehälter und Löhne zu zahlen, als das bei Freihandel nötig wäre; sie erhöhen enorm die Verpflegungskosten in Heer und Marine, sie verteuern auch alle Fabrikate — die Schienen, Schwellen, Waggon, Gebäude, die Telegraphen- und Telephondrähte, denn schließlich legt sich der Preis aller Waren zum bei weitem größten Teil aus Arbeitslohn zusammen; mit Ausnahme einiger Monopolarartikel oder solcher, die künstlich durch Hölle verteuert sind, ist der Anteil der Grundrente daran nur gering. Die Aufbesserung der Beamtgehälter ist notwendig geworden durch die höheren Hölle des neuen Tarifs, und welche ungeheure Schar von Beamten erfordert unser kompliziertes Volkssystem!

Auch die Ausgabe für Heer und Flotte beurteilt Herr Gothein noch ganz richtig:

Die Hauptausgaben des Deutschen Reiches sind die für Heer und Flotte und für die Pensionen der aus beiden in den Ruhestand Versetzten. Nach dem Etat für 1907 machen die ordentlichen Ausgaben für das Heer 638,23 Millionen Mark, die einmaligen 109,9 Millionen Mark und die für Pensionen 93 Millionen Mark, zusammen 841,13 Millionen Mark aus, die für die Flotte 120,85 bezw. 112 bezw. 7,8 Millionen Mark, zusammen 240,15 Millionen Mark, für beide zusammen demnach 1081,28 Millionen Mark aus. Die gesamte Einnahme aus Zöllen, Steuern und Gebühren ist mit 1187,59 Millionen Mark veranschlagt, und da die Verzinsung der Reichsschuld 135,8 Millionen Mark erfordert, so kann durch diese Einnahmen nicht einmal das Verteidigungsbedürfnis und der Schuldendienst gedeckt werden. Will man also ernstlich sparen, so muß das bei den Ausgaben für die Landesverteidigung geschehen; denn Post, Reichsbahnen, Reichsdruckerei sind Ueberdruckverwaltungen, und eine Herabsetzung der Beamtgehälter ist unmöglich; das größte Reichsamt mit allen seinen Ressorts, das des Innern, erfordert aber nur 80,6 Millionen Mark, spielt also gegenüber Heer und Flotte keine große Rolle.

Soweit, so richtig. Aber nun geht es los! „Ist nun an der Landesverteidigung zu sparen?“ fragt Herr Gothein und antwortet zunächst ganz im Stille eines Keimgefühligen Flottenvereiners:

„An den Ausgaben für die Flotte sicher nicht; im Gegenteil, man muß annehmen, daß sie weiter wachsen werden, auch über die im Flottengesetz veranschlagten Summen noch hinaus. Ein Kreuzer oder Panzer, der darin bewilligt ist, kostet nicht nur infolge der starken Steigerung der Materialpreise und Löhne erheblich mehr als veranschlagt, sondern er wird auch durch die fortschreitende Entwicklung der Technik die größere Schiffe und stärkere Maschinen verlangt, teurer. Soll aber unsere Marine einen Zweck haben, so darf sie wenigstens qualitativ nicht hinter der anderer Seemächte zurückbleiben. Und da ist der von England geschaffene Dreadnoughttyp für den Bau von ganzem vordringlich geworden. Aber auch aus allgemein politischen Gründen können wir unsere Seestreitkräfte nicht einschränken.“

Man sieht, mit welchem Erfolge Herr Spahn bereits in wenigen Tagen Schule gemacht hat! Herr Keim vom Flottenverein kann sich jetzt mit Recht nicht bloß mehr über Herrn Spahn als Flottenkreuzer lustig machen, sondern über seine freisinnigen Antipoden genau so. Auch sonst hat Herr Keim an Herrn Gothein einen ganz gelehrigen Schüler gefunden, nicht nur in der Flottentreiberei, sondern auch in der Kolonialfrage und Englandhete; bei den neuen Ideen und materiellen Beziehungen zwischen dem börsenmäßigen Kolonialmacher Dernburg und der freisinnigen Vereinigung ist das erstere kein Wunder, das letztere aber ist um so verwunderlicher.

Freilich den tollsten Wahnsinn des Flottenvereins macht Herr Gothein nicht mit; er verlangt nicht, daß wir eine Flotte schaffen, die der englischen gleich stark ist, er verlangt nur ein deutsches Bündnis mit einer anderen Flottenmacht gegen England, ein Zweiflottenbündnis, bei dem dann freilich von deutscher Seite bei den Ausgaben für die Flotte „nicht gespart“ werden dürfte.

Und dann kommt Herr Gothein mit seinem Haupttreffer: Können man also an den Flottenausgaben nicht sparen, so desto eher an den Ausgaben für das stehende Heer durch einen Abrüstungsvertrag zwischen dem Dreiländ (Deutschland, Oesterreich, Italien) und dem Zweiländ (Frankreich, Rußland).

Das ist die geniale Idee des Herrn Gothein, die sogar die „Frankf. Ztg.“ „voller Beachtung“ und „ernstester Erwägung“ wert findet. Nur schade, daß dies ganze Kartenhaus, auf das Herr Gothein fast zwei volle Spalten verschwendet, durch die einzige Erwägung zusammenstürzen muß, daß es heute zwischen europäischen Staaten keinen Seekrieg ohne Landkrieg und keinen Landkrieg ohne Seekrieg gibt. Wer aber das eine bekämpft, darf das andere nicht stärken. Diese Logik ist unerschütterlich, und der freisinnige Vorschlag bleibt eine Atopie, die Herrn v. Bülow nur die Möglichkeit gibt, neue Schiffe zu fordern!

Wenn das der Zweck der Uebung des Herrn Gothein war, würden wir sie begreifen, sonst aber nicht. Man sieht aber in diesem Exempel erneut, wie die Blockfreudigkeit des Freisinnigen jeden Sinn, jede Logik, jeden politischen Ernst bei ihm zerstreut hat: auf der einen Seite ein Wettrennen um beschleunigten Ausbau der Flotte, auf der andern Seite ein Abrüstungsvorschlag! Kann es eigentlich eine noch größere politische Wirmis geben?

Von der Zentrums-Heerchau in Würzburg.

Die öffentliche Sitzung am Nachmittage des Dienstags hat den versammelten Zentrumsleuten eine hange Sorge vom Herzen genommen. Der Kaiser hat das Antworttelegramm, das er auf das übliche Ergebenheitstelegramm von Hannover sandte, eigenhändig unterzeichnet. Trotz der Vorgänge vom Dezember 1906, trotz des Unstandes, daß das Zentrum — freilich wider Willen — Oppositionspartei geworden ist. Er hat eigenhändig seinen Dank ausgesprochen und nicht Lucams schreiben lassen. Es ist also noch Hoffnung auf Erneuerung der Regierungsgnade. . . .

Eröffnet wurde die Sitzung mit einem Vortrage des Pfarrers Barthes-Vielefeld über die kirchliche Notlage der Katholiken im Inlande. In den hohen Jahren der der Fürsorgeerziehung überwiesenen verwahrlosten Kinder zeigte er die Erscheinungen auf, die seiner Ansicht nach von zunehmender Unsitlichkeit in den großen Städten zeugen. Helfen soll dagegen mehr kirchliche Einwirkung. In den großen Städten müßten die Laien die Heiligkeit bei dieser Arbeit unterstützen — die Form dieser Mithilfe, für die man von der evangelischen inneren Mission und der Heilsarmee lernen könne, müsse im Einverständnis mit den Bischöfen festgestellt werden. Die Rede

schloß mit einer eindringlichen Forderung nach Unterstützung des Bonifaciusvereins, der die Mittel für diese Arbeit liefert.

Nach dem Vortrage erschien der Strahburger Universitätsprofessor Dr. Martin Spahn, der Sohn des bekannten Zentrumsparlamentariers, auf der Rednertribüne. Der Herr Professor, dessen Ernennung vor einigen Jahren von wegen der bedrohten „Voraussetzungslosigkeit der Wissenschaft“ einigen akademischen Staub aufwirbelte, sprach über Katholizismus und Hochschule. Da dies Referat ein wenig auch sehr vorsichtiger Ausruf ist zur Christianisierung der Universitäten, so geben wir die wichtigsten Stellen hier wieder und widmen ihm eine eingehendere Betrachtung an anderer Stelle. Herr Professor Spahn führte aus:

„Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die nächsten Katholikentage der Bildungs- und Schulfrage gewidmet sein werden. Wenn nicht alles trägt, werden die Grundlinien unseres ganzen Bildungswesens demnach der breitesten Erörterung unterworfen werden. Es wird sich darum handeln, ob den deutschen Schulen der Einfluß abgeschnitten werden soll oder nicht, den bisher die christlichen Kirchen auf sie ausgeübt haben. Umgekehrt aber wird auch gefragt werden müssen, ob die deutschen Schulen ausgereicht haben, um zu einer innerlich gefestigten Charakterbildung zu verhelfen. Soweit es sich um den Einfluß der christlichen Kirche auf die Schule handelt, wird sich der Kampf voraussichtlich um die Volksschule drehen. Das andere Problem berührt unsere Universitäten. Die Universitäten sind der Brennpunkt der Weltanschauungsbildung der Nation. Die gesamte Literatur, die gesamte öffentliche Meinung, soweit sie auf die Weltanschauung Einfluß erhalten will, wird von den Universitäten beeinflusst. Von dieser Tatsache aus haben wir als Katholiken und Deutsche unser Verhalten zu den Universitäten zu regulieren und von diesem Standpunkte aus haben wir an dem gegenwärtigen Zustande der Universitäten viel zu beklagen. Der mit der Zeit mehr und mehr gewachsene Einfluß der Universitäten ist gegen unser Bekenntnis, gegen unsere soziale Stellung, gegen unsere wissenschaftliche Ueberzeugung gelebt worden. (Sehr wahr!) Deshalb müssen wir dafür sorgen, daß unsere berechtigten Beschwerden abgehört werden. (Lebhafter Beifall.) Aber die Institution als solche müssen wir, wie die Lage jetzt ist, hochberühmt und weithin unterstützen. Wären Sie einmal auf die psychologischen Vorgänge rings um sich herum! Es braucht nicht jeder Mensch Weltanschauungsbildung zu haben, aber er muß sich seiner religiösen und sittlichen Verpflichtungen bewußt werden, die ihm aus seiner Stellung in der Welt erwachsen. Seit 30 oder 40 Jahren aber sind weite Kreise unseres Volkes, vor allen Dingen die heranwachsende Jugend oberflächlich und gleichgültig gegenüber unserer nationalen und christlichen Zukunft geworden und dadurch gefährdet. Jetzt macht sich die Reaktion bemerkbar. Jeder Buchhändler, jeder Gewerkschaftsführer, jeder Lehrer, kurz jeder, der im öffentlichen Leben steht, kann das bezeugen. Der gegenwärtige Moment ist deshalb von höchster Bedeutung. Inneren Schanden entsteht, wenn der neuerwachte Heißhunger vornehmlich aus unreinen Quellen von halbgebildeten, sensationell-wissenschaftlichen Schriftstellern befriedigt wird. (Sehr wahr!) Deshalb begrüßen wir freudig, daß auch die Universitäten diesem Umstimmung ihre Aufmerksamkeit zuwenden und an seiner Beseitigung und Besserung tätig sind. (Beifall.) Die Universitäten allein sind unter den gegenwärtigen Umständen geeignet, hier zu helfen und die Führung zu übernehmen. . . . Schon das Wort von den vier Fakultäten erweckt eine Vorstellung von dem Zusammenwirken aller Wissenschaften. Diese Vorstellung ist nur schwach im Vergleich zur Wirklichkeit. Solange dieses Zusammenarbeiten, diese Lebendigkeit der Universitäten nicht zerfällt, solange werden sie trotz ungleicher Professoren auch für unsere Weltanschauung immer neue Streiter schaffen. (Lebhafter Beifall.) Solange dies der Fall ist, werden sie auch ihre Geltung behalten, beim Streit gegen alle Halb- und Falschbildung, gegen alles Halbwissen und für die Wahrheit. Es liegt uns ganz fern, den Spahnianern zu leugnen, den die Universitäten daran tragen, daß unsere Nation in ihrer Weltanschauung unsicher und gleichgültig wurde. Das Spezialistentum, die Verschärfung mit bloßen Teilgebieten der Wissenschaft unter Preisgeben der Ueberschau über das Ganze, dieses Spezialistentum hat an den deutschen Hochschulen überhand genommen. Der Geist des Spezialistentums wirkt oberflächlich und beschränkt. Der Geist des Spezialistentums ist jeder noch Erfassung des Ganzen fehlendes Weltanschauungshindernis, er widerstrebt dem gläubigen Christentum. Um dieser so feindlichen Gesinnung willen wurde er von vielen Professoren aus dem Studierzimmer hinaus in die Hörsäle getrieben und von dort in die vollständige wissenschaftliche Literatur verpflanzt. Blühlich indessen blühte sich das Gewissen und die Ehre der deutschen Universitäten auf. Das geschah, als sie das Volk für dessen Bildung die Universitäten sich verantwortlich fühlten, einer Philosophie, die derjenigen Spahn's, die an den ersten Problemen vorbeizog, willige Aufnahme bereiten sahen. (Stürmischer Beifall.) Und wir dürfen schon jetzt die Hoffnung hegen, daß durch diese energische Abwehr dem Vordringen des Monismus nicht nur Halt geboten, sondern daß er auch zurückgebrängt worden ist. (Erneuter Beifall.) Die Universitäten sind immer die edelste und geistigste Mächte an dem Baum des mittelalterlichen Strebens nach Erfassung und Zusammenfassung des Weltganzen gewesen. Wir Deutschen haben dereinst mehr Herzblut für diesen mittelalterlichen Universalismus hergegeben, als irgend ein anderes Volk. Dafür hat sich aber auch der Geist, der an den mittelalterlichen Universitäten herrschte, tiefer in unser nationales Leben eingegraben, als irgendwo anders. (Stürmischer Beifall.) Bei uns allein hat sich auf die Dauer ein wahres Universitätsleben entwickelt, das noch heute reiche Früchte trägt. Rauschen wir uns darüber nicht. Für alle unsere Bildungsbestrebungen sind wir in erster Reihe auf die Universitäten angewiesen. (Sehr wahr!) Wir müssen alles aufbieten, um den den Universitäten eingeschorenen Geist des Universalismus in ihnen und dadurch mittelbar auch den christlichen Geist in unserem Volke zu stärken. Wir müssen zu diesem Zwecke unsere eigenen wissenschaftlichen Kräfte, wo immer nur möglich, fördern. Ich erinnere da an die Görresgesellschaft, den Albert Rahnus-Verein und an sein junges Schwesterlein, den Hilgardis-Verein, der die Unterstützung der katholischen Frauen betrifft. Wir müssen dafür sorgen, daß die Hebung des Universalismus an den Universitäten von uns verstanden und liebensvoll selbhalten wird. Vor allem aber muß hier die Presse mitwirken. Unsere Presse ist reich an politischen Leitartikeln und Erörterungen sozialer Angelegenheiten. Die Weltanschauungsfragen haben aber noch nicht gebührende Beachtung gefunden, das muß und wird anders werden. . . . Jetzt regt sich in unserem Volke nach all der furchtbaren Verlogenheit des politischen Lebens und nach der Leide der Herrschaft des Materialismus das Sehnen nach einer einheitlichen befriedigenden Weltanschauung. Es gilt unsere Jugend, es gilt die Entscheidung, ob unsere Söhne, sowohl der Protestanten wie der Katholiken, im christlichen Geist erzogen werden sollen, aus dem heraus die Väter so Großes geschaffen haben. (Lebhafter Beifall.) Und dann muß unsere katholische Studentenschaft hier mitwirken. Unsere katholischen Studenten drängt es nach Arbeit, sie wollen mit den sozialen Fragen und Aufgaben der Zeit in Berührung kommen, und daher muß sich auch ihre Weltanschauung vertiefen. Noch vermag aber der Universalismus der Universitäten nicht das zu entzünden, was in den jungen Leuten wohnt. Wir wollen hoffen, daß der Tag nicht mehr fern ist, wo der christlich-deutsche Gedanke auch in unserer deutschen Studentenschaft erwacht. Mag der Tag auch nicht fern sein, wo der universale Geist an den Universitäten nicht bloß dazu dient, Halbwissen und Halbbildung abzuwehren, sondern wo er das Ringen der Nation zusammenfaßt und organisiert. (Beifall.) Ich sehe viele bunte Rügen hier im Saale. Kommilitonen! Söhne eurer Väter! Macht Euch bereit, die Fahne des christlichen Gedankens zu erheben! Wir anderen werden für Euch die Luft freier und heller machen an den Universitäten und Euch beweisen, daß wir eines Geistes mit Euch sind. Aus der Fülle unserer katholischen Geister und unserer katholischen Kraft wollen wir an allem geistigen Ringen der Nation

mitwirken. Dieser Kampf wird von uns geführt werden und wenn die Zukunft uns noch so oft bitter enttäuschen sollte, wie uns in den letzten Monaten unsere Volksgenossen bitter enttäuscht haben, so wird unerschütterlich der Glaube an das innere Gute des deutschen Volkes in uns leben, so werden wir, Kerus und Laien, geeint vorwärts gehen und Erfolg uns erbringen dort, wo wir ihn noch immer fanden, im Licht und Sonnenglanz des christlichen katholischen Geistes. (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Als dritter Redner sprach der Rektor Brück über: „Katholizismus und Volksschule“. Die Volksschule muß konfessionell sein. Der Katholizismus fordert nicht bloß, daß der Religionsunterricht die erste Stelle einnehme, sondern daß er auch von anderen Unterrichtsfächern unterstützt werde. Er muß eine zentrale Stellung einnehmen. (Beifall.) Wenn naturfundiher Unterricht, beim geschichtlichen Unterricht, überall muß auf den Schöpfer hingewiesen werden.“

Das war die Quintessenz seines Vortrages, der in einer Empfehlung des katholischen Lehrervereins ausklang.

Die geschlossene Versammlung des Mittwochvormittags brachte den Geschäftsbericht des Volksvereins für das katholische Deutschland. Er zählt nach dem Bericht des Generalsekretärs Reichstagsabgeordneten Piper-W. Gladbach zurzeit 565 700 Mitglieder, davon allein in Rheinland 200 000, in Westfalen 130 000, in Bayern rund 35 000. Ein Neg von 80 000 Vertrauensmännern ist über ganz Deutschland verbreitet. Der Volksverein will, „ohne sich in konfessionelle Streitfragen einzulassen, das katholische Volk religiös und widerstandsfähig machen gegen Irrtümer und falsche Bestrebungen“. Er hat sieben Millionen Flugblätter verteilt. Zahlreiche soziale Kurse und Konferenzen sind abgehalten worden, in denen aktuelle Themata aus den verschiedenen sozialen Gebieten behandelt worden sind. Für die katholischen Studenten sind soziale Studentenkurse abgehalten worden. Die sozialpolitische und apologetische Bibliothek in München-Gladbach zählt 14 000 Bände. Im Vorjahre sind 25 000 Volksversammlungen abgehalten worden. Junge Geistliche, die sich der Arbeit des Volksvereins widmen wollen, erhielten Stipendien zum Studium der Nationalökonomie. Der Verein hat 38 Volksbüros und 44 Arbeitersekretariate gegründet. Generalsekretär Piper hob besonders hervor, daß der Volksverein im vorigen Jahre 53 700 neue Mitglieder gewonnen habe, in Bayern allein 10 000. Anlässlich der bayerischen Landtagswahlen seien 800 000 Flugblätter verteilt worden.

Der Redner führte dann weiter aus:

Der Verein treibe praktische Realpolitik, wie sein Mitbegründer Windthorst auch der erfolgreichste Sozialpolitiker gewesen sei. Wir leben nicht in einem Zeitalter der ruhigen Beherrschung, sondern einer gewaltigen wirtschaftlichen, religiösen und gesellschaftlichen Umwandlung. Gärung finden wir jetzt auf allen Gebieten. Neues, was sich nicht zurückhalten läßt, ringt in den Köpfen und Herzschaft. Die Zahl der Industriearbeiter nimmt außerordentlich zu, der Landwirtschaft fehlt es an Leuten. Ueberall machen sich neue Erscheinungen im wirtschaftlichen Leben bemerkbar. Schwere wirtschaftliche Interessenkämpfe zeigen sich stets in drohender Nähe. Um diese zu verstehen, müssen Mann und Hausfrau sozial geschult werden. Das wird vom Volksverein für das katholische Deutschland unternommen. Er erweist auch wieder die Liebe zur Religion, durch welche die sozialen Kämpfe leichter gemacht werden. Wir müssen uns den Anforderungen der Zeit anpassen und die christliche Gesellschaftsordnung ausbauen. Wir müssen den modernen sozialen Gedanken pflegen, sonst nützt uns die soziale Gesetzgebung nichts, sonst bleiben wir hilflose Kinder. Wir müssen „neufazial“ sein, dann werden wir vorwärts kommen. (Lebhafter Beifall.) Man kann das Volk nicht sozial heben, wenn es nicht sozial geschult ist. Das sehen wir an Rußland, wo trotz aller Reformen das Volk nicht geistig höher steigt. Bei uns geht es vorwärts, das sehen wir am besten aus dem Anwachsen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Es gilt das Volk für die modernen Verhältnisse zu erziehen. (Lebhafter Beifall.)

Die weiteren Verhandlungen beschäftigten sich mit einer Reihe von Anträgen zu den verschiedensten Materien.

Marokko.

Ein Gerücht, das in Tanger umgeht, meldet, daß der Sultan Abdul Aziz in seinem Palaste ermordet worden ist. Die Bestätigung fehlt.

Das französische Ministerium hat am Mittwoch eine Gesamtsitzung abgehalten, über deren Beschlüsse Clemenceau den Zeitungsberichterstattern die Auskunft verweigert hat. Indes hat er ihnen auf die Frage, ob dem General Drude Verstärkungen gesandt werden sollen, geantwortet, daß man dem General mehr gegeben habe, als er verlangte; so habe er, der Ministerpräsident, während seines Aufenthaltes in Karlsbad, ohne darum angegangen zu sein, aus eigener Initiative dem Kriegsminister geraten, eine Batterie nach Casablanca abgehen zu lassen. Aber, fügte Clemenceau hinzu, der General Drude wird alle Truppen erhalten, die er für die Ausführung seines Auftrages benötigen wird. Ferner teilte Clemenceau mit, daß die Regierung dem General verschiedene Fragen gestellt habe. „Wir erwarten jeden Moment seine Antwort“, fügte er hinzu, „und es ist möglich, daß wir sie noch im Laufe des heutigen Tages erhalten.“

Neue Kämpfe sind nicht gemeldet worden; die wichtigsten Tagesmeldungen lauten:

Paris, 28. August. Aus Casablanca liegen mehrere Blättermeldungen vor. „Matin“ meldet: Die französische Polizei ist jetzt vollständig organisiert; 12 Scharfschützen dienen als Polizisten, und 12 marokkanische Soldaten werden ihnen beigegeben werden. „Figaro“ meldet, daß eine strenge Untersuchung über die Ereignisse vom 30. Juli eingeleitet worden ist. Bis jetzt sind 53 Individuen wegen Mordes, Plünderung, Raub und Verbindung mit den aufständischen Stämmen verhaftet worden. —

Paris, 28. August. Nach einer Meldung aus Casablanca unternahm gestern nachmittags 2 Uhr eine französische Kolonne von 1500 Mann einen Kundschafterritt und ließ dabei auf eine marokkanische Abteilung von gleicher Stärke. General Drude konnte seinen Plan, das Lager von Rabat anzugreifen, bevor die Marokkaner noch Verstärkungen erhalten haben, nicht ausführen und wird wahrscheinlich gezwungen sein, sein Ziel durch einen Nachtangriff zu erreichen. —

Paris, 28. August. Admiral Philibert meldet, die politische Situation sei unverändert; die Eingeborenen fingen an zurückzuziehen. In Mazagan sei die Auslösung Kulah Hafids zum Sultan beifällig aufgenommen worden. Eine Abteilung Kavallerie sei bis auf 8 Kilometer von Casablanca vorgerückt, ohne jedoch auf den Feind zu stoßen. —

Paris, 28. August. Die Agence Havas erklärt, daß ihr bis heute nachmittags 3 Uhr keine Bestätigung des von der Londoner „Tribune“ verbreiteten Gerüchts von der Ermordung Abdul Azis vorlag. —

Sibi Belabes, 28. August. Unter mehreren Stämmen Nordmarokkos, besonders denen in der Umgebung von Ushada machen sich Zeichen großer Gereiztheit bemerkbar. Fanatischer durchziehen die Gegend, berichten die Ereignisse von Casablanca und predigen den heiligen Krieg. Ru Antema und der Mogh, welche mit Frankreich gute Beziehungen zu unterhalten wünschen, haben erklärt, daß sie ihr Möglichstes tun werden, um Ausschreitungen gegen Europäer zu verhindern. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. August 1907.

Zur preussischen Wahlrechtsfrage.

Die nach der Ansicht des „Verl. Tagebl.“ subalternen Geister mehren sich, die sich trotz ihrer angeblichen politischen Freisinnigkeit gegen eine energische Agitation für die Einführung des Reichstagswahlrechtes zum preussischen Landtag wenden und statt der öffentlichen Wahlrechtsbewegung die Kompromisserei mit dem Fürsten Bülow und den rechtsstehenden Blockparteien empfehlen — ein Ziel, das ihnen so sehr dünkt, daß sie, um es zu erreichen, sogar den Konserwativen allerlei „Extratouren“ auf kirchlichem und wirtschaftlichem Gebiet gestatten wollen. So veröffentlicht zum Beispiel der Hospitant der Freisinnigen Vereinigung, der Reichstagsabgeordnete Dr. Heßler, im freisinnigen „Hamburger Fremdenbl.“ einen Artikel gegen Raumann, in dem es heißt:

„Vielmehr darf man annehmen, daß der Zentrumsführer den Augenblick für günstig hielt, um der Regierung die alte Geschäftsverbindung Zentrum und Kompagnie wieder in Erinnerung zu bringen. Vor allem bemühte er sich durch eine überraschende Zottenbegeisterung zu zeigen, wie angenehm und profit verheißend der Handel mit seiner Firma sei. Um nun im Wilde zu bleiben: wer zu geistlich und eifrig seinen Konkurrenten auszustechen und zu überbieten trachtet, erweckt Verdacht beim Abnehmer und Aufmerksamkeit bei seinem Mitbewerber. So auch hier. Darüber hinaus verdient sorgfältige Beachtung, mit welcher unverbohlenen Freude die Sozialdemokratie den Raumannschen Vorstoß begrüßt hat. Wahrhaftig nicht um der Sache willen. Keim, Zentrum und Sozialdemokratie erwarten mit Schmunzeln und Behagen, daß bei dem Kompromiß um die Reform des preussischen Landtagswahlrechtes der verhaßte Block in die Brüche gehen werde. Beiden Parteien ist der Block ein Block des Anstoßes. Weder der Spott der Sozialdemokratie, noch die stolze Gelassenheit des machtbewußten Zentrums täuschen über diese Tatsache hinweg. Die wichtige Frage für und Vorkämpfer ist jetzt, ob wir die erste unpassende Gelegenheit ergreifen sollen, den Bestand des Blocks aufs Spiel zu setzen. Ich sage mit größter Entschiedenheit: nein! Freilich fordere ich mit Raumann das Reichstagswahlrecht für den preussischen Landtag. Ich gebe mich aber nicht der Illusion hin, daß wir diese liberale Programmforderung auch bei dem besten Willen und Eifer in der nächsten Zeit verwirklichen können, weder im Block, noch abseits vom Block, am allerwenigsten durch Anwendung des durchaus liberalen Beamtenwahlrechtes von 1882. Weshalb also eine gesunde politische Entwicklung, wie sie der Block bedeutet, über den Haufen rennen, um bestmöglichst ein vorläufig unerreichtes Ziel nicht zu erreichen? Denn gesetzt, selbst der preussische Landtag würde aufgelöst und die preussische Regierung — man denke — ersetzte mit dem Schatztrübe „Für das allgemeine Reichstagswahlrecht“ auf dem Plane: glaubt einer im Ernste, daß die Reuewahl eine Mehrheit für die Regierung bringen würde? Ich für meinen Teil glaube nicht an Wunder. Man könnte gegen uns Linksliberale mit Recht einen Vorwurf erheben, wenn wir, der Blockpolitik zuliebe, unsere politischen Grundsätze verleugneten. Davon kann aber schlechterdings nicht die Rede sein. Schon daß die Regierung mit der Reform des preussischen Landtagswahlrechtes Ernst macht, bedeutet einen sichtbaren Erfolg des wiedererwachten Liberalismus. Unsere große Aufgabe ist, an der Reform mitzuarbeiten und nach Kräften Sorge zu tragen, daß sie liberalen Geist atmet. Nur so dienen wir dem gesunden Fortschritt. Eine Politik hingegen nach dem Rezept: alles oder nichts wäre geradezu verhängnisvoll. Sie führt zwar zu einer löblichen Prinzipienreue, aber ebenso rettungslos zur Unfruchtbarkeit und zur Erstarrung aus der der deutsche Liberalismus nach langem Schlafe glücklich erwacht ist. Ohne Kompromisse sind praktische Politik und Fortschritt unentbehrlich, mögen die Sozialdemokraten noch so viel spotten und Berrät schießen... Wir Liberalen müssen für den Fortbestand des Blocks eintreten, Zentrum darf nicht wieder Trumpf werden. Blockpolitik bedeutet keineswegs Aufgabe politischer Eigenart, so wenig wie die Staaten des Dreiecks irgend ein Mittelstück ihrer Selbstständigkeit dem Bande geopfert hätten. Wir müssen uns sogar betheiligen darauf einrichten, daß gelegentlich eine Extratour gestattet wird, sei es nun Liberalismus und Zentrum in sozialpolitischen oder Konserwativen und Zentrum in kirchlichen, vielleicht auch wirtschaftlichen Fragen.“

Um seine eigenartige Empfehlung zu beschönigen, greift Herr Heßler zu dem nichts weniger als anständigen Mittel, die Beweggründe der Sozialdemokratie zu verdächtigen und frank und frei zu behaupten, ihr wäre es nicht um die „Sache“, das heißt um das Wahlrecht selbst zu tun, sondern um die Sprengung des Blocks. Diese Behauptung mag auf das Zentrum zutreffen, das sofort die Gelegenheit benutzte, um sich durch Herrn Spahn der Regierung, wie es im kaufmännischen Geschäftsstil heißt, in „empfehlende Erinnerung“ zu bringen, nicht aber auf die Sozialdemokratie, die, wenn sie auch die Hochachtung des liberal-konserwativen Blocks, die Herr Heßler beweist, durchaus nicht teilt, doch einem liberal-konserwativen Block sicherlich nicht feindlicher gegenübersteht, als einem ultramontan-konserwativen. Allerdings soweit geht sie nicht, daß ihr die Konservirung des liberal-konserwativen Blocks wertvoller erscheint, als eine energische Wahlrechtsagitation in Preußen und ein wirklich „liberales“ Landtagswahlrecht.

Interessant ist übrigens, daß trotz dieser Absagen an die Raumannsche Forderung die „Nisse“ zu dem Resultat kommt: „Vorläufig ist aber für uns die Hauptfrage, daß die Freisinnigen unter sich einig sind in der von der Freisinnigen Zeitung“ und uns gemeinsam vertretenen Programmforderung.“

Einig sind die Freisinnigen allerdings — aber nicht in ihrem Eintreten für Raumanns Wahlrechtsforderung, sondern in ihrem Widerstand gegen sie. —

Ein Agent des Herrn v. Rheinbaben.

In Göttingen lebt und lehrt seit Jahren ein „liberaler“ Nationalökonom, Herr Gustav Cohn. Der Mann gehört und rechnet sich zu der sogenannten „ethischen“ Schule der deutschen bürgerlichen Nationalökonomien. Jetzt ist er mit seiner deutsch-professoralen Ethik glücklich so weit heruntergekommen, die Geschäfte des Herrn v. Rheinbaben zu betreiben.

Herr v. Rheinbaben nämlich braucht für seinen preussischen Etat zur versprochenen Aufbesserung verschiedener Beamtengehälter die Summe von 130 Millionen Mark. Woher sie nehmen? Aus den riesigen Eisenbahnüberschüssen will er sie nicht opfern, an eine Erhöhung der Einkommen- und Vermögenssteuer wagt er bei diesem Landtage nicht einmal zu denken. Am genehmsten ist ihm: es bleibt alles beim alten, die Beamten bekommen nichts, und er braucht nichts zu geben.

Für diesen famosen Müßku kommt ihm nun der Herr Professor zu Hilfe. Der setzt in einem der von Scherl ausgehaltenen Blätter zuerst sehr ernsthaft auseinander, wie die riesigen Eisenbahnüberschüsse in Preußen, die für 1907 auf 591 Millionen veranschlagt sind, eine drückende indirekte Steuer bedeuten, die in einem unerhört ungleichen Verhältnis zu der Einkommen- und Ertragssteuer stehen, deren Ertrag im letzten Jahre nur 241 Millionen betrug.

Man denkt jetzt: Herr Cohn wird für Aufhebung dieser volksausbeuterischen Eisenbahnüberschusswirtschaft eintreten und für Erhöhung der direkten Steuern. In einem breiten Drumherumergerede ahnt der Leser zunächst auch solche Absicht dunkel.

Dann aber kommt es anders. Schweres Gefühl wird aufgeföhren und gedroht: mit diesem Landtag geht das nicht, also Aenderung des Wahlrechtes mit dem Ergebnis, daß ein Landtag kommt, der wenigstens der Erhöhung der direkten Steuern zustimmt.

Das scheint ein so guter Gedanke, daß man nun glaubt, Herr Cohn endet mit dieser Vernunft. Aber es kommt wieder anders. Herr Cohn soll doch für Herrn von Rheinbaben schreiben, und dieser ist, wie man weiß, der größte Feind einer wie immer gearteten Wahlreform. Also muß der Professor wieder aus der Vernunft in die Unvernunft fallen. Und wem würde das leichter als einem deutschen Professor!

Er kommt zu dem überraschenden Entschluß: man solle es nicht zu einer Kraftprobe kommen lassen! Und das Ergebnis ist, ob er's sagt oder nicht: Herr v. Rheinbaben braucht nicht 130 Millionen zu geben, seiner drängt ihn, um es zu einer „Kraftprobe“ kommen zu lassen, die ja nur die völlige Bauvalligkeit dieses Dreiklassenhauses offenbaren könnte.

Es geht nichts über die deutschen Professoren, am wenigsten, wenn sie Ethiker sind. —

Vom Spähuchen.

Als noch das Zentrum Regierungspartei war, wurde nicht nur Herr Peter Spahn, der Führer des Zentrums, zur Belohnung für seine politischen Dienste zum Oberlandesgerichtspräsidenten in Kiel befördert, sondern auch sein Sohn, das junge Spähuchen, zum Professor in Straßburg ernannt — und als einige liberale Professoren gegen diese Tat des damaligen Bülowischen Kurzes lächeln zu protestieren wagten, wurden sie durch ein kaiserliches Telegramm zur Ordnung verwiesen. Seitdem hat Herr Spahn junior in Straßburg Geschichte doziert. Nach welchen Grundsätzen, das zeigt die Rede über „Katholizismus und Hochschulen“, die er gestern auf dem Katholikentag in Würzburg gehalten hat. Nach seiner Ansicht muß sich der Einfluß der christlichen, richtiger der allenheiligmachenden katholischen Kirche nicht nur auf die Volksschule, sondern auch auf die Universitäten erstrecken. Sie müssen Pflanzstätten der christlichen Weltanschauung sein; und so lange ihre organische Lebenseinheit nicht zerstört wird, so lange werden sie auch, versichert Herr Martin Spahn, trotz aller ungläubigen Professoren, immer neue Glaubensstreiter schulen. Aber diese große Aufgabe hat einen Feind, und dieser Feind ist der „Geist des Spezialistentums“, das heißt das zu tiefe Eindringen in die Einzelwissenschaften. Wörtlich sagte nach dem ausführlichen Bericht der „Germania“ Herr Martin Spahn als Straßburger Geschichtsprofessor:

Herrn liegt mit dem Schuldanteil zu leugnen, den die Universitäten letzten daran tragen, daß die Nation unsicher in ihrer Weltanschauung wurde. Das Spezialistentum, die Beschäftigung mit bloßen Teilgebieten der Wissenschaft, hatte unter den Lehrern der Hochschule Ueberhand genommen. Der Geist des Spezialistentums wird leicht eng und beschränkt, er ist jeder nach Erfassung des Weltganzen ringenden Weltanschauung gram und entgegengefeht, zumal dem Christentum. Von vielen Professoren wurde er auch aus dem Studierzimmer in die Hörsäle und dort weiter in die populär-wissenschaftliche Literatur verpflanzt. Indessen plötzlich bäumte sich Gewissen und Ehrgefühl der Universitäten auf. Das geschah, als in dem Volke eine Philosophie wie die Dadaistische, die sich an allen ernstlichen Problemen vorbeischießt, plötzlich die befalligste Aufnahme fand. Loos, Reineke und Hermann Schell brachten das Vorbringen des Monismus, des Todfeindes unserer Weltanschauung zum Stehen.“

Deshalb ist notwendig, daß die Universitäten zum christlichen „Universalismus“ des Mittelalters zurückkehren, zu jener Einsicht, die alles Geschehene unter dem Gesichtswinkel der Kirchenlehre sah; denn so sagt Herr Spahn, der Sohn seines Vaters:

„Die Universitäten sind die edelste Blüte am Baum des mittelalterlichen Strebens nach einheitlicher Erfassung und Organisation des Weltganzen gewesen. Wir Deutsche haben dereinst mehr Volkskraft und mehr Herzblut als andere Völker für die Idee dieses mittelalterlichen Universalismus hingegessen. Dafür hat sich aber der Geist der mittelalterlichen, der katholischen Universitas Liturum tiefer in unser nationales Wesen eingesenkt, als bei anderen Völkern der Fall ist... Wir müssen deshalb alles aufbieten, was den Geist des Universalismus und damit den christlich-deutschen Geist an den Hochschulen stärken kann. Wir müssen unsere eigenen wissenschaftlichen Kräfte wecken, wir müssen insofern auf die katholisch-theologischen Fakultäten ganz besondere Rücksichten nehmen, denn sie allein wirken noch als geschlossene Gruppen an den Universitäten aus unserer Weltanschauung heraus, während alle weltlichen Professoren katholischen Glaubens verstreut und gering an Einfluß sind. Wir müssen weiter alle rein wissenschaftlichen wie auch ernsthaft populär wissenschaftliche Unternehmungen in unseren Reihen fördern. Ich verweise auf die Görresgesellschaft, das Herderische Konversationslexikon, die Sammlungen des Kirchheimischen und Köfeler'schen Verlags, sowie auf den Albertus Magnus-Verein. Wir müssen endlich — und das ist vielleicht das wichtigste — für jede Feuertung und Anstrengung des Universalismus an den Hochschulen durch unser reges Aufmerken auf sie mittels Presse und Literatur die Sympathien des Volksgenossen anregen.“

Und welcher Art ist diese katholische Universitas Literarum, diese katholische Weltanschauung und Wissenschaft, die Herr Spahn fordert? Er antwortet darauf selbst:

„Der Augustinus-Verein ist hier in Würzburg im Jahre 1877 begründet worden. Möge vor den Augen seiner Mitglieder das Bild des Mannes aufkommen, dessen Namen er trägt: die hagere Gestalt mit dem schmalen Gesicht, mit den Spuren so mannigfacher Kämpfe! Mit welcher Kultur hat sich dieser Geist aber auch auseinander gesetzt und sie bezwungen. Und richten wir unsere Anstrengungen dorthin, wo allein die Entscheidung fällt, auf die Universitäten. Daffner hat 1877 hier gesagt: die Wasser fließen von den Bergen: Ihr habt die Volksschule nicht, weil auch die Universitäten entgegen sind.“

Welcher Art die Geschichte ist, die Herr Spahn in Straßburg doziert, läßt sich danach leicht begreifen. Daß ein Mann mit diesen Anschauungen zum Geschichtsprofessor ernannt und zu seinen Gunsten sogar der Kaiser in Aktion treten mußte, ist gleich charakteristisch für die Bülowische Ära wie für die Stellung Preußens unter den europäischen Kulturstaaten.

Die „Aktion“.

Die „Frankl. Tagespost“ läßt sich den Inhalt unserer Notiz über ihre seltsame Verherrlichung des „neuen Sozialismus der Aktion“ telegraphisch übermitteln, erklärt aber dann in einer 58 Zeilen langen Anmerkung, daß sie erst den Wortlaut unserer Notiz abwarten wolle, bevor sie sich entscheide, ob sie eine Antwort für notwendig erachte. Auch wir wollen also abwarten, ob das Nürnberg'sche Parteiblatt statt mit Worten mit Argumenten antworten wird.

Nur folgende Stelle ihrer heutigen Erwiderung sei niedriger gehängt:

„Unsere Auffassung zur Kolonialpolitik deckt sich mit der Auffassung der deutschen Delegation (mit Ausnahme der drei Genossen Kautsky, Ledebour und des „Vorwärts“-Redakteurs Gunow) und den führenden Nationen aus dem Stuttgarter Kongress. Wenn uns daher das Zentralorgan Annäherung an den bürgerlichen Standpunkt vorwirft, so richtet es gefälligst seine Vorwürfe gegen die Gesamtpartei.“

Die Unrichtigkeit der ersten Behauptung haben wir bereits in unserem heutigen Leitartikel korrigiert. Sie ist übrigens durch die Selbstabstimmung der deutschen Delegation schon zur Genüge widerlegt worden.

Besonders hüßig aber macht es sich, wenn die „Frankl. Tagespost“ sich für ihre abfällige Beurteilung der angenommenen sozialistisch-prinzipiellen Resolution auf das Wort der „führenden“ Parteien beruft. Die „Frankl. Tagespost“ beschwert sich darüber, wenn man einen Genossen seiner Ansichten wegen einen Revisionisten nennt. Aber sie hält es für ganz in der Ordnung, sich das souveräne Recht der Entscheidung darüber anzumachen, wer von den Parteien des internationalen Proletariats zu den „führenden“ Parteien gehört oder zu denen, deren Wort eigentlich belanglos ist. Eine ganz neue, entschieden originelle Art der Vertätigung internationalen sozialistischen Geistes.

Diese famose Gradulierung der Parteien wird noch reizender dadurch, daß England, Italien und Frankreich sehr starke, zum Teil, wie Frankreich, fast gleich starke Minoritäten für die Resolution der Minderheit gestellt haben; Italien sogar mit 11 gegen 4 Stimmen dafür eintrat!

Daß sogar Deutschland in seiner Mehrheit schließlich ebenfalls für die der „Frankl. Tagespost“ unangenehme Resolution stimmte, tut nichts; Wer wider die Ansicht der „Frankl. Tagespost“ ist, wird unbarbarisch aus der Reihe der „führenden“ Nationen ausgestoßen!

Ob diese eigenartige Zensurerteilung auch zum „neuen Sozialismus der Aktion“ gehört? —

Zum Wahlrechtskampf.

Im Bochumer Wahlkreis fanden am Sonntag, den 25. August, drei öffentliche Volksversammlungen zur Wahlrechtsfrage statt, die sämtlich sehr gut besucht waren. In einer der Versammlungen, die in Herne stattfand und in der Genosse Dehler das Referat übernommen hatte, erklärte in der Diskussion ein Vertreter des Zentrums, der Stadtverordnete Eisenmenger, daß es seinen vernünftigen Arbeiter geben werde, der nicht für die Forderung des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechtes eintrete. Diesem schloß sich ein anwesender Vertreter der Christlichsozialen an. In der Versammlung in Wanne wurde eine Resolution angenommen, in welcher sich die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte und der Erwartung Ausdruck gab, daß der Parteitag in Essen sich mit der preussischen Wahlrechtsfrage beschäftigen werde. —

Liebnecht über seinen Hochverratsprozeß.

In einer Volksversammlung, die anlässlich des internationalen Kongresses in Stuttgart stattfand, referierte Genosse Dr. Karl Liebnecht über Klassenjustiz und machte dabei einige sehr interessante Mitteilungen über seinen Hochverratsprozeß. Liebnecht verwies u. a. auf die sehr bemerkenswerte Tatsache, daß der aus dem Wittenbergerprozeß rühmlichst bekannte Herr Oppermann, der bald nach seinem schneidigen Vorgehen gegen Liebnecht als Anwalt zum Reichsgerichtsrat befördert wurde, in Kürze das Vergnügen haben werde, über ihn, Liebnecht, in seinem Hochverratsprozeß zu Bericht zu legen. Von dem Inhalt seines Vortrags, so erklärte Liebnecht unter kühnem Besatz, werde er niemals ein Wort zurücknehmen. Auch mit einer Verurteilung werde das Reichsgericht gegen ihn und seine antimilitaristische Propaganda den erhofften Erfolg nicht haben. Wenn jemand Hochverrat begehe, so gehöre dazu, daß er in einem nicht zu fernem Zeitpunkt eine bestimmte Handlung unternähme, welche den gewalttätigen Umsturz der Verfassung oder einzelner Teile derselben zum Ziel habe. Doch nun verhalte man auch unser stehendes Heer unantastbar zu machen und jeder Kritik desselben das Genick zu brechen. In seinem Vortrags habe er nichts von einem gewalttätigen Umsturz gesagt, sondern lediglich die Tatsache konstatiert, daß in der Bevölkerung verschiedene Klassen existieren, von denen die weitaus größte die Arbeiterklasse sei, und daß in dem Augenblick, wo sich die ganze Arbeiterschaft ihrer Interessen bewußt sei, die Arme in sich zusammenbräche. Mit Gewaltmitteln habe das aber nichts zu tun. Redner fuhr dann fort: Man habe ihm die Absicht unterworfen, Frankreich zu einem Kriege gegen Deutschland zu reizen (Stürmisches Gelächter) und zwar mit Hilfe der Sozialdemokratie haldere Länder (Erneutes stürmisches Gelächter) um bei dieser Gelegenheit die soziale Revolution zu inszenieren und der Arme den Garaus zu machen. Sein ganzes Buch handle aber gerade davon, wie es möglich sei, einen Krieg zu verhindern. Als diese Begründung der Anklage nicht ausgereicht habe, habe man ihm unterworfen, er habe die Arbeiter aufgefordert, Waffenfabriken zu bauen und eine proletarische Revolutionarmee auszubilden mit der dann der Arme treu geliebene Teil zusammenhand gemacht werden und die soziale Revolution herbeigeführt werden solle. Er müsse dem Reichsanwalt sein Kompliment machen, daß er Dinge aus dem Buch herauslese, die gar nicht darin ständen. Man habe nun noch ein drittes Mittel gefunden. Drei verschiedene Wege zu einem Ziel, da wisse doch jeder, daß erst das Ziel da war, um dann erst den Weg zu finden. Das Ziel sei die Unterbindung jeder Kritik des Militarismus und an ihm gedente man ein Beispiel zu statuieren. Die Anklage sei für seinen Antimilitarismus ein wahres Gottesgeschick geworden. Daß der Hintergedanke, ihm die Anwaltschaft zu entziehen, bestes, darüber habe er keinen Zweifel. —

Der Paragraph 175. Wie wir schon gemeldet haben, hat sich in Friedrichsfeld auf dem Übungsplatz seines Regiments der Hauptmann Hagemann dem Infanterieregiment Nr. 88 (Koblenz) erschossen. Ein Leutnant desselben Regiments ist künftig. Wie uns berichtet wird, war der Hauptmann in ein Gerichtsverfahren verwickelt, das sich um den berühmten § 175 des Strafgesetzbuches dreht. Der Hauptmann soll mit einem seiner früheren Vorgesetzten strafbaren Verkehr gehabt haben. Der Vorgesetzte hat nach Beendigung der Dienstzeit, obwohl ihm der Hauptmann eine Stelle verschafft, von diesem andauernd Geld erprecht. Als der Hauptmann nicht mehr zahlen wollte oder konnte, drohte der Lumpazius mit einer gerichtlichen Anzeige. Der Hauptmann übergab das betreffende Schriftstück der Staatsanwaltschaft.

und der Dürsche wurde wegen Erpressung und wegen Verleumdung des Hauptmanns, der jeden Verlehr eiblich bestritten hatte, zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Nachträglich gelang es aber dem Verurteilten, Zeugen für seine Behauptung zu finden. Wegen des dann gegen den Hauptmann eröffneten Verfahrens hat dieser Selbstmord verübt. Es handelt sich hier also um einen besonders traurigen Beitrag zu dem traurigen Kapitel von dem Erpresserparagrafen 175.

Ueber einen Angriff auf eine Pferdewache

an der Südgrenze Südwestafrikas liegt folgende Meldung vor: Die Pferdewache des Telegraphenpostens Plumpey ist am 26. August nachmittags einen Kilometer östlich dieses Ortes von etwa acht Hottentotten, wahrscheinlich aus der Gegend von Nietfontein, beschossen worden. Gefreiter Friedrich Menge, früher beim Infanterie-Regiment Nr. 155, erhielt einen leichten Schulterschuß. Die Pferde wurden in Sicherheit gebracht. Die Verfolgung wurde aufgenommen. Ob diese Hottentotten zu Norenangas Bande gehören, ist zweifelhaft. Plumpey liegt etwa 40 Kilometer westlich von der Grenze des Schutzgebietes, südwestlich von dem auf englischem Gebiet liegenden Nietfontein.

Ungarn.

Ein Demonstrationstreif.

Stuhlweissenburg, 28. August. Hier sind gestern alle sozialdemokratischen Arbeiter in den Streik getreten. Veranlassung hierzu bot die Verurteilung des Sekretärs der sozialdemokratischen Partei, Julius Handler zu 15 Tagen Haft, 150 Kronen Geldstrafe und Ausweisung, weil er angeblich die zum Erfah der streikenden Bauarbeiter aus Galizien herbeigeholten Arbeiter an der Arbeitsaufnahme behindert hat. Die Streikenden durchzogen gestern die Straßen der Stadt, es kam zu großen Demonstrationen.

Blutige Märd.

Unter-Weissenburg, 28. August. In der Ortschaft Panab wurde der Oberst eines zu den Märdern durchmarschierenden Regiments von einem rumänischen Lehrer durch Worte beleidigt. Antwendende Offiziere entriemen den Lehrer. Die rumänischen Bewohner begannen hierauf das Gasthaus, in welchem die Offiziere sich aufhielten, zu stürmen. Das alarmierte Militär war gezwungen, von der Schutzwaffe Gebrauch zu machen. Von den Rumänen sind zwei tot, sechzehn schwer, viele leicht verletzt.

Noch eine Rumänenmeherei.

Budapest, 28. August. Der rumänische Abgeordnete Dr. Julius Maniu sendet den hiesigen Blättern die Nachricht, daß am 25. August ein Bataillon des 24. Honved-Regiments in die Ortschaft Panab ohne jeden Grund eingebrungen sei und unter der rumänischen Bevölkerung ein förmliches Blutbad anrichtete. Sechs Personen seien hierbei getötet, fünfzehn schwer und dreißig leicht verletzt worden.

Kroatien.

Die neue Lage.

Agram, 28. August. (Fig. Ver.) Trotz der überall sonst herrschenden Saurengurzeit gehen hier die Wogen der politischen Kämpfe hoch. Bislang beschränkten sich die Parteien auf die Agitations- und Aufklärungsarbeit in Volksversammlungen auf dem flachen Lande und in den Provinzstädten, nun ist auch Agram, in dem noch in letzter Zeit nur der stille Intrigenkampf hinter den Kulissen sich abspielte, zum Schauplatz lauter Demonstrationsstätigkeit, großer Parteiverfammlungen und sogar aggressiven „Patriotismus“ geworden.

Am 17. August erfolgte der Austritt der „serbisch-radikalen Partei“ aus der Koalition, wodurch der erste entscheidende Schritt zur Sprengung der vereinigten Oppositionsparteien gemacht ist: Varnus Malobezan sieht sich schon Herr der Situation, denn auf einmal stellen sich ihm eine Reihe hoher Persönlichkeiten zur Verfügung der vakanten Sektionschefstellen zur Verfügung. Einen Tag vorher traute sich kein Mensch im Lande seine Aspirationen auf die schönen Sineuren lautwerden zu lassen. Der Preis, den die „Serbisch-Radikalen“ für ihren Schurkenstreich erhalten, ist eine Jahresrente von einer Million Kronen, soviel trägt nämlich das Mitrovitzer Patriarchat, welches nun ihr Mann Zmajenovic erhält.

Zugleich legte sich diese Partei ein neues „sozialpolitisches“ Programm zurecht, womit sie bei den kommenden Wahlen Stimmen lockern will.

Einen erfreulichen Schritt nach vorwärts machte am 23. die fortschrittliche Lehrerschaft Kroatiens, die in einer abgehaltenen Versammlung eine Aktion für die „Freie Schule“ beschloß. Es ist das eine Tat, welche dem von der Sozialdemokratie und der „Kroatischen Fortschrittspartei“ mit großer Festigkeit geführten Kampf gegen den Merkantilismus viel gesunde Nahrung zuführen wird. Von verhängnisvoller Bedeutung für die Ausbreitung unserer Partei unter der bäuerlichen Bevölkerung ist die Konstituierung einer Bauernpartei des Stjepan Radics, die am 25. d. M. stattfand und ein Programm annahm ähnlich jenem der ländlichen Christlich-sozialen Oesterreichs.

Selbstverständlich ruht die Sozialdemokratie Kroatiens nicht einen Augenblick, sondern verdoppelte sogar ihre Tätigkeit anlässlich der stehenden Bewegung der bürgerlichen Parteien. Jeden Sonntagabend werden unter der bewährten Leitung unseres Parteivorsitzenden Genossen Koracs öffentliche Agitations- und Aufklärungsversammlungen abgehalten, die sich eines regen Besuches auch aus außerhalb der Partei stehenden Kreise erfreuen.

Frankreich.

Rancy, 28. August. Der Polizeichef nahm in der Druckerei des sozialistisch-revolutionären Komitees eine Hausdurchsuchung vor und beschlagnahmte mehrere Dokumente. Wie es heißt, erfolgte die Hausdurchsuchung im Zusammenhang mit den jüngsten Zwischenfällen während des Anstehens in Rancy.

England.

Landunruhen und Belagerungszustand in Irland.

Genauere Nachrichten über die Landunruhen, deren plötzlicher Ausbruch gestern durch die Meldung von zahlreichen Verhaftungen in Irland bekannt wurde, liegen noch nicht vor. Daß die englische Regierung die Lage für sehr bedrohlich ansieht, zeigen die folgenden Depeschen:

Dublin, 28. August. Das Amtsblatt teilt mit, daß die Grafschaften Clare, Galway, Kings County, Leitrim, Longford, Roscommon für in Aufruhr befindlich erklärt sind und der Verstärkung an Polizeimannschaften bedürfen.

Longford, 28. August. Das Parlamentariermitglied McKenna, der Vertreter für Süd-Longford, und 17 andere Personen sind verhaftet worden.

Die Nachwahl in Dury-St. Edmunds.

London, 28. August. (Fig. Ver.) Am Sonnabend fand in Dury eine parlamentarische Nachwahl statt, die mit einem Siege des Verantw. Redakteur: Hans Weber. Berlin. Insetzenteil veranltw.:

konserbativen Kandidaten B. Gutsmes endigte. Der Wahlkreis war auch früher konservativ vertreten, aber die jetzige konservative Mehrheit im Wahlkreise hat sich verdoppelt. Im Januar 1906 betrug sie 484, jetzt 890 Stimmen. Im Laufe der letzten drei Monate hat bei Nachwahlen die Stimmenzahl der Konservativen bedeutend zugenommen, besonders solcher Kandidaten, die offen für Tarifreform (Schutzsoll) eintraten.

Amerika.

Gegen die Reger ist ein neues Wahlgesetz in Georgia gerichtet. Um den verhassten Schwarzen das Wahlrecht zu nehmen oder zu erschweren, macht man im Süden der Vereinigten Staaten strupplos eigene Gesetze, wenn sie auch mit der Bundesverfassung nicht in Einklang zu bringen sind. Die Staatslegislatur von Georgia hat das neue Gesetz mit 154 gegen 60 Stimmen angenommen, der Senat hat seine Zustimmung erklärt und der Gouverneur Dope Smith ist bereit, es zu unterzeichnen. Man rechnet, daß 90 Prozent der Reger in Georgia, die dort sehr zahlreich sind, ihres Wahlrechtes verlustig gehen.

Laut den Bestimmungen des Gesetzes sind nur die folgenden Personen fortan wahlberechtigt: solche, die Kriegsdienst in der Bundesarmee, in der konsolidierten Armee oder der Georgia-Landwehr geleistet haben; Adakommen von Soldaten in der konsolidierten Armee oder in der Georgia-Landwehr während des Bürgerkrieges; Personen, die einen guten Leumund besitzen und wissen, was Bürgerpflichten sind; Personen, die korrekt englisch lesen und schreiben können; jedermann in Georgia, der Grundeigentum von wenigstens 40 Aker im Einschätzungswerte von 500 Dollar besitzt.

Chile.

Santiago de Chile, 27. August. Die Deputiertenkammer hat das Gesetz über die Sonntagstrafe angenommen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die organisierte Arbeiterschaft Berlins und der Umgegend!

Der „Verein der Bierabzieher“ hat sich befaßlich am 1. Januar 1907 dem „Verband deutscher Gastwirtsgehilfen“ angeschlossen unter dem Titel: Ortsverwaltung Berlin III, Abteilung der Bierabzieher.

Da es nun ungemein schwer ist, in unserem Verufe für die Arbeiterfrage zu agitieren, weil die große Mehrheit der Bierabzieher weder die Arbeiterpresse liest, noch Versammlungen besucht, und uns einige sogar wegen des Anschlusses den Rücken gekehrt haben, bitten wir die organisierten Arbeiter, überall, wo sie einen Bierabzieher antreffen, denselben nach seiner Mitgliedskarte zu fragen und, wenn eine solche fehlt, denselben auf unsere Organisation aufmerksam zu machen. Unsere Karte ist für das jetzige Quartal weiß mit rotem Druck und muß vorchriftsmäßig abgestempelt sein.

Um der meist gebrauchten Ausrede, man habe keine Zeit, zwecks Aufnahme zur Versammlung zu gehen, entgegen zu treten, haben wir in den verschiedenen Stadtteilen Jahrestellen eingerichtet, in welchen, wie bei unseren Vertrauensleuten, Auskunft erteilt wird und Mitglieder aufgenommen werden.

Näheres hierüber siehe im Inserat der nächsten Sonntagsnummer.

Abteilung der Bierabzieher

des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen.

Deutsches Reich.

Som Zentralverband der Maschinisten und Heizer erhalten wir folgende Zuschrift:

In der Nr. 199 des „Vorwärts“ vom 27. August cr. bringen Sie unter „Gewerkschaftliches“ eine Notiz aus Hamburg, betreffend den Streik der Schiffer, Maschinisten und Dedente im Hamburger Hafenschleppschiffahrtsbetriebe. Es heißt dort am Schluß der Notiz: „Die Schiffer und Maschinisten haben einsehen gelernt, daß sie durchaus keine Sonderstellung einnehmen, sondern von den Unternehmern genau so behandelt werden, wie andere Hafenarbeiterkategorien; deshalb wollen sie sich an die Einheit der Gesamtheit dem Hafenarbeiterverbande anschließen.“ Diese Fassung der Notiz ist im Schlußsatz nicht zutreffend. Die Maschinisten und Heizer, die tatsächlich mehreren Vereinen angehören, haben irgendeine Willensfindung, sich dem Hafenarbeiterverbande anzuschließen, bis jetzt nicht geäußert, sondern sind gewillt, dem Zentralverbande der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands, welcher in dieser Lohnbewegung selbst stark interessiert ist, beizutreten. Es liegt um so weniger Veranlassung zu dieser Notiz vor, als der Zentralverband der Maschinisten und Heizer in unserer Jahrestelle Hamburg zurzeit 2800 Mitglieder zählt.

Vergarbeiterverband und Zentrumsgewerksverein.

Die Zentrumspresse, speziell die „christlichen Volks“-Zeitungen des preussischen Westens erheben in ihren Spalten periodisch ein Jubelgeschrei über die „glänzende Entwicklung“ der christlichen Gewerkschaften. Ebenso regelmäßig beweisen die Abrechnungen und das Zahlenmaterial das gerade Gegenteil. Ein klassisches Beispiel hierfür liefert der „Gewerksverein“ „christlicher Vergarbeiter“. Mit 48400 Mitgliedern trat er in das Jahr 1905 ein. Ueber 30 000 traten während des Ruhrstreiks neu bei, so daß am 1. April 1906 über 80 000 Mitglieder vorhanden waren. Im Laufe des Jahres entwickelte er sich „glänzend weiter“ — bis am Jahresluß 1906 noch 66 630 Mitglieder vorhanden waren. Das Jahr 1906 brachte weitere „glänzende Ergebnisse“ für den Gewerksverein, indes der „sozialdemokratische“ Verband „am Sterben“ war. Beim Jahresabluß Ende 1906 zählte der Gewerksverein rund 75 000, der Verband aber 110 000! Der Unterschied tritt noch deutlicher hervor, wenn man die Einnahmen zu Grunde legt. Es erhielten Beiträge

	1905	1906
Gewerksverein	492 957 M.	741 444 M.
Vergarbeiterverband	1 189 585 „	1 587 836 „

Beide Verbände erheben seit 1. Oktober 1905 die gleichen Beiträge (40 Pf. pro Mitglied und Woche). Am 1. April 1907 wollte der Gewerksverein 77 000 Mitglieder haben, davon 47 000 im Ruhrbezirk. Das wären 7000 mehr als vor dem Streik 1905. Während desselben hat der Gewerksverein nach seinen eigenen Angaben über 30 000 Mitglieder neu aufgenommen, so daß er gut 20 000 Mitglieder allein im Ruhrgebiet verloren hat!

Der Gewerksverein gab Ende 1906 sein Vermögen auf 508 334 M. an, das Verbandsvermögen betrug aber 1 252 645 M.! Die Finanzkraft des Vergarbeiterverbandes ist im ersten Halbjahr 1907 weiter gewaltig gewachsen. An Mitgliederbeiträgen wurden in der Zeit vereinnahmt 830 808 M. gegen 758 265 M. in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Finanzkraft des Verbandes ist so gewachsen:

Vermögensbestand Ende 1905	1 252 645 M.
Ende des ersten Halbjahres 1907	1 634 445 „
Vermögenszuwachs im letzten Halbjahr	371 800 „

Die Verbandsleitung hofft den Kampffonds am Jahresabluß auf zwei Millionen Mark zu bringen. Selbstverständlich ist die Summe verhältnismäßig noch gering, aber die ganze Entwicklung zeigt ein kräftiges Vorwärtsschreiten. Das fällt um so mehr ins Gewicht, als die gegnerischen Organisationen, besonders die „Christen“, von den Behörden und der Geistlichkeit gehegt und gepflegt werden, während der Vergarbeiterverband von allen Seiten mit den schofelsten Mitteln bekämpft und seine Ausbreitung zu

hindern versucht wird. Geht die Entwicklung so weiter, werden die Sonderverbände im Vergarbeiterberufe zur Bedeutungslosigkeit herabsinken und damit ist die unselbige Zersplitterung, von der das Unternehmertum so lange den Vorteil gezogen hat, beseitigt.

Ausland.

Der Dostereit in Antwerpen.

Antwerpen, 27. August. (Fig. Ver.)

Entgegen der gestrigen Meldung einer möglicherweise sich günstig gestaltenden Konstellation der Dinge, müssen wir heute berichten, daß die Unternehmer in ihrer letzten Komiteesitzung jedwede weitere Unterhandlung rundweg abgelehnt haben. Der Präsident und der Vizepräsident der Handelskammer, die die besorgniserregende Situation weniger gleichmütig ansehen als die Unternehmer, haben neuerdings an zehn Vorschläge gemacht — alles vergeblich. „Alles ist umsonst“, erklärte der Präsident Steinmann von der Unternehmervereinigung, „es wäre lächerlich, unsere Haltung zu ändern! Alle großen ausländischen Schiffsgesellschaften sind mit uns einig. Wir wollen die Unterwerfung der Arbeiter bedingungslos.“ Man möge keine weiteren Vorschläge machen, um keine vergeblichen Hoffnungen zu erwecken.

In dieser unverhüllten brutalen Kapitalistensprache, die sich wie ein blutig-höhnendes Spottlied auf das sonst salbungsvoll gepredigte „gute Einvernehmen“ von Arbeitnehmern und Arbeitern anhört, wird nun den Streikenden der angebrohe und längst beabsichtigte Kampf „bis aufs Äußerste“ erklärt. Die Unterwerfung der Arbeiter — das war von Anfang an die Parole der Herren, nur daß man sie bis jetzt in den Schein von Bedingungen gehüllt hat, von denen man nur zu gut wußte, daß sie für die Arbeiter unannehmbar waren. Die bewilligte Million zur Fortsetzung des Widerstandes, das Einverständnis der ausländischen Unternehmer, die Hoffnung auf einen ausgiebigeren Schub von Streikbrechern — diese drei günstigen Momente haben das gehegte Projekt zum runden Abschluß gebracht. — Demgegenüber steht ja doch das Schicksal von Tausenden von Arbeitern, eine wirtschaftliche Katastrophe der Bevölkerung, ein auf lange Zeit nachwirkender, in den mannigfaltigsten Beziehungen sich auslösender Schaden des Antwerpener Hafens selbst. Es geht nichts über den kapitalistischen „Patriotismus“, der einer Regung des Starrsinns, der Eitelkeit und nicht zuletzt böser Rachsucht bedenkenlos das Gesamtinteresse opfert.

Für das Streikkomitee ist jetzt die schwere Frage: Was nun? — denn die Sachlage ist jetzt, wo eine auf gegenseitige Vereinbarung gestützte Austragung des Konfliktes ausgeschlossen ist, eine wesentlich andere als vormals. Für heute abend ist eine geschlossene Versammlung einberufen, in der die neue Sachlage beraten werden wird. Chapelle, der unermüdbare Führer der Streikenden, hat der naheliegenden Meinung Ausdruck gegeben, den Streik wieder auf seine ursprüngliche Streikfront, die Holz- und Getreideverlader, einzuschränken — eine Auffassung, die nur feinerzeit in der Flut der Ereignisse und der Bewegung verlassen wurde. Jedenfalls wird sich nun, nachdem der Stuttgarter Kongress vorüber ist, der Generalrat der Partei mit der Sachlage befassen. Ein Delegierter des Streikkomitees wird dort morgen über die Streikangelegenheit Bericht erstatten. — Der Vergärmeißler hat die Erlaubnis zur Ausstellung von Kollekten verweigert und die Ansuchen auf den bürokratischen Weg verwiesen.

Scheinbar ist jetzt etwas mehr Ordnung im Hafen eingeleitet — aber der Grund ist nicht etwa eine ausdehrender Arbeitsleistung, sondern das — Ausbleiben der Schiffe, die nach den Weisungen der Gesellschaften jetzt Antwerpen umgehen. Die Saat geht bereits auf. In England haben einige große Kohlenwerke den Import der Kohlen über Antwerpen eingestellt und Brügge und Zebrügge haben nun den Ruhen. Dergleichen haben die englischen Linien, darunter die Bristol Steam Navigation Company, ihren seit Jahren bestehenden regulären Verkehr mit Antwerpen eingestellt. — Die Zahl der angeworbenen Streikbrecher hat sich auf zirka 5000 vermehrt. Die neuangeworbenen 80 Deutschen dürften Antwerpen verlassen, nachdem ihnen erklärt wurde, daß sie Streikbrecherdienste leisten sollen. — Die Bürgergarde ist in Bereitschaft — die Herren sehen sich für alle Fälle vor.

Ueber den Hafenarbeitersausstand in Antwerpen

meldet das offiziöse Wolffsche Bureau: In einer nichtöffentlichen Versammlung der ausländischen Hafenarbeiter wurde beschlossen, den allgemeinen Ausstand morgen zu beenden. Sämtliche Arbeiter werden morgen die Arbeit wieder aufnehmen mit Ausnahme der Kornauslader und der Holzarbeiter, die vor einigen Wochen in den Ausstand getreten sind.

Verfammlungen.

Versammlung des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter, Sektion I. Nach Ehrung des Andenkens des verstorbenen Kollegen Michael Stauber gibt Seyder den Kuratoriumsbericht vom paritätischen Arbeitsnachweis. Das Ergebnis des Berichtsjahres war absolut wie relativ in der zu vergebenden Arbeit ein sehr günstiges. Es wurden 377 feste und 1730 Aushilfsstellen von Brauereiarbeitern besetzt. In der Einstellung ohne Benutzung des Arbeitsnachweises taten sich besonders die Unions-, Versuchs- und Lehrbrauerei, die Kaiser-, Hülselein- und Böhms-Brauerei hervor. Die hohe Anzahl der Aushilfsstellen wurde von der Versammlung stark kritisiert und wurden die Kuratoriumsmitglieder angewiesen, darauf hinzuwirken, daß diesem Umwesen endlich einmal gesteuert werde und die Brauereien ihren Etat an ständig beschäftigten Leuten nicht immer durch Aushilfskräfte aufrecht erhalten. Ebenso werden die Organisationsdirektoren beauftragt, sich für die gegen einen Ausschluß von Invalidentenempfängern vom Arbeitsnachweis zu erklären, wie dies von dem Obmann des Arbeitsnachweises, Dr. Freund, beauftragt wurde. — Die Quartalsabrechnung ergab: Einnahme 4469,99 M., Ausgabe 2540,90 M.; an die Hauptkasse konnten abgeführt werden 1929,00 M. Der Mitgliederbestand beträgt 895. Eingegangen sind im 2. Quartal 1907 pro Mitglied 11,03 Beiträge gegen 12,04 im 1. Quartal. Die Kassa weist eine Einnahme von 2105,25 M. und eine Ausgabe von 1749,17 M. auf, also ein Mehr von 416,08 M., mit dem Bestand vom 1. Quartal von 9347,71 Mark ergibt dies ein Vermögen von 9763,79 M.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Draconisches Urteil.

Reife, 28. August. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Das Kriegsgericht Reife beurteilte heute nach zweitägiger Verhandlung wegen militärischen Aufruhrs die Reserveoffiziere Niwiadomski-Beuthen zu sieben Jahren Zuchthaus, Hüblich-Doppeln zu sieben Jahren Gefängnis und Wischhof-Breslau zu 5 1/2 Jahren Gefängnis. Außerdem wurde auf die üblichen Nebenstrafen erkannt.

Truppennachschübe für Marokko.

Paris, 28. August. (B. Z. M.) Aus Anlaß der Ereignisse bezüglich der Erhebung Mulay Hafids zum Sultan von Marokko erbat General Druce eine Verstärkung von zwei Bataillonen, deren Entsendung in Oran vorbereitet ist. Es wurde unverzüglich der Befehl erteilt, morgen diese Truppen nach Casablanca einzuschiffen, ohne an den früheren Instruktionen etwas zu ändern.

Die einheitliche Parteilegitimation.

Von Parteitag zu Parteitag mehren sich die Anträge, die eine einheitliche Parteilegitimation fordern. In den Parteiverfassungen, die sich mit dem Offener Parteitag beschäftigen, wird diese Forderung jezt wieder erhoben und erfreulicherweise schenkt auch unsere Parteipresse dieser Frage jezt weit größere Beachtung, als das früher der Fall war.

Verwaltungsarbeit vollzog sich allmählich ein Wandel und diejenigen Parteigenossen, die jahrelang den Gedanken propagiert haben, sehen nun zu ihrer Genugtuung seine Verwirklichung in greifbarer Nähe gerückt.

Wenn man sich nur darüber klar ist, worauf es bei der Frage allein ankommt, und alles entscheidet, was sie verwirklicht machen kann, so ist die Lösung die denkbar einfachste. Man muß sich vor Augen halten, daß es sich lediglich um einen einheitlichen Ausweis über die Zugehörigkeit zur Parteiorganisation handeln soll, um nichts mehr! Beachtet man dies, dann kann nicht nur die Aufnahme der Orts- und Wahlkreis-, der Bezirks- und Landesstatuten, sondern selbst des Organisationsstatus der Gesamtpartei und ihres Programms unterbleiben, die alle mehr oder minder fortlaufend Änderungen unterworfen sind und deshalb besser gesondert ausgegeben werden.

Leistungen und die Mitgliedschaft in den einzelnen Parteiorienten. In diesem Sinne schrieb ich bereits vor zwei Jahren in einem im „Hamburger Echo“ über die Organisationsfrage veröffentlichten Artikel: „Eigentliche Schwierigkeiten bereitet der Einführung einheitlicher Parteilegitimationen gegenwärtig nur noch der Umstand, daß teils Monats-, und teils Wochenbeiträge erhoben werden. Durch entsprechende technische Anordnung der Markenselder ließe sich aber auf dieses Hindernis verzichten. . . . Gleiche Höhe der Beiträge und gleicher Kennwert der Quittungsmarken ist dazu absolut nicht erforderlich, nur gleiches Format der letzteren.“

Das Frankfurter Agitationskomitee hat daraufhin im Herbst 1905, als es sich für die 13 Wahlkreise des Bezirks um die Schaffung eines einheitlichen Mitgliedsbuches handelte, dieser Anregung entsprechend gehandelt. Es wurde ein Mitgliedsbuch zur Einführung gebracht, das außer Umschlag und Titelblatt mit Personalien lediglich 10 Seiten Markenselder und 4 Seiten An- und Abmeldebüchlein enthält. Titelblatt, Markenselder und Meldebüchlein repräsentieren sich folgendermaßen:

Titelblatt.

Markenselder.

Meldebüchlein.

Beitragsquittung pro 19

Table with 7 columns for weeks (Boche) and 7 rows for months (Januar to Dezember). Each cell contains a number from 1 to 52.

Mitgliedschafts-Nachweis.

Table with 2 columns: Angemeldet (nur bei Anmeldung ausfüllen) and Abgemeldet (nur bei Ummeldung ausfüllen). Each column has fields for date, name, and stamp.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Mitgliedsbuch

für

Herrn _____

Beruf. _____ geb. am _____ ten _____ 18 _____

zu _____ (Geburtsort) _____ (ev. Reg.-Bez. oder Kreis, Amt etc.)

Staatsangehörigkeit _____ Familienstand: verh. ledig

Fingerring am _____ ten _____ 19 _____ zu _____

Ausgestellt von _____

(Stempel)

(Unterschrift)

Das Titelblatt enthält neben den notwendigen Personalangaben auch das Datum des ersten Eintrittes in eine Parteiorganisation und den Eintrittsort.

Die Markenselder sind für Wochen- wie für Monatsmarken eingerichtet, so daß beide Markensorten abwechselnd nacheinander eingeliefert werden können, je nachdem an den einzelnen Orten Wochen- oder Monatsbeiträge erhoben werden. Die Größe der Markenselder ergibt sich von selbst aus der Teilung des Gesamtmarkenseldes, für welches die Normalgröße von 12 und 8 Zentimeter angenommen worden sind, die erfahrungsgemäß einem handlichen Mitgliedsbuchformat entsprechen.

Diese Mitgliedsbücher hat gleichzeitig mit dem Frankfurter Agitationsbezirk auch der Agitationsbezirk Kassel zur Einführung gebracht. Da Frankfurt besonders stark von Parteienoffenen aus süddeutschen Bundesstaaten aufgesucht wird, verständigte sich das Frankfurter Agitationskomitee mit den Bezirks- resp. Landesorganisationen der Partei in diesen Staaten, das Buch gleichfalls einzuführen. So ist es denn auch weiter eingeführt worden im Gau Südbayern, im Gau Nordbayern und im Gau Pfalz, also in der gesamten bayerischen Landesorganisation, weiter in den Landesorganisationen Württemberg und Baden. Teils hat man dabei Statuten usw. beigegeben, was, wenn es auch nicht unbedingt notwendig ist, andererseits aber auch der Brauchbarkeit des Buches in anderen Bezirken und Orten absolut nicht schadet.

Für Süddeutschland ist die Frage der einheitlichen Parteilegitimation also bereits bis weit über die Mainlinie hinaus gelöst. Wenn sich die übrigen Landesorganisationen und Bezirksverbände gleichfalls anschließen, so kann die Frage in kurzer Zeit auch für das ganze Reich gelöst sein.

Wilh. Dittmann - Frankfurt a. M.

Internationale Konferenz der Friseurgehülfen.

Stuttgart, 27. August 1907.

Der zweite Verhandlungstag begann mit der Diskussion über das Referat Alischer über Forderungen der Gehülfen an Gesetzgebungen und Arbeitgeber. Sie endet mit der Annahme folgender Resolution:

Die Konferenz stellt an die Gesetzgebungen beziehungsweise Arbeitgeber der vertretenen Länder folgende Forderungen:

- 1. Volle Koalitionsfreiheit.
2. Unterstellung des Friseurgewerbes unter die Gewerbeinspektion; Erlass hygienischer Vorschriften über die Beschaffenheit der Arbeitsräume. Wahl der Gewerbeinspektoren durch die Gewerkschaften.
3. Regelung der Arbeitszeit unter Festsetzung einer höchstens 60 stündigen wöchentlichen Arbeitszeit, welche an Wochentagen spätestens um 8 Uhr abends (Sonntags 10 Uhr), an Sonntagen spätestens um 12 Uhr beendet sein muß - bis zur Einführung der vollständigen Sonntagsruhe. Wöchentliche Freigabe der drei zweiten Feiertage, sowie der auf Wochentage fallenden gesetzlichen Feiertage und des 1. Mai.
4. Beseitigung des Kost- und Logiszwanges.
5. Bessere Bewertung der Arbeitskraft. Festsetzung eines Minimalstundenlohnes. Wöchentliche Lohnzahlung in barem Gelde.
6. Lehrlingsausbildung in staatlichen oder kommunalen Lehrwerkstätten. Verbot des Lehrlingshaltens in Privatbetrieben.
7. Gegenseitige Anerkennung der Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmer.
8. Staatliche Versicherungsanstalten gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter und Invalidität.

9. Periodische Vornahme regelmäßiger Erhebungen über die Lage der im Friseurgewerbe Beschäftigten zum Zwecke einer gesetzlichen Verbesserung der Arbeitsbedingungen, insbesondere der Verkürzung der Arbeitszeit.

Zur Frage des Trinkgeldwesens beschließt die Konferenz folgende Resolution:

Die Konferenz beurteilt das Trinkgeldwesen als die niedrigste Form des Lohnes und macht es den angeschlossenen Organisationen zur Pflicht, bei allen Lohnforderungen die Beseitigung des Trinkgeldwesens anzustreben durch Erringung auskömmlicher Löhne, deren Normierung ohne Rücksicht auf etwaige Trinkgeldeinnahmen zu erfolgen hat.

Nachdem die Konferenz noch beschlossen hat, die Verbandsorgane der Organisationen auszutauschen, so daß jede Ortsgruppe regelmäßig ein Exemplar der ausländischen Zeitungen erhält, wird die Vormittagssitzung geschlossen.

Die Nachmittagsitzung beginnt mit der Beratung über die Regelung der internationalen Beziehungen. Einstimmig wird die Errichtung eines internationalen Sekretariats beschlossen. In dem Regulative, das die internationalen Beziehungen regelt, wird festgesetzt, daß den Mitgliedern der dem Sekretariat angeschlossenen Organisationen das Recht des kostenfreien Uebertritts aus der einen in die andere Organisation zusteht und daß die Rechte, die sie sich in ihrer Organisation erworben, in Anrechnung gebracht werden. Die Organisationen haben pro Mitglied und Jahr 10 Pf. an das internationale Sekretariat abzuführen. Die nächste Konferenz soll 1910 in Bern stattfinden. Zum Sitz des internationalen Sekretariats wird Deutschland und als Sekretär E. Korn - Hamburg gewählt.

Vom französischen Delegierten war beantragt worden, die Punkte Antimilitarismus und Generalstreik auf die Tagesordnung zu setzen. Die Konferenz lehnte das jedoch ab, worauf Luquet - Paris bei dem Punkt „Erledigung besonderer Anträge“ Gelegenheit nahm, seine Ausführungen zu den Fragen zu machen. Da seine Anschauungen den Beschluß der internationalen Konferenz in diesen Fragen zum Teil widersprechen, so beschließt die Konferenz, sie lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Nachdem dann noch die Frage der weiblichen Arbeitskräfte im Friseurberufe dahin erledigt worden war, daß versucht werden soll, diese Arbeiterinnen zu organisieren und auch bei ihnen für gleiche Leistungen gleiche Bezahlung zu verlangen, wurde mit den üblichen Schlußreden die Konferenz geschlossen.

Erster internationaler Kongress der Bäcker, Konditoren und verwandter Berufsgenossen.

Zum erstenmal traten am Sonnabend hier in Stuttgart die organisierten Bäcker- und Konditorgehülfen zusammen, um darüber zu beraten, wie es möglich ist, den Arbeitgebern wirksamer entgegenzutreten zu können. Freudig waren dem Rufe die ausländischen Bruderorganisationen gefolgt. Auf dem Kongress waren vertreten:

Verband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands (19 000 Mitglieder) durch Allmann-Hamburg, Gahner-München, Lantes-Frankfurt a. M.; Fachverein der Bäckereiarbeiter Böhmens (1800 Mitglieder) durch Jirasek-Prag; International Union of operative Bakers and Confectioners of Great Britain and Ireland (200 Mitglieder) durch L. Tisch-London; Verband der Lebens- und Genussmittelarbeiter der Schweiz (550 Mitglieder) durch Sal. Stidel-Bern; Confederazione Italiana fra Lavoratori dell'Arte Bianca (10 000 Mitglieder) durch Pietro Premoli-Milano; Verband der Bäckereiarbeiter Oesterreichs (6400 Mitglieder) durch Frz. Silberer-Wien; Svenska Bagerier och Konditoriarbetareförbundet (3150 Mitglieder) durch Anders Sjöstedt-Stockholm. Insgesamt beteiligten sich an dem Kongress sieben Nationen mit 41 000 Mitgliedern.

Am Sonnabend den 24. August, nachmittags 3 Uhr, traten die Delegierten zur Beratung zusammen. Kollege Allmann -

Hamburg hielt die Antwortsenden, insbesondere die Delegierten der ausländischen Bruderorganisationen herzlich willkommen. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß der von Deutschland ergangenen Einladung eine ganze Anzahl Bruderorganisationen gefolgt sind. Die Bäcker- und Konditorgehülfen fühlen immer mehr, daß sie den Bruderbund über die Grenzpfähle hinweg schließen müssen, wenn der Ausbeutung in allen Ländern Schranken gesetzt werden sollen. Keine nationalen Gegensätze können uns in unserem Vortragsmarsch zur Befreiung aller Berufsangehörigen aus den Fesseln der Ausbeutung hindern. Außer den Antwortsenden erklären sich im voraus die Bruderorganisationen Hollands, Belgiens, Ungarns, Warschaus und Petersburgs mit den Beschlüssen des Kongresses einverstanden. Nordamerika und Dänemark werden noch dazu Stellung nehmen, während von Frankreich keine Antwort zu erhalten war.

Zur Leitung der Verhandlungen wurden Allmann - Hamburg als Vorsitzender und Lantes - Frankfurt a. M. als Schriftführer bestimmt.

Von Schweden wird beantragt, die Unfallversicherung mit auf die Tagesordnung zu setzen. Allmann erklärt, daß dieser Punkt mit behandelt wird. Damit ist der Vertreter Schwedens einverstanden. Die Tagesordnung lautet:

- 1. Die Wäderschutzgesetzgebung.
a) Einrichtung und Betriebe der Wädereten,
b) Dauer der täglichen Arbeitszeit,
c) ein wöchentlicher Ruhetag,
d) Verbot der Nachtarbeit.
2. Der Kampf gegen die Nachtarbeit.
3. Die Gegenseitigkeitsverträge der Verbände betreffs Uebertritts der Mitglieder, und Reise-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung.
4. Gegenseitige Unterstützung bei Streiks in Fernhaltung des Zuzugs und in finanzieller Beziehung.
5. Ist es zweckmäßig und notwendig, ein internationales Sekretariat zu errichten?

Von der deutschen Delegation liegt zu Punkt 1 und 2 eine Resolution vor, die von Allmann eingehend begründet wurde. Ein genauer Bericht über die Schutzgesetze im Verufe in den einzelnen Ländern kann nicht gegeben werden. Soviel ist jedoch sicher, daß sämtliche Regierungen auf diesem Gebiete wenig getan haben und wir mit den in manchen Staaten äußerst oberflächlichen Bestimmungen uns nicht zufrieden geben können. Die Meinungen bezüglich Beseitigung der Nachtarbeit gehen auseinander. Während in den romanischen Ländern, besonders in Italien, der Kampf sich ausschließlich auf diesen Punkt konzentriert, sehen wir in den übrigen Ländern, daß diese Forderung nicht als die zunächst zu erreichende betrachtet wird, sondern von den Organisationen die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter und Arbeiterinnen in erster Linie durch die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges und der sieben-tägigen Arbeitswoche, sowie in der Arbeitszeitverkürzung zu erstreben gesucht wird.

Premoli - Mailand verteidigt die Taktik der italienischen Kollegen, die für die Beseitigung der Nachtarbeit eintreten. Dieser Frage bringen die Italiener das größte Interesse entgegen. Es sei auch möglich gewesen, den Generalstreik als Protest gegen die Verschleppungsversuche des Ministeriums in die Wege zu leiten. Erreicht wurde dadurch, daß nun ein Gesetzentwurf von der Regierung ausgearbeitet wurde. Dem wöchentlichen Ruhetag, sowie der Abschaffung des Kost- und Logiszwanges sehen die Arbeitgeber den größten Widerstand entgegen. Auch zeige sich für letztere Frage wenig Interesse bei den Kollegen. Wegen die vorliegende Resolution müßte er sich deshalb wenden, weil die Beseitigung der Nachtarbeit an letzter Stelle gefordert wird; damit können sich die Italiener nicht einverstanden erklären. Redner gibt nun einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung und Erfolge seiner Organisation. In mehr als 30 Städten bestehen Tarifverträge mit den Unternehmern.

Tisch - London ist mit der Resolution einverstanden, desgleichen Stidel - Bern.

In der Vormittagsitzung vom 25. August gab Allmann

zunächst die eingelaufenen Glückwunschtelegramme bekannt. Telegraphische Wünsche dem Kongress die Bruderorganisationen von Böhmen, Ungarn, Norwegen, sowie die Mitgliedschaften von Grimnitzschau, Köln und die Bäder des Buppertales die besten Erfolge.

In der Debatte über die Punkte 1 und 2 beteiligen sich noch die Kollegen Sjöstedt, Stockholm, Wagner, München, Lirafer, Prag, Santos, Frankfurt a. M. und Silberer, Wien. Sämtliche Redner sind mit der Resolution einverstanden. In der Abstimmung wurde dieselbe einstimmig angenommen. Sie lautet:

Das Bädergewerbe, mit Ausnahme einzelner Betriebe, gehört in allen Ländern zu dem rückständigsten Gewerbe. Der technische Fortschritt vermag sich nur langsam Bahn zu brechen; die Einrichtung der Betriebe steht selbst mit den minimalsten sanitären Anforderungen in schroffem Widerspruch. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Arbeiterinnen entsprechen der Rückständigkeit des Gewerbes in jeder Beziehung. — Wahrhaft kulturwidrig ist die rücksichtslose Ausnutzung der Arbeitskraft in unbeschränkter Arbeitszeit, die sich in tausenden Fällen bis zu 18 und 18 Stunden täglich erstreckt. Besonders verschärfert wird die Last unbeschränkter Ausbeutung durch die Nachtarbeit, die den Anreiz zur Verlängerung der Arbeitszeit bildet und in Verbindung mit der unhygienischen Beschaffenheit der Arbeitsräume die Gesundheit der Arbeiter schwer schädigt, ihre Lebensdauer verkürzt, die Moral und die geistige Ausbildung beeinträchtigt und das Familienleben schädigt oder ganz unmöglich macht. — Die Nachtarbeit ist um so verwerflicher, als sie keinem zwingenden Bedürfnis der Bevölkerung entspricht, sondern dem Konkurrenzkampf der Arbeitgeber entspringen ist. Dazu kommt noch die unangehörige Tatsache, daß mit Ausnahme von nur einzelnen Staaten die Arbeitswoche sich auf sieben Tage oder Nächte erstreckt. Mit Rücksicht auf diese traurigen Tatsachen beschließt der Kongress und macht es allen Landesorganisationen zur Pflicht:

1. Durch energische Agitation unter den Berufsangehörigen als den unmittelbar Beteiligten, sowie der Bevölkerung als Konsumenten und mit Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft von der Beschäftigung der einzelnen Staaten zu fordern:
1. Vollständige Beseitigung des Nacht- und Logiswesens beim Arbeitgeber und Festsetzung ausreichender Minimallöhne.
2. Festsetzung der Arbeitswoche mit 6 Tagen für die einzelnen Arbeiter und Arbeiterinnen, wobei es den Landesorganisationen überlassen bleibt, entweder die volle Sonntagsruhe oder den Erholungsurlaub zu fordern. Verzicht einzelner Arbeiter auf den Ruhetag ist unzulässig und wird dem Streikbruch gleich erachtet.
3. Beschränkung der Arbeitszeit auf höchstens zehn Stunden täglich, inklusive einer Pause von mindestens einer Stunde, in allen Betrieben mit mehreren Schichten auf 8 Stunden täglich inklusive einer Pause von einer halben Stunde. In Betrieben der letzteren Art wöchentliches Wechsel der Schichten.
4. Ausnahmslose Abschaffung der Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeitskräfte unter 18 Jahren; für die erwachsenen Arbeiter Verbot der regelmäßigen Nachtarbeit. — Nachtarbeit ist entsprechend höher zu bezahlen als Tagarbeit.
5. Wegfall aller Klauseln, durch welche das Bädergewerbe vom allgemeinen Arbeiterschutz ausgenommen wird.
6. Erlass strenger Vorschriften über die technischen und sanitären Einrichtungen der Betriebe zum Schutze der Arbeiter und des konsumierenden Publikums.
7. Unterstellung der Bäderereien und Konditoreien unter die Fabrik- und Gewerbeinspektion. Behufs wirksamer Kontrolle Beiziehung von Vertrauensmännern, die aus der Mitte der Organisation gewählt werden.

Der Internationale Kongress macht es den einzelnen Landesorganisationen zur Pflicht, durch energische Agitation die Arbeiter und Arbeiterinnen von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses zu überzeugen und sie zum Klassenkampf zu erziehen. Der wirtschaftliche Kampf muß darauf gerichtet sein, unbeschadet der gesetzlichen Regelung unserer Forderungen vor allem die Beseitigung des Nacht- und Logiswesens beim Arbeitgeber durchzuführen. Dafür ist ein ausreichender Minimallohn festzusetzen. Die Verkürzung der Arbeitszeit sowie die Erlämpfung eines wöchentlichen Ruhetages sind unsere zunächststehenden wichtigsten Forderungen. — Bei dem Punkt Gegenseitigkeitsverträge fand nachstehende Resolution einstimmige Annahme:

„Der Internationale Bäderekongress betont im Hinblick auf die verschiedenartigen Unterstützungseinrichtungen der Verbände die Notwendigkeit einer Vereinheitlichung dieser Zweige. Er ersucht die Vertreter der Landesorganisationen, dahin zu wirken, daß da, wo Unterstützungseinrichtungen noch gänzlich fehlen, solche geschaffen werden, vor allen Dingen aber Reiseunterstützung eingeführt wird.“

Der Kongress beschließt, die bestehenden Gegenseitigkeitsverträge sollen auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Mitglieder sobald wie möglich auf alle dem Internationalen Sekretariate angeschlossenen Verbände ausgedehnt werden, und als Minimum der Gegenseitigkeit den unentgeltlichen Lebertritt von einem Verband zum andern unter Anrechnung der früheren Mitgliedschaft und Gewährung von mindestens Reiseunterstützung und Rechtschutz enthalten.“

Ueber Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen einigten sich die Delegierten nach vorausgegangenem Referat Allmanns auf nachstehende Grundzüge:

„Zur erfolgreichen Durchführung der wirtschaftlichen Kämpfe empfiehlt der Kongress alle dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Verbände, die Vertragsleistung der Mitglieder so zu gestalten, daß sie jederzeit in der Lage sind, ihre Lohnkämpfe aus eigenen Mitteln führen zu können. Nur bei außergewöhnlichen, das Maß der Leistungsfähigkeit übersteigenden Streiks und Aussperrungen von mindestens 3 Wochen Dauer, die eventuell zur Verhinderung oder Lahmlegung der Organisation führen würden, kann das Internationale Sekretariat um die Hilfe sämtlicher Verbände angegangen werden. Im Falle von ausgedehnten Aussperrungen kann die Hilfe schon in einem früheren Stadium beansprucht werden. Bei Streiks und Lohnbewegungen ist dem Sekretariat stets sofort Mitteilung zu machen, damit Benachrichtigung der übrigen Verbände zur Fernhaltung des Zugangs von Streikbrechern erfolgen kann. Die Verbände haben die Pflicht, dem Sekretariat jährlich mindestens einmal einen genauen Situationsbericht einzusenden, sowie alle Anfragen prompt zu beantworten.“

Auf Vorschlag von dem Vertreter Schwedens wird bezüglich der Unfallversicherung beschlossen:

„Der Internationale Kongress fordert die Landesorganisationen auf, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß alle Betriebe unseres Berufes den staatlichen Unfallversicherungsgesetzen unterstellt werden. Wo dies nicht gelingen sollte, oder wo keine staatlichen Unfallversicherungen existieren, ist beim Abschluß von Tarifverträgen mit den Arbeitgebern auf die Schaffung der freien Unfallversicherung hinzuwirken, um allen Arbeitern und allen Arbeiterinnen die Vorteile dieser Versicherung zu teil werden zu lassen.“

Beschlossen wird ferner bei Punkt 5 die Errichtung eines Internationalen Sekretariats für Bäder, Konditoreien und verwandte Berufsgewerke mit dem Sitz in Hamburg. Anschließend dasselbe können nur solche Organisationen finden, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Zum Sekretär wird einstimmig Allmann, Hamburg, gewählt. Der Beitrag pro Mitglied und Jahr wird auf 2 Pf. festgesetzt. Aufgabe des Sekretariats ist, alljährlich einen Bericht über die Entwicklung der einzelnen Landesorganisationen herauszugeben, schwache Organisationen mit Rat und Tat zu unterstützen und zu diesem Zwecke Informationsreisen zu unternehmen. Der gegenseitige Austausch der Fachblätter wird allen Organisationen zur Pflicht gemacht. Ein ausführliches Protokoll mit den Situations-

berichten der einzelnen Organisationen in Broschürenform herauszugeben, wird ebenfalls gutgeheißen.

Der nächste Kongress findet 1910 in Kopenhagen statt. Einer von Silberer, Wien, eingereichten Resolution stimmten die Anwesenden zu; sie lautet:

„Der Kongress entbietet den italienischen Kollegen zu ihrem großen und gerechten Kampfe für vollständige Abschaffung der Nachtarbeit seine brüderlichen Wünsche für vollen und dauernden Erfolg.“

Der Kongress ist damit am Schlusse seiner Tagung angelangt. Allmann gibt einen Rückblick auf die gefassten Beschlüsse und erzieht bestimmt, daß von den Vertretern der ausländischen Bruderorganisationen alles daran gesetzt wird, um die Beschlüsse in ihrem Heimatlande zu verwirklichen. Rufen wir zu den kommenden Kämpfen und setzen wir alles daran, um die Organisationen zu einem machtvollen Bollwerk gegen Entrechtung und Anrechnung auszubauen. Dann müssen alle scharfmacherischen Bestrebungen der Ausbeuter an dem neugegründeten Bund der Bäder- und Konditorgehülfen aller Länder abprallen.

Mit einem begeisterten Ausgenommenen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wurde der Kongress geschlossen.

Aus der Partei.

Zum Parteitag in Offen.

Die Generalversammlung des Wahlkreisesverein Insterburg-Gumbinnen nahm am 25. August Stellung zum Parteitag. Es wurde unter anderem beschlossen, folgende Anträge dem Parteitag zu unterbreiten:

Der Parteitag wolle beschließen: auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages ist die Landarbeiterfrage zu setzen. Der zu bestellende Referent soll bei der Beschaffung des Materials für dieses Thema in erster Linie die östlichen Provinzen berücksichtigen.“

In Anbetracht, daß der übermäßige Alkoholkonsum der Aufklärungsarbeit der Partei unter der proletarischen Bevölkerung großen Widerstand entgegensetzt, Körper und Geist ruiniert, die zum Klassenkampf so notwendige Energie den Arbeitern raubt, ist von der Partei mehr wie bisher in Wort und Schrift der Alkoholmißbrauch zu bekämpfen. Vollständige Enthaltsamkeit ist zu empfehlen, soll aber nicht als Bedingung der Zugehörigkeit zur Partei gelten.“

Zum Delegierten wurde der Parteisekretär für Ostpreußen, Genosse Linde gewählt. Er soll auch im Einverständnis mit den übrigen Organisationen alle anderen ostpreussischen Wahlkreise mit Ausnahme der Stadt Königsberg vertreten. Für diese ist Genosse Donatius als Delegierter gewählt.

Der ostpreussische Wahlkreisesverein Tilsit-Niederung beschloß eine Erhöhung der Beiträge für die Stadt Tilsit von 20 auf 25 Pf. monatlich. Den Mitgliedern auf dem Lande will man es freistellen, den niedrigen oder höheren Beitrag zu zahlen.

Eine — eigentümliche — Adresse, um uns höchst auszudrücken, bringt der „Volksbote“ zu Stettin für seinen von uns angelegten arg tendenziös zugespitzten Bericht über die Verhandlung des Stuttgarter Kongresses zur Kolonialfrage vor. (Es handelt sich, wie wir nebenbei bemerken, um den Bericht über die Plenarsitzungen des Kongresses, nicht, wie in der Nr. 198 angegeben war, um die Kommissionsverhandlungen.) Das Stettiner Parteiblatt schreibt nämlich: „... Offenbar mißfällt ihm (dem „Vort.“) die Kürzung, die wir aus technischen Gründen an dem Berichte über die Beratung der Kolonialfrage im Plenum vornehmen mußten. Daß wir bei dieser Kürzung die Redner der Kommissionsmehrheit etwas ausführlicher haben zu Wort kommen lassen, geben wir zu, dies rechtfertigt sich aber unserer Meinung nach dadurch, daß Kautsky, Ledebour und Quisch doch nur die alten Ideen, die jedem Parteigenossen schon hinreichend geläufig sind, zum Ausdruck brachten, während die Redner der Kommissionsmehrheit neue Anschauungen vertraten, die sich die Parteigenossen nicht aus eigener Wissenschaft ergänzen konnten.“

Wir wollen die Wirkung dieser schönen Adresse durch keine Bemerkung beeinträchtigen.

Eine Ausstellung sozialistischer Prekargane hat die „Arbeiterzeitung“ in Dortmund veranstaltet. Am den Lesern einen Begriff von den gewaltigen Fortschritten der sozialistischen Presse zu geben, hat die Geschäftsleitung in ihrem Geschäftslokal eine Ausstellung sozialdemokratischer Zeitungen veranstaltet. Sie umfaßt weit über 200 Partei- und Gewerkschaftsblätter aus aller Herren Länder und in allen Sprachen.

Der Empfang des Genossen Quisch in London.

London, 25. August. (Fig. Ver.) Gestern früh kamen die Genossen Quisch, Thorne und Harley von Stuttgart in London an und wurden von etwa 150 Genossen an der Station Holborn Viaduct enthusiastisch empfangen und zu einem Frühstück eingeladen. Abends fand eine stark besuchte Versammlung im Lokal der Sozialdemokratischen Föderation statt, in der Quisch seine Erfahrungen in Württemberg in humoristischer Weise behandelte. Außer ihm sprachen Thorne, Webster, Genossin Bondfield und ein deutscher Genosse.

Dolizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine verpuffte Staatsaktion. Wegen Aufzehrung zu Gewalttätigkeiten, begangen durch ein Märgedicht in der Bremer „Bürgerzeitung“, war bekanntlich ein Strafverfahren gegen unseren Genossen, Redakteur Stauffer in Bremen, eingeleitet. Die Strafkammer sprach ihn aber am 8. Juni frei. Der Staatsanwalt hatte Revision beim Oberlandesgericht in Hamburg gegen das freisprechende Urteil eingelegt. Er scheint aber zur Erkenntnis gekommen zu sein, daß die Verurteilung des Redakteurs doch nicht zu erreichen ist und hat nun die Revision zurückgezogen. Damit hat diese Staatsaktion ihr Ende erreicht.

Millionen aus Hungerlöhnen. Der Genosse Joachim hatte in einer Versammlung vor der letzten Reichstagswahl erklärt, der verstorbenen Frau Georg von Solms-Draufels „habe es verstanden, Millionen in Monte Carlo zu verpielen, den Arbeiter Hungerlöhne von 1,60 M. zu zahlen, die Arbeiterknappschaffstasse zu sprengen und zu flüchten“. Gegen die Verurteilungen erhob Prinz Friedrich von Solms-Draufels, als Vertreter des Solms-Draufelschen Fürstentums, die Beleidigungsklage. In der Schöffengerichtsverhandlung vom 26. April d. J. war der Angeklagte freigesprochen worden, da das Gericht eine Behauptung wider besseres Wissen nicht für vorliegend erachtete. Die Strafkammer in Weimar kam dagegen zu der Erkenntnis, daß Beleidigung vorliegt. Das Urteil lautete auf 150 Mark Geldstrafe unter Publizierung mildernder Umstände.

Aus Industrie und Handel.

Zur Kohlensteuerung.

Eine Delegiertenversammlung der Berliner Kohlenhändler-Vereinigung nahm gestern Abend Stellung zur Frage der Preiskontention. Nach längerer Debatte gelangte einstimmig eine Resolution zur Annahme, in der die Schuld an den verhältnismäßig hohen Kohlenpreisen den rheinischen und schlesischen Kohlenproduzenten einschließlich der staatlichen Werke zugeschoben wird, die fortgesetzt die Preise erhöht hätten. Die Berliner Preiskontention habe auf diese Preiserhöhungen keinen Einfluß gehabt, sie habe aber im Interesse der Erhaltung der Existenz der Berliner Kohlenhändler bestimmte Mindestverkaufspreise festlegen müssen, um das Schleudern zu verhüten. Die festgelegten Mindestverkaufspreise seien nicht höher als in früheren Jahren, obwohl die Einkaufspreise, Steuern, Mieten, Futterkosten und Arbeitslöhne jetzt höhere Summen erforderten als früher. Gerade kleinere und mittlere Kohlenhändler wären dem

Ruin ausgelegt, wenn sie nicht durch die Organisation der Preiskontention einigermaßen auskömmliche Preise festlegen könnten.

Die Herren Kohlenhändler machen sich die Sache leicht. Als wir feinerzeit auf die Entwidlung der Dinge hinwiesen, warf uns das Organ der Kontention Dummheit und böse Absicht vor; jetzt wo die Preisdreherei lustig im Gange ist, wollen die Händler ihre Hände in Unschuld waschen. Die Großhändler haben die Klein- händler in die Kontention hineingezogen und fanden dabei die verständnisvolle Hilfe der Preisenbesitzer. Die Großhändler verfolgten den Zweck, durch eine Organisation die lästige Konkurrenz auszuhalten, um bequemer Preisausschläge durchgehen zu können. Sie diktierten Mindestverkaufspreise, nicht um den Kleinhandel zu schützen, sondern um diesen zu dem willenlosen Werkzeug ihrer Preisverteuerungspläne zu machen. Und von denselben Erwägungen gingen die Preisenbesitzer aus. Sie unterstützten die Bestrebungen der Großhändler, um ihrerseits ebenfalls bequemer die Preisfrage andrehen zu können.

Die Kleinhändler werden gezwungen, die Preise hinaufzusetzen, die Großhändler huldigen dem Grundgesetz, daß das Rechten seliger sei denn das Geben und reklamieren die erhöhten Preise für sich, die Preisenbesitzer schauen schamlos zu und sagen: mein ist die Beute! So treibt ein Teil den anderen, und das Instrument zu der Plünderung der Konsumenten ist die Kontention. Wenn die Händler nun ihre Hände in Unschuld waschen wollen, dann versuchen sie sich eben in der Rolle des Spitzhüben, der da ruft: Haltet den Dieb!

Konjunkturschreiber.

Unter vorstehender Stichmarke gibt die „Rhein-Post, Btg.“ folgender Zuschrift Raum:

Der berufsmäßig verpflichtet ist, alles das zu lesen und zu verfolgen, was über die Konjunktur, speziell am Eisenmarkt, unter sachmännischer Flagge in hauptstädtische, süd- und norddeutsche Zeitungen übergeht, der kann sich nicht wundern, daß man in industriellen Fachkreisen in die Zuverlässigkeit und Sachlichkeit solcher verständnisloser Schreiberereien nur noch wenig Vertrauen hat und ihnen wenig Bedeutung beimißt. Es sind dies aber nicht etwa Plätter von untergeordneter Bedeutung, die in der Aufnahme solcher Erzeugnisse wenig strupplos sind, sondern es sind gerade die angesehensten Zeitungen, die in dem Streben, Eigenberichte zu haben, Berichterstatter in ihren Spalten zu Worte kommen lassen, die die Dinge auf dem Eisenmarkt nur vom Hörensagen kennen und demgemäß urteilen. Ein solcher Herr ist der Offener i-Verichterstatter eines Berliner Blattes. In einem vor einigen Tagen unter dem Titel „Aus dem Ruhrrevier“ über- schriebenen Marktbericht gibt derselbe Anschauungen Raum, die wohl Phantasie, aber keine Sachkenntnis verraten. Die Aufregungen in den einzelnen Gebieten haben nachgelassen, so schreibt er, „und mancher Industrielle lächelt heute über die gezeigte Besorgnis. Wenn auch ab und zu zugestanden werden muß, daß die früher üblichen Abschlässe auf spätere Termine ausgediehen sind und noch ausbleiben, so steht dem die Tatsache entgegen, daß andauernd hohe Spezifikationen einlaufen.“ Als einen der wichtigsten Punkte hält dann dieser i-Sachkennner den, daß die Industrie gar nicht mit Aufträgen be- und überlastet sein wolle, ihr sei es viel angenehmer, daß sie die Bestellungen in Ruhe abwickeln könnte und beizuteilen neue Aufträge erhielt. Die Ausfichten dafür seien vorhanden, wie er meint. Zum Beweise dafür führt er nun die Hochofenproduktion aus den Jahren 1861—64 nebst Einfuhr an und ebenso aus den folgenden Jahren bis 1906. Aus den steigenden Ziffern seit 1861 soll also gefolgert werden, daß sich bei Zeiten, wenn die Industrie ihrer in Ruhe bedarf, neue Aufträge von selbst einstellen. Den Rückgang von 1900/01, der in die Beweisführung nicht paßt, findet er „erklärlich“. Die Industrie kann also beruhigt sein, wie er weiter prophetisch sagt, „sie hat keine Krisis zu befürchten.“ — Schön, die Industrie wird sich auf Wunsch des Herrn i beruhigen. Nachdem er dann zur angeblichen Erhärtung seiner Behauptungen noch einige fingierte oder aus anderweitigen Veröffentlichungen entnommene Zehneraufzählungen zum besten gegeben, kommt er zu folgendem sinnigen Schluß seiner Betrachtungen, der dem Hochförm zu einem kompletten macht: „Wenn aber die reparierten Hochöfen wieder dem Betriebe übergeben werden, so schreibt er wörtlich, und wenn die Reuanlagen demnach fertiggestellt sind, dürfte die Nachfrage auf diesem Gebiete sich wieder etwas un- bequem beleben.“ — Die Nachfrage hängt also, nach diesem Pfiffikus, ganz von den reparierten Hochöfen und den Reuanlagen ab. Man sollte es kaum glauben, daß eine Handelszeitung der- artigen Auslassungen in ihren Spalten Raum gewähren könne. Trotzdem geschieht es andauernd, ohne von der Redaktion beanstandet zu werden. Wie muß es mit der Urteilsfähigkeit einer Redaktion bestellt sein, wenn sie Sinn von Unsinn nicht zu unterscheiden vermag!

Tapetenruß.

Die Berichte wird, haben in den letzten Tagen 18 deutsche Tapetenfabriken, die mehr als die Hälfte des Gesamtabsatzes der deutschen Tapetenfabrikation beherrschen, sich notariell zum Beitritt verpflichtet. In der nächsten Woche dürften 7 weitere Fabriken diese notarielle Verpflichtung eingehen. Am 1. Oktober wird der Betrieb dieser 25 Fabriken für Rechnung der Deutschen Tapetenindustrie Akt.-Ges. geben. Das Kapital dieser Gesellschaft ist vorläufig mit circa 35 Millionen Mark in Aussicht genommen.

Vom Ratenkampf der Schiffahrtsgesellschaften.

Die „Frankf. Btg.“ schreibt: Herr Vallin hat bestritten, daß es sich bei der beschlossenen Herabsetzung der Postagepreise um einen Tarifkampf mit der Cunard-Linie handle. Die Differenzen zwischen dem Nordatlantischen Dampferlinienverbande und der Cunard-Linie sind indes seit lange bekannt und auch im letzten Geschäftsbericht der Paketfahrtgesellschaft aufgenommen worden. Auch von anderer beteiligter Seite wird das Bestehen eines Ratenkampfes zugegeben. Aus der Vorgeschichte ist mitzuteilen, daß die Paketfahrtgesellschaft und der Lloyd die Cunard-Linie aufgefordert hatten, ihre Preise um 1/2 Pf. Sterl. zu erhöhen. Das wurde seitens der Cunard-Linie rundweg abgelehnt. Hierauf wurde seitens der Hamburg-Amerika-Linie eine Preisreduktion von 620 auf 430 M. vorgenommen, während der Lloyd mit einer Herabsetzung von 520 auf 470 M. folgte. Als Antwort hierauf hat die Cunard-Linie eine neue wesentliche Herabsetzung ihrer Postagepreise vorgenommen. Für den neuen großen Dampfer „Lustania“ ist sie allerdings für die erste Kajüte auf ihrem Preise von 510 M. stehen geblieben, was sie um so leichter tun konnte, als die Plätze für die ersten Kajüten des Dampfers größtenteils bereits vergriffen sind. Dagegen hat sie für ihre sämtlichen übrigen Dampfer, wie die Pirna B. Karlsberg in Hamburg, die sie für Deutschland vertritt, loeben angeigt, ihre Ueberfahrtspreise ab Hamburg einschließlich Aufenthaltskosten in Liverpool erster Kajüte auf 370 M. ermäßigt, wobei es sich ebenso wie bei den genannten Preisen der Hamburger und Bremer Linie nur um die Minimalraten handelt. Damit sind die herabgesetzten Mindestpreise der Hamburg-Amerika-Linie neuerdings mit 60 M., die des Lloyd sogar um 100 M. unterboten. Aber auch für die übrigen Plätze hat die Cunard-Linie ihre Preise herabgesetzt. Noch am 8. August hatte sie als Ueberfahrtspreise auf der „Lustania“ für die zweite Kajüte 230 M. und für die dritte Klasse 140 M. gefordert, während sie jetzt den Preis der zweiten Kajüte für alle Dampfer mit 220 M. und für die dritte Klasse mit 130 M. ansetzt, was mitbin eine Herabsetzung um 10 M. bedeutet. Ob diese letztere Preisreduktion ebenfalls in Uebereinstimmung mit den beidseitigen Tarifmaßnahmen liegen jedenfalls einem Ratenkampfe vorzuziehen ist.

Aus der frauenbewegung.

Arbeitende Mütter — minderwertig?

Für den Strafprozeß wird von den Verteidigern unserer mo- dernen Justiz das Vorkommen von Klaffenurteilen ausdrücklich bestritten, obgleich wohl nichts erklärlicher ist als die Tatsache, daß die Erziehung und das gesellschaftliche Milieu des sich aufzudem

noch als Verteidiger der gegenwärtigen Ordnung fühlenden Richter diesen instinktiv veranlaßt, über Angriffe auf seine Klasse härter zu urteilen, als über Vergehen, die etwa in deren Interesse oder von ihren Anhängern verübt wurden. Im Zivilprozeß ist das anders, namentlich bei Entschädigungsansprüchen wird da manches Urteil direkt mit den Klassenunterschieden begründet, die man sonst leugnet. Der Klasseninstinkt des Kriminalrichters wird beim Zivilrichter zum Klassenbewußtsein, und unbekümmert um die etwaigen Konsequenzen für das sonstige Leben erklärt er materialien den Nichtbeistehenden für minderndes Recht!

Interessant ist als Illustration für diese Tatsache folgender Rechtsfall, der kürzlich vor dem Reichsgericht seinen Abschluß fand. Die jetzt etwa 30 Jahre alte Klägerin dieses Rechtsfalles war mit dem nunmehrigen Kapellmeister, früheren Unteroffizier E. zu C. ein Verlöbniß eingegangen. Im Herbst 1904 trat E. von dem Verlöbniß zurück und heiratete später ein anderes bemitteltes Mädchen. Die Klägerin, die ihrem Verlobten die Verlobung gestattet hatte, verlangt nun auf Grund des § 1300 B. G. B. einen Schadensersatz in Höhe von 5000 M. Das Landgericht verurteilte den Beklagten diesem Antrage gemäß. Auf seine Berufung hin hob das Oberlandesgericht Breslau das landgerichtliche Urteil auf und wies die Klägerin in Höhe von 4000 M. ab, so daß die Verurteilung nur zur Zahlung von 1000 M. bestehen blieb. Und zwar begründet das Oberlandesgericht seine Entscheidung wie folgt:

Für die Bemessung der Entschädigung seien die Verhältnisse des Mannes, wie der Braut, die gesellschaftliche Stellung, das Vermögen und die Einkünfte eines jeden Teiles zu berücksichtigen und zwar nach der Zeit, in welcher der Anspruch entstanden sei, also nach der Zeit der Aufhebung des Verlöbnisses. Da die Klägerin eine unermögende Schneiderin und die Tochter einer unverheirateten Frauensperson sei, die sich jetzt durch den Betrieb eines kleinen Gemüsehandels ernähre, so sei der Schaden, den sie durch Auflösung des Verlöbnisses in ihrem guten Rufe erlitten, nicht hoch in Anschlag zu bringen. In den Beschäftigungskreisen, denen die Klägerin zuzurechnen sei, werde erfahrungsgemäß einem Mädchen daraus kein erheblicher Vorwurf gemacht, daß es sich in Erwartung der Eheschließung einem Manne geschlechtlich hingabe. Ebenso wenig seien die Heiratsaussichten der gegen 30 Jahre alten Klägerin erheblich vermindert. Mädchen ihres Standes heirateten häufig erst in höherem Lebensalter und auch der Umstand, daß sie zwei uneheliche Kinder habe, erscheine nicht als wesentliche Erschwerung, zumal für den Unterhalt dieser Kinder durch die vom Beklagten zu zahlenden Unterhaltsrenten ausreichend gesorgt sei. Der Beklagte sei aus dem Unteroffiziersstande hervorgegangen und erst zur Zeit der Aufhebung des Verlöbnisses in eine ihn über diesen Stand hinaushebende gesellschaftliche Stellung und in ein Einkommen gelangt, das ihm für die Klägerin günstigeren Falle jährlich nicht 3320 M. übersteige. Im übrigen sei der Beklagte vermögenslos. Daß er nach der Behauptung der Klägerin jetzt ein besseres Einkommen habe, daß sein Vater und seine Ehefrau nicht unermögend seien, sei bei Bemessung der Entschädigung nicht zu berücksichtigen. In Anbetracht alles dessen seien 1000 M. für die Klägerin eine angemessene billige Entschädigung.

Die gegen das oberlandesgerichtliche Urteil von der Klägerin eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht in der Hauptsache verworfen, nur bezüglich der Kosten wurde zu Gunsten der Klägerin diese für alle drei Instanzen bis auf 50 M. entlastet.

An dem Urteil ist mehrere interessante Einzelheiten zu entnehmen, um den Beklagten vor Ansprüchen zu schützen, des Urteils des Militarismus über die Kunst aneignet, indem es den verurteilten Musiker als „Unteroffizier“ anspricht. Dann auch die weitverbreitete Behauptung, daß Mädchen aus dem Arbeiterstande erst in höherem Alter heiraten, und daß die Existenz von unehelichen Kindern bei ihnen kein wesentliches Ehehindernis bilde. In Wirklichkeit liegt die Sache so, daß Arbeiterinnen zumeist früher zu heiraten pflegen, da sie sich nicht in höherem Alter einen Mann kaufen können, wie die Töchter der Besitzenden. Die Klägerin hat ganz offenbar infolge des gegebenen Ehesversprechens den Zeitpunkt versäumt, in dem man in ihrem Stande zur Eheschließung zu schreiten pflegt. Auch die Existenz von unehelichen Kindern ist für sie ein erhebliches Ehehindernis; Arbeiter müssen sich bei ihrem Einkommen sehr überlegen, ob sie ein Mädchen mit mehreren fremden Kindern heiraten können, wenn auch ihre Sittenbegriffe nicht so verwildert sind, daß sie der Mutter ihrer eigenen Kinder eine „bessere Partie“ vorgehen. Am interessantesten ist aber das Zugeständnis, daß eine „unermögende Schneiderin“ und Tochter einer „unverehelichten Frauensperson“ natürlich nicht die Ansprüche stellen darf, wie vielleicht eine Hausfrau, die ihr Dasein der schwachen Stunde etwa einer Prinzessin verdankt!

Soziales.

Landarbeiterrecht in Mecklenburg.

Mit der Frage des Landarbeiterrechtes beschäftigt sich unser Bruderorgan die „Mecklenburgische Volkszeitung“ und zwar an der Hand einer im Verlage der Junken zu den Junken stehenden „Mecklenburger Nacht.“ erschienenen Broschüre, in der ein Jurist den Junken Anweisung gibt, wie sie die Landarbeiter ganz rechtlos machen können. Das Gesetz läßt den Landproletariats nämlich nach ein Recht, indem sie den Ketten der Gesindeordnung entzogen sind. Das paßt nicht für die göttliche justizielle Ordnung; der Verfasser der Broschüre weist darauf zunächst hin, daß nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches die Gesindeordnung auf Gastgelöhner, Deputatisten, „fremde Arbeiter“ und andere in ähnlichen Dienstverhältnissen stehenden, zum Betriebe der Land- und Forstwirtschaft verpflichteten Personen keine Anwendung finden kann. Für alle diese Personen gelten die Bestimmungen des § 611 ff des Bürgerlichen Gesetzbuches betreffend den Dienstvertrag.

Katzenfisch ist die Unterjochung und Konstatierung der Rechtslage nicht Zweck der Broschüre, sie bilden für den Verfasser nur Ausgangspunkt für eine Mahnung an die Junken, das Recht der Landarbeiter durch Dienstverträge vollständig illusorisch zu machen. Den Gutsherren wird der Rat erteilt, sie sollten mit jedem Tagelöhner, Deputatisten usw., der jetzt bei ihnen in Arbeit tritt,

„ausdrücklich und zwar am besten schriftlich, mindestens aber in Zeugnegenwart, vereinbaren,

1. daß jedem Teil nur einmalige Kündigung, nämlich Ostern zum 24. Oktober zusteht;
2. daß der Tagelöhner usw. auch bei einem Wechsel des Gutsherrn zur Stelle und in Dienst zu verbleiben hat.“

Dazu bemerkt die „Mecklenburgische Volkszeitung“: „Der junkenfreundliche Jurist des Schweriner Regierungsblattes hat also herausgeholt, welche Waffe die bewußten Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches in den Händen der Tagelöhner, Deputatisten usw. unter Umständen sein können!

Der Gute hat aber doch übersehen, daß sein Ratsschlag den Junken nicht ein radikales Hilfsmittel ist. Denn wenn in den Tagelöhnerverträgen nicht ausdrücklich die Dauer des Dienstverhältnisses bestimmt ist (§ 620 Abs. 2 B. G. B.), dann hilft die Abmachung über Kündigungsfrist und Wechsel des Gutsherrn nichts, sondern dann tritt § 621 B. G. B. in Kraft, wonach die Kündigungszeit gleich ist der, nach welcher die Vergütung bemessen ist!

„Es ist nicht zweckmäßig“ — für die Gutsherren! — den Tagelöhnern, Deputatisten usw. die rechtlichen Verhältnisse klarzulegen, meinte der Anwalt des Schweriner Regierungsblattes.

Zu ihrem Schaden glauben auch nämlich noch die meisten mecklenburgischen Tagelöhner, Deputatisten usw., die Voraussetzungen und Folgerungen, welche die Gesindeordnung für das Gesinde festgelegt hat, träfen auch für sie zu.

Sie sind nämlich eingeschüchtert durch die Verordnung vom 3. August 1892 betreffend die Bestrafung von Dienstvergehen.

In dieser heißt es, daß Dienstboten, Gastgelöhner usw. bestraft werden, wenn sie „ohne Rechtsgrund“ den Dienst verlassen, oder die Arbeit verlegen oder niederlegen, den schuldigen Gehorsam verweigern oder sich einer groben Ungebühr schuldig machen, oder die Hausordnung in grober Weise verletzen.

Es sollte nun aber ein Zweifel nicht mehr bestehen darüber, daß diese Verordnung höchstens noch für das Gesinde zutrifft!

Die mecklenburgische Verordnung von 1892 betreffend Bestrafung von Dienstvergehen trifft die Tagelöhner und Deputatisten usw. nicht mehr, weil deren Dienstvertrag geregelt ist nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch!

Reichsrecht geht aber vor Landesrecht! Also darf kein Tagelöhner, Deputatist usw. mehr bestraft werden in Mecklenburg auf Grund der Verordnung von 1892. Diese Justiztritte kann nur noch angewendet werden gegen das Gesinde!

Der Jurist des Schweriner Regierungsorgans und Anwalt der mecklenburgischen Junken wachte also ganz genau, warum er es „nicht für zweckmäßig“ hielt, auf die Rechtsbestimmungen für die Gastgelöhner, Deputatisten usw. näher einzugehen! Was er aber im Interesse der Gutsherren sein fürsorglich unterläßt, das sei hiermit zum Nutzen der Tagelöhner, Deputatisten usw. nachgeholt!

Knurrendem.

Vor dem Gewerbegericht in der Zimmerstraße klagte eine Verkäuferin in der Vergleichsverhandlung gegen eine Konfektionsfirma wegen unberechtigter Entlassung. Die Klägerin erklärte, ihr Chef habe sie plötzlich entlassen, weil sie ihm angeblich den Gehorsam verweigert habe. Dies sei nicht der Fall. Sie habe sich nur mit Recht geweigert, anzuprobieren und sich von jedem Kunden beschließen zu lassen, da sie laut schriftlichem Kontrakt als Verkäuferin und Lageristin, aber nicht als Konfektionäre engagiert worden sei. Allerdings habe sie ihrem Chef zugesagt, im Ausnahmefall, wenn einmal „Rot am Mann“ sei, einzuspringen, doch habe sie dies nur mit dem größten Widerwillen getan, da sie es absolut nicht über sich bringen konnte, selbst wenn sie es gewollt hätte, ihren Körper von den Kunden, unter denen doch immer etliche das Maß des Schändlichen überschritten, bestaunen und beschließen zu lassen. Eine augenblickliche Beschwerde über solche diskreten und deshalb vor dritten schwer festzustellenden handgreiflichen Beleidigungen des weiblichen Ehe- und Anstandsgefühls sei nicht tadelhaft, da der Chef dadurch einen sehr guten Kunden verlieren könnte. Ihr Chef habe sich auch stets, wenn sie anprobieren mußte, über ihr „müdes Gesicht“, das die Kunden abschrecke, aufgehalten; zum Anprobieren der Kunden sei sie aber nicht, dann brauche sie ja bloß Klebklein zu werden. Sie habe ihren Eltern, als sie ihre Heimat verließ, fest versprochen, anständig zu bleiben; das halte in Berlin sehr schwer, da sie ganz allein stehe. Bis jetzt, so schloß sie unter Tränen, sei sie es geblieben.

Sie bat den Entscheidungstermin vor dem 1. September anzusetzen, da sie die 105 M. Gehaltsforderung, um die es sich bei der Klage handelt, notwendig brauche. Der Vorsitzende verurteilte den Chef zu einem Vergleich zu bewegen, doch umsonst. Der Chef erklärte, nichts zahlen zu wollen. Der Vorsitzende bestimmte die Spruchfrist auf den folgenden Tag. Hatte sich das junge Mädchen während der Stundenlangen Verhandlungen vor dem Gericht, wenn auch unter Tränen, mit Einsetzung ihrer ganzen Kraft aufrecht gehalten, auf dem Treppentur nach sie ohnmächtig zusammen. Hilfsbereite Hände fingen sie auf und besprengten sie mit Wasser, so daß sie bald wieder zu sich kam. In der geistigen Spruchfrist, in der der Bevollmächtigte des Chefs die Angaben des jungen Mädchens im ganzen Umfange bestätigte, wurde der Chef zur Zahlung des ganzen Gehalts verurteilt.

Geringe Befoldung.

Daß der Selbsterkenntnis nicht immer die Beförderung auf dem Fuße folgt, lehrt das Verhalten der Fuhrwerksberufsgenossenschaft. Wir nahmen schon Gelegenheit, auf die wenig zufriedenstellende Behandlung der Angestellten in dieser Berufsgenossenschaft hinzuweisen. Daß sie schlecht bezahlt, damit haben wir der Fuhrwerksberufsgenossenschaft aber gar nichts Neues gesagt. In ihrem letzten Jahresbericht liest man nämlich:

Der Umzug des Hauptbüros von Dresden nach Berlin wurde in der Woche vom 17. bis 22. September 1906 bewirkt, so daß das Bureau, welches am 15. September 1906 in Dresden geschlossen wurde, am 24. September 1906 seinen Betrieb in Berlin in vollem Umfange wieder aufnehmen konnte. Die durch den Stillstand des gesamten Verwaltungsapparates eingetretene Störung in der Erledigung der Geschäfte wurde in verhältnismäßig kurzer Zeit überwunden, da der Stamm des Beamtenpersonals, dem zum größten Teile seitens der Berliner Mitglieder Unzugentfährungen bewilligt waren, seinen Dienst wieder aufnahm. Die Stellen von 20 in Dresden verbliebenen Hilfskräften mußten hier neu besetzt werden. Hierbei stellten sich insofern Schwierigkeiten heraus, als es wegen der verhältnismäßig geringen Befoldung nur schwer und meist erst nach wiederholtem Wechsel gelang, geeigneten Ersatz zu beschaffen.

Also, man weiß, daß man schlecht bezahlt, aber gibt sich keine Mühe, die Untugend abzuliegen.

Einfuhr von Kulis.

Im Jahresbericht der Landwirtschaftskammer der Provinz Westpreußen werden die Arbeitsverhältnisse besprochen und im Anschluß daran wird mitgeteilt, daß der Gedanke der Einfuhr von Chinesen nicht aufgegeben sei. Bisher wurden höhere Löhne verlangt, damit man bessere Löhne zahlen und die Landwirtschaft vor dem Untergang retten könne. Nun hat man die erhöhten Löhne, aber die Landwirtschaft ist immer noch am Untergang — weil man keine höheren Löhne zahlen will. Und um der Notwendigkeit, die Löhne aufzubessern, zu entgehen, sollen nun Kulis den Ruin der Landwirtschaft aufhalten. Was wird kommen, wenn man die Kulis hat!

Theater.
Donnerstag, den 29. August.
Anfang 7½ Uhr.
Hgl. Opernhaus. Samson und Dalila.
Hgl. Schauspielhaus. Feenhände. Deutsches. Das Wintermärchen. Kammerstücke; Fräulein Julie. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Neues königl. Opernhaus. Wiener Blut.
Berliner. Die tanzenden Mädchen. Leistung. Die Stützen der Gesellschaft.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Freischütz.
Schiller Charlottenburg. Odyssee von Verliebungen.
Neues Schauspielhaus. Raffles. Neues. Der Dieb.
Römische Oper. Hoffmanns Gesellen.
Westen. Die lustige Witwe. Lustspielhaus. Querschnitte.
Zentral. Das Tagebuch einer Verlorenen.
Kleines. Die Stimme der Unmündigen.
Reichens. Gaben Sie nicht zu verzollen?
Eriason. Fräulein Jofette — meine Frau.
Thalia. Ihr Sechz. Uhr. Ostel. Bernhard Rofe. Der große Unbekannte. Anfang 8½ Uhr.
Nachmittags 4½ Uhr. Einer muß heiraten. Berlin in Italien. Verdohene Bege.
Metropol. Der Teufel lacht dazu. Nyssa. Der Hochzeitsgast. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Gebr. Oerrefeld. Rabama Wig-Wag. Es lebe das Reichchen.
Vahage. Bernarbi. Spezialitäten.
Wintergarten. Meine Danerq.
Knie Dierens. Spezialitäten.
Prater. Rote Weiber.
Figaro. Paris. — Die Klaut. — Unter dem Welt.
Reichshallen. Stettiner Sängers.

Carl Haberland. Spezialitäten.
Urania. Lindenstraße 18/19.
Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtssonne.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.
Ferdinand Bonn
Berliner Theater.
Donnerstag, 29. Aug., abends 8 Uhr:
Die tanzenden Mädchen.
Detektiv-Romäne in 4 Aufzügen von Ferdinand Bonn.
Kleines Theater.
Die Stimme der Unmündigen.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Vater und Sohn.
Sonntag: Die Stimme der Unmündigen
Sonntagabend 8 Uhr: Die Stimme der Unmündigen.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Operette in 3 Akten v. Franz Lehár.
Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Husarenlieber.
8 Uhr **Residenz-Theater.** 8 Uhr
Direktion: Richard Alexander.
Donnerstag, 29. August:
Haben Sie nichts zu verzollen?
— Schwank in 3 Akten von Raucice Demequain und Pierre Weber.
Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Freitag, den 30. August:
Eröffnungs-Vorstellung.
Turandot.
Sonnenabend: Turandot.
Sonntag nachm.: Das Rätsel seiner Ehe. Abends: Turandot.
Montag zum erstenmal: Gebildete Menschen.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Morwitt-Oper.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Populäre Vorstellung v. halb. Preisen:
Der Freischütz.
Romantische Oper in 3 Akten von Carl Maria von Weber.
Freitag, abends 8 Uhr:
Abendvorst. **Heinrich Heine:**
Der Troubadour.
Sonnenabend, abends 8 Uhr:
Schluß der Opernsaison.
Populäre Vorstellung v. halb. Preisen:
Figaros Hochzeit.
Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Im Lande der Mitternachtssonne.
Invalidenstr. 57-63; Sternwarte.
Täglich geöffnet von 7½-11 U. abds.
ZOOLOGISCHER ZGARTEN
Täglich ab nachm. 5 Uhr:
Großes
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., von abends 8 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Fröbels Allerlei-Theater
Schönb. Allee 148, Rastow-Allee 97/99.
Bestes Volkstheater Berlins.
Dienste sowie täglich:
Das Riesen-August-Programm.
U. a.: Die Racingtruppe, Kramer-Trio, Max Rös, Gaffron usw.
Zum ersten Male:
Der Bombardier im Feuer.
Im Saale: Großer Ball.
Anfang 4½ Uhr. Entree 30 Pf.
Ab 1. September: Karl Braun.
Am 8. September: Doppel-Benefiz-Vorstellung für Minnie Russe und Willy Fröbel:
Der Raub der Sabinerinnen.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Götts von Berlichingen.
Schauspiel in 5 Aufzügen von Wolfgang Goethe.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Der Herr Senator.
Sonnenabend, abends 8 Uhr:
Götts von Berlichingen.
Zentral-Theater.
Täglich 8 Uhr: Das Tagebuch einer Verlorenen.
Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. Rauchen überall gestattet.
W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Benefiz für d. Schauspielpersonal! Nur einmalige Aufführung, 8 Uhr:
Das Geisterhaus
od.: Das Geipens um Ritterschiff. Auf 6 Uhr. Restliche 3 Uhr. Ball. Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.
Brunnen-Theater
Bodlstraße 58. Direkt.: Bernh. Ross. Heute: **Großer Elite-Tag!**
Die Theaterprinzessin.
Das erstklassige Spezialitäten-Programm.
Mr. Hopkins. Anton Sattler. The Dammann Family. Rosa und Josefa Glazeka, b. zusammengepackte Spieltheater. Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4½ Uhr.
Elite-Ball.

Knorr's Suppenwürstchen
à 10 Pfg.
enthalten alle Nähr- und Geschmacksstoffe einer guten Fleischsuppe. Man braucht nur mit Wasser zu kochen. Ein Würstchen gibt 3 Teller gehaltreiche Suppe.
Koche mit „Knorr“.

Apollo Theater
Letzte Woche!
Das kolossale Augustprogramm. U. a.:
9½. Humsti-Bumsti.
9¼. Schenk Bros., zwei Berliner Jungen.
10 Uhr: **Hartstein.**

Theater an der Spree
Köpenickerstraße 68.
Vorankündigung:
Sonnenabend, den 31. August:
Eröffnungs-Vorstellung:
Der Altindianer.
(Gesellschaft von D. Kallig, (Vollst. Dora, Heinz Gordon, Marie Grimm-Kindelberger usw.)
Volksgarten-Theater.
Bad-Bahnstraße — Bahnhof Gosundbrunn — Bollerstraße.
Die Weidenfee.
Vollständ. in 2 Akten von H. Gerike. Musik von Max Schmidt. Hierzu:
Das neue
Riesen-Spezialitäten-Programm.
Vollständigkeiten.
Zahn-Klinik. Preislose belicliche Zeitzahlung.
Olga Jacobson, Invalidenstraße 148.
Blumen- und Franzbinderei von Robert Meyer.
Unter Mariannen-Straße 2.

Palast-Theater.
Burgstraße 24.
Sonnenabend, den 31. August, 8 Uhr:
Wiederbeginn
der
Vorstellungen.
Glänzendes Programm.
Zum erstenmal in Berlin:
Das schwimmende Theater.
Das Tollste vom Tollen.
Die 5 Harnos. Akrobaten usw.
Entree 50 Pf.

Freie Volksbühne

Sonntag, den 1. September, nachm. 3 Uhr:
Neues Schauspielhaus. Berliner Theater.
1. Abteilung. 19./20. Abteilung.

Fuhrmann Henschel
Schauspiel in 5 Aufzügen von Gerhart Hauptmann.
Künstlerische Leitung: Alfred Halm.

Freiwild
Schauspiel in 3 Akten von Artur Schnitzler.
Künstlerische Leitung: Adolf Steinert.

Voraussichtlich:

III. Serie. Friedrich Hebbels
Judith.

Tragedie in fünf Aufzügen.

24. Kunst-Abend

im Rathaus am Freitag, 25. Oktober
Ludwig Thoma.

Heft 1 und 2 der Monatsschrift „Freie Volksbühne“ liegen von der letzten Augustwoche in allen Zahlstellen aus.

Die neuen Mitgliedskarten müssen schleunigst aus den Zahlstellen abgeholt werden.

Umschreibungen in eine andere Zahlstelle können nur noch im August vorgenommen werden.

Der Vorstand. In Vert.: G. Winkler.

Schweizergarten

Am Königstor. Am Friedrichshain.
Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74.
Täglich:

Theater-Vorstellung.
Neue Spezialitäten.
Kinematograph und Ball.
Freier Damentanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Passage-Theater.

Jeden Abend 8 Uhr:
Der große Verwandlungskünstler
Arturo

Bernardi

! und das neue!
großartig.
August-Programm.
14 Attraktionen 14.

BERNHARD ROSE THEATER

Str. Frankfurterstr. 132.
Im Garten, Anf. 4 1/2 Uhr:
Das glänzende
August-Programm.
Sperre 50 Pf. Entree 30 Pf.
Im Theater abends 8 1/2 Uhr:
Der große Unbekannte.
Sommerpreise.

Sanssouci, Kottbusor

Strasse 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Bei günstiger Bitterung
auf der Gartenbühne.
Heute sowie jeden Sonntag
und Montag:

Hoffmanns Nordd. Sänger
u. Tanzkränzen.
Studios in der Klemme.
Sonntags Beginn 5,
wochentags 8 Uhr.

Sonntags, 2. Novbr., ist
für Festlichkeiten noch frei!

Reichshallen-Theater.

Täglich:
Stettiner Sänger.

Britton
als
Kute im
Familien-
bad
Wannsee.
Anf. Sonntag 8, Sonntag 7 1/2 Uhr.

Walhalla- Variete-Garten

Weinbergsweg 19/20, Kottbus. Tor.
Neue Spezialitäten.
Dressierte Bären.
Anf. Sonntag 5; Vorstellung 7 Uhr.
Bei ungünstigem Wetter
Vorstellung im Theater 8 Uhr.

Getreide - Kaffee - Zucker

alle Lebensmittelpreise steigen rapid. Warum greift der Handel nicht ein?

Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und der Zukunft ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2. - Teil- und Volksausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von Mk. 2.10, bezw. 65 Pfg. für das Inland, Mk. 2.20 bezw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proestler in Wärsburg versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.
Man verlange ebendasselbe Flugschriften und Prospekte.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, Berlin SW.

Arnold Scholz **Neue Welt** **Hasenheide 108/114**
Donnerstag, den 29. August cr.: **Elite-Tag.**
Großes Doppel-Konzert
Spezialitäten-Vorstellung.
Erstklassiges Programm.
Unter anderem:
Conte Seranos Löwen-Dressuren.
Monster-Feuerwerk
des Pyrotechnikers **Adolf Bock.**
Tanz-Reunion.
Anfang 5 Uhr. (Entree zum Konzertgarten 10 Pf. Entree zum Theatergarten 50 Pf.)

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76-79.
Direkt a. d. Ringbahnstation. Beste Aussicht über die Stadt.
Ob schön! Täglich im herrl. Garten oder gr. Saal: Ob Regen!
Niesen-Vacherfolg.
Landsberger Allee auf Stelzen.
The Reros, Konkurrenzlose Neuheit. **Heinz Heuer,** prolongiert.
Dazu das neue brillante August-Programm.
Anf. 8 Uhr. Kaffeeklatsch, Volksbelustig. aller Art. Entree 20 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Das neue Auerlicht
Bestes hängendes Gaslicht
40% Gasersparnis
Grosse Leuchtkraft. Gefällige Form
Jeder Brenner trägt unsere Firma
In allen Installationsgeschäften zu haben.
Auer-Gesellschaft
BERLIN O. 17

Optal - Gläser
Kostenlos
prüfe ich Augen und Sehkraft mit Sorgfalt nach meiner bewährten Methode
Ich garantiere für passende Gläser.
Alle Beschwerden und Plagen beim Gebrauch von Augen-
gläsern werden vermieden und beseitigt durch
Optal-Gläser.
Diese verhindern die Ermüdung und stärken die Sehkraft.
Preis pro Paar Mk. 1.50.
Brillen und Kneifer
in Nickel von Mk. 1.- in Electro-Gold von Mk. 2.50,
in Double-Gold v. Mk. 4.50, in echtem Gold v. Mk. 10.- an
Mit Optal-Gläsern ca. Mk. 1.- mehr.
Optiker Ruhneke
Berlin S., Oranienstr. 47.
Von außerhalb verlange man meine Broschüren
„Augen und Brille“ und „Optal-Gläser“ nebst An-
weisung zur Selbstbestimmung genau passender
Augenlinsen gratis und franko. Optiker Ruhneke,
Berlin S., Oranienstr. 47.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage den Genossen des 709. Bezirks, den Kollegen der Firma Rudolph Bausch, dem Fundharmonika-Verein „Symphonie“ und den Mitgliedern des Hauses Sallianstraße 2 meinen tiefgefühlten Dank.
25225
Bros. **Johanna Neumann.**

Dankfagung.
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei der Bestattung unserer lieben Entschlafenen, ganz besonders dem Stadtobersten Herrn Gottfried Schulz für die trostreichen Worte am Grabe und den Sängern jagen unseren innigsten Dank.
25696
Im Namen der Hinterbliebenen
C. Spillner.

Karl Palf's Vereinshaus
C. 54, Dragonerstraße 15.
Empfiehlt seine von 20-150 Personen fassende Räume zu Sitzungen und Versammlungen.
24865
Bureau auch zu vergeben.

Alle Wanzen
werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. - Fl. 50 Pf. u. 1.00. - Ebenso Schwaben, Kuffen, Kravosen, Blattläuse usw. Schachtel 30 Pf. 60 Pf. u. 1.00. 56252
Zahlreiche Anerkennungen.
1000 Mark Belohnung
zahlt demjenigen, der mir einen Richtersfolg nachweist. Nur allein echt bei **Hugo Barth,** Drogerie, jetzt Brunnenstr. 14. früher Nr. 81.

Kratz
Radikal-Wanzenlöter
Fl. 1.75 u. 1.00. Probe 50 Pf.
vermichtet unter Garantie alle Wanzen und Brut.
Schwaben-Puder
Sch. 1.75 u. 1.00. Probe 50 u. 30 Pf.
Fritz Kratz, Drogerie
Reinickendorferstr. 119
(gro. Bf. Wedding u. Fennstr.).

Mortal
einziges Spezial-Mittel gegen schnell u. sicher wirkend, zerstört radikal den Brutstadium im Augenhoden, so daß gänzlich jede Brut ausgelöscht wird. Fl. 75 Pf. u. 1.50 Mk. Man nehme nur „Mortal“ mit Marke „Tod u. Teufel“ in den Drogerien und bei **Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4**

Sommerpreise.
A. B. Koch
Kohlen-Groß-Handlung
Berlin O. 34, Brombergerstr. 15.
Preise für nur 1a Marken ab Platz von 10 Str. an: 67882
Prima la Halbsteine (Belannte Marken) pr. Str. 95 Pf.
Ferdinand „ „ „ 1.00 Mk.
Pflänerschiff „ „ „ 1.02 Mk.
la Diamant pr. Str. (110 bis 120 Stk.) „ 1.05 Mk.
la Fische u. Äth. „ 1.05 Mk.
la Anthrazit Gadeb pr. 2.30 Mk.
Kohle, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tagespreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Str. 10-15 Pf. mehr. - Bei Original-Waggons und größeren Abfällen verlangen Sie meine Spezial-Offerte!

1907er Gänse! Enten!
Nest fr. garant. leb. Anstalt: 10 weisse, ganz aufgezogene Gänse 33 Mk., 13 halb schlachtreife Enten 19 Mk., 18 gr. Schlachtentente 17 Mk., 18 Schlachtentente 20 Mk. Schneider, Myslowitz O.-S. No. 2.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 13/15.
Künstlerische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.**
Jeden Montag: Sommerfest.
Jeden Mittwoch:
Die beliebtesten Kinderfeste.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Die Kaffeeklatsch ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

Prater-Theater.
Kastanien-Allee 7/9.
Der Tanzteufel.
Spezialitäten 1. Ranges.
Auftreten der **Löwenbraut Tilly Böbe** mit ihrem dreif. Löwen.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

CIRCUS
NORTON B. SMITH
Schöneberg, Ecke Haupt- u. Akazienstr.
Täglich 8 Uhr gr. Vorstellung.
Auftreten des weltberühmten Pferdehändigers **Prof. Smith.**

Verein Berliner Buchdruck - Maschinenmeister.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Max Riedel
nach längerem Leiden am 27. August verstorben ist.
Sein Andenken werden wir in Ehren halten.
Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle in Wilmersdorf, Berlinerstr. 2, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am 27. August verstarb nach längerem Krankenlager unser Kollege, der Maschinenmeister
Max Riedel.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag, den 30. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle in Wilmersdorf, Berlinerstr. 2, aus statt.
25535
Personal der Buchdruckerei **H. S. Hermann.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former
Otto Przyborowsky
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 30. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Pauli-Kirchhofes in Pflanzensee, Seestraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Am 26. August verstarb unser langjähriges Mitglied
Friedrich Stowe
im Alter von 61 Jahren an Gehirnerweichung.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Markus-Kirchhofes in Hohenschönhausen - Wilhelmshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
142/17 Die Verbandsleitung.

Am Montag, den 26. d. M., nachmittags 7 Uhr, verstarb an Karbunkel, Zuckerkrankheit, im Alter von 47 Jahren, mein lieber Bruder, der Schriftsetzer
Roderich Haenelt.
Dies zeigt tiefbetäubt an die Schwester
25596
Cäcilie Haenelt.
Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 30. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Verein Berliner Hausdiener
Mitgliedschaft I des Deutsch. Transportarbeiter-Verbandes.
Todes-Anzeige.
Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Kollege
Georg Schirmer
Weserstraße, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 29. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes statt.
74/16
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung I.

Am Dienstag, den 27. d. M., verstarb unsere liebe Tochter
Else Minx
im Alter von 15 Jahren.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 30. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Frankfurterstr. 4, aus statt. 57921
Die trauernden Eltern und Brüder.

Dankfagung. 57932
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma Gebr. Element u. Co. sowie Herrn Georg Schwandt meinen tiefgefühlten Dank.
Oswald Raabe und Familie Högel.

Hygienische
Bodentherapie. Neues Katalog
Empfiehlt viel Aerzte u. Prof. grat. auf
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW, Friedrichstraße 91/92.

Partei-Angelegenheiten.

Vierter Wahlkreis. Die wissenschaftlichen Vorträge für die Funktionäre des Wahlvereins beginnen am 4. September bei Boeler, Weberstr. 17, und Freitag, den 6. September bei Grammann, Naunmstr. 27.

Steglich. Heute abend 8 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung im „Virtenwäldchen“, Schützenstraße. Es spricht Redakteur Heinrich Schulz über: „Vollschule und Volkshochschule“.

Lichtenberg. Sonnabend, den 31. August, findet in den Prachtgärten des Orients, Frankfurter Allee 151/52, der Unterhaltungsabend der Parteigenossen Lichtenbergs statt.

Bernau. Am Sonnabend, den 31. August, findet abends 8 1/2 Uhr im Gasthof „Zum goldenen Hirsch“, Bürgermeisterstraße 225, die Versammlung des Wahlvereins statt.

Berliner Nachrichten.

Forst Krummendamm.

Beim Verlassen des Bahnhof Friedrichshagen wenden wir uns links in den Wald, indem wir die Röhre des Fisches zu erreichen suchen, dessen weite Niederung durch die Stämme schimmert.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Hochbaudeputation unter dem Vorsitz des Stadtrats Kammlau wurden die Entwürfe und Kostenanschläge für fünf offene Windbalken und einen Wagen-Schuppen auf dem städtischen Viehof vorgelagt und nach eingehender Beratung für die Errichtung derselben 27 800 M. bewilligt.

Neue deutsche Postkarten kommen in diesem Herbst zur Ausgabe. Veranlassung zu der Neuausgabe gaben die Beschlüsse des Weltkongresses in Rom vom vorigen Jahre, die am 1. Oktober zur Ausführung kommen.

fehlt jetzt naturgemäß ebenso wie der entsprechende deutsche Text. Die neuen Karten kommen nicht vor dem 1. Oktober zur Ausgabe, aber auch dann erst, wenn die alten Vorräte der betreffenden Sorte aufgebraucht sind.

Zwei neue Polizeipräsidien in Groß-Berlin. Der Kaiser hat die Polizeidirektionen zu Nizdorf und Schöneberg zu Polizeipräsidien erhoben und die betreffenden Polizeidirektoren zu Polizeipräsidenten mit dem Range der Oberregierungsräte ernannt.

Die Straßenbahn eröffnet am nächsten Sonntag, den 1. September, außer dem von uns schon angekündigten Gerichtsring 5, eine durchgehende Verbindung von Halensee bis zum äußersten Nordosten von Berlin.

„Station Kottbenerstraße“ wird die neue Haltestelle der Wannesebahn, die zwischen dem Bahnhof Steglitz und dem von Groß-Lichterfelde-West auf Lichterfelde gelegen ist, heißen.

Vergebliche Umschau nach einem Schutzmännchen. Gestern Straßenspektanten am Sonntag früh, als sie von einem Vergnügen heimkehrend vor dem Hause Skalitzerstr. 27 von sechs Rowdys überfallen wurden.

Wir halten es für selbstverständlich, daß Beamte nicht wegen jeder Kavalle in ein fremdes Revier geholt werden können, indes um eine solche handelt es sich hier nicht.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich Dienstag mittag auf dem Wittenbergplatz. Dort verfuhr gegen 12 Uhr die Frau des in der Hardenbergstraße 20 wohnenden Fabrikbesizers Wendig.

Durch Herabstürzen aus dem Fenster sind am Dienstagfrüh zwei Kinder verunglückt. In dem Hause Proskauerstraße 12 hatte die in der dritten Etage wohnhafte Ehefrau des Arbeiters Weimig, während sie Einkäufe besorgte, ihr drei Jahre altes Söhnchen allein in der Wohnung gelassen.

Ein seltsames Attentat in einem Straßenbahnwagen ist vorgestern am Antonplatz verübt worden. Am Alexanderplatz hatte ein Weihenfeer Bürger einen Straßenbahnwagen bestiegen, um nach Weihenfeer zu fahren.

Die Stadtbahnbediener treiben gegenwärtig trotz der scharfen Kontrolle wieder ihr Wesen. So wurde vorgestern ein Handelsmann A. aus der Hoppelstraße in einem Stadtbahnabteil um seine Barpapiere von 250 M. erleichtert.

daß ihm aus der linken Hosentasche das Portemonnaie mit 200 Mark Inhalt gestohlen worden war.

Au der Westseite des Humboldthafens wird jetzt ein Schuppen von 104 Meter Länge und 25 Meter Tiefe erbaut, der zum Lagern von Mehl usw. dienen soll.

Im Sportpark Treptow findet am kommenden Sonntag ein erstklassiges Fliegerrennen mit internationaler Besetzung und darauf ein Stundenrennen mit großen Motoren statt.

In einer öffentlichen Versammlung der Straßenhändler und -Händlerinnen soll morgen abend das gewählte Komitee in Sachen des Staatsanwalts Dr. Lehmann Bericht erstatten.

Der Arbeiter-Stenographenbund, Mitgliedschaft Berlin, teilt uns bezugnehmend auf die gestrige Notiz mit, daß der Unterricht heute bei Grapentin, Skalitzerstraße 102 und bei Joseph Schmidt, Belle-Alliancestraße 74 a, Ecke Bergmannstraße, beginnt.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht hatte die Wehr an drei Stellen Feuerbrände zu löschen. In der Lottumstr. 6 und Schützenstraße 42 brannten Kohlen und in der Briesenerstr. 13 Späne u. a.

Vorort-Nachrichten.

Wilmersdorf.

Die Liste der stimmungsfähigen Bürger der Stadtgemeinde Deutsch-Wilmersdorf wird in der Zeit vom 1. bis einschließlich 15. September an den Wochentagen von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 2 Uhr und an den Sonntagen von vormittags 9 bis 12 Uhr in der Melde- und Wahlabteilung, Lauenburgerstraße 19, parterre rechts, zur Einsicht öffentlich ausliegen.

Schöneberg.

Von einem Sären angefallen wurde am Dienstag im Fiskus Korton B. Smith der Tierhändler Havermann. Der Schwerverwundete mußte in ein Sanatorium gebracht werden.

Lichtenberg.

Ein „schwerer“ Diebstahl wurde in der vorgestrigen Nacht in der Auguststraße verübt. Dort hatte der Radlermeister Fiedler aus der Andreasstr. 88, der für die Stadt Berlin den zwischen Friedrichsfelde und Lichtenberg befindlichen Nieselgraben zu umzäunen hat, mehrere Rollen Draht gelagert, die ein Gewicht von circa acht Zentner hatten.

Nieder-Schönhausen.

Die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins nahm zunächst eine Rezitation des Genossen Stripp über „Ludwig Angenrader“ mit lebhaftem Beifall entgegen.

Pankow.

Als Amtsausschuß gab die Gemeindevertretung ihre Zustimmung zu dem Entwurf einer Polizeiverordnung für den neu eröffneten Bürgerpark. Nach der Verordnung ist der Park in der Zeit von morgens 6 Uhr bis abends 11 Uhr geöffnet.

Potsdam.

Unfall eines Malers. Gestern mittag gegen 2 Uhr fiel beim Anstreichen der Elektrizitätsmaße ein Maler an der Ecke der Hohenzollern- und Charlottenstraße herab und zog sich einen komplizierten Armbruch zu.

Tegel.

Die Gemeindevertretung mußte gestern erneut zusammen-treten, um wiederum über den Vertrag betreffs des Tegeler Hafengebäudes und Betriebes zwischen Gemeinde und Kreis zu verhandeln. Die Vertretung war aber nur gerade beschlußfähig.

würde dann aber sein eigenes Elektrizitätswerk haben und so selbst Kraft liefern. Für diesen Fall würde ihm eine Verpfändung, nur vom Ziegler Gemeindevorstand zu beziehen, nur hinderlich sein. Darum ist für den Vertrag, nach dem es Pflicht ist, insofern innerhalb der Ziegler Gemeindevorstand elektrische Kraft nötig wird, diese von der Gemeinde Ziegel zu beziehen, wenn die Gemeinde zu denselben Bedingungen, unter denen von anderer Seite Kraft angeboten ist, die Lieferung übernimmt. Falls aber der Kreis selbst ein Elektrizitätswerk baut, darf die Gemeinde nichts dagegen einwenden. Auch dieser Punkt wurde nach kurzer, erläuternder Debatte angenommen. Da nun kein Widerspruch mehr vorlag, wurde der ganze Vertrag vom Vorsitzenden für angenommen erklärt.

Die Einquartierung beschaffte dann noch kurze Zeit die Gemeindevertretung. Genosse Lichtenberg stellte nämlich an den Vorsitzenden die Frage, wie es möglich sei, daß Leute, die nur Stube und Küche hätten, Einquartierung nehmen müßten. Der Vorsitzende, Gemeindevorsteher Weigert, hat, daß ihm jeder Fall, der zu Beschränkung Anlaß gebe, auf dem Wege schriftlicher Eingabe zugefertigt würde. Es würde dann untersucht werden, ob die Beschränkung berechtigt sei und wenn erforderlich, von der Einquartierungskommission Abhilfe geschaffen werden. Voraussetzungen handelte es sich bei dem vom Gemeindevorsteher Lichtenberg erwähnten Fall um einen Einzelfall, der bereits zu Untersuchungen Anlaß gegeben habe. Dort sei der Betroffene, statt schriftlich einzukommen, zum „Vorwärts“ gegangen. Wie festgestellt sei, habe er aber nur Einquartierung erhalten, weil er sich, obwohl er Fabrikarbeiter ist, als „Werksmeister“ angemeldet habe. Im übrigen meinte der Gemeindevorsteher, sei die Einquartierung gar nicht Sache der Gemeindevertretung, sondern einfache Verwaltungssache auf Grund bestehender Gesetze. Genosse Lichtenberg bestritt zunächst, daß er den erwähnten Einzelfall im Auge hatte, es seien das andere Fälle. Er sei aber entgegen der Meinung des Vorsitzenden der Ansicht, daß die Einquartierung, da sie sich als Gemeindebelastung darstelle, sehr wohl die Gemeindevertretung beschaffigen könne. Ihm wurde vom Vorsitzenden erwidert, daß bisher noch niemals Schwierigkeiten entstanden seien. Es genügt ja auch nur ein paar Beilen an das Gemeindevorstand. Es gäbe aber leider Leute, die prinzipiell mit der Gemeindebehörde, wie überhaupt mit einer Behörde nichts zu tun haben wollten. Die ganze Sache sei eigentlich anders. Die jetzigen Beschwerdeführer dürften gar nicht mehr berücksichtigt werden. Sie hätten, als der Einquartierungskataster auslag, sich nicht darum gekümmert. Man müsse eben nicht bloß die Reichstags- und Gemeindevorsteherlisten einsehen. Wenn die Liste ausläge, dann könne jeder Einwohner daraus erfahren, was er an Einquartierung im Laufe des Jahres erhalten könne, um dann dagegen eventuell Einspruch zu erheben. In der Tat seien einige, etwa elf, Einsprüche erfolgt und überall sei die Einquartierungsliste abgeändert worden. Damit war die Sitzung beendet.

Gerichts-Zeitung.

Eine geriebene Wechselkassenschwindlerin.

Wie sich die Zentralmarkthalle als Arbeitsfeld ausgesucht hatte, mußte sich gestern in der Person der Frau Louise Bahll vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I wegen versuchten und vollendeten Betrugs im Strafschärfenden Rückfalle verantworten. Die Angeklagte ist die Ehefrau eines in der Koloniestraße wohnhaften Schneidermeisters, der in guten Vermögensverhältnissen lebt und für seine Familie in ausweichendster Weise sorgt. Schon vor Eingabe dieser Ehe ist die W. zweimal wegen Betruges mit längerer Freiheitsstrafe bestraft worden, und zwar hatte sie damals ebenfalls mit der „Wechselkass“ gearbeitet, indem sie bei ihren Einkäufen in geschickter Weise das von ihr in Zahlung gegebene Wechselgeld veränderte, zugleich aber auch das herausgegebene Wechselgeld einstrich. — Am 11. Mai d. J., kurz vor Schluß der Zentralmarkthalle am Alexanderplatz, als gerade an den einzelnen Verkaufstischen ein großes Gedränge herrschte, erschien vor dem Stand des Schlächtermeisters Budejowski eine dort gekleidete Frau und kaufte Fleischwaren im Betrage von 90 Pf. Budejowski gab ihr zwei Zweimarkstücke und ein Fünfcentstück heraus und wandte sich sofort einer anderen Käuferin zu. Plötzlich wurde er von der Frau zurückgerufen, die ihm erklärte, sie habe ein Fünfcentstück in Zahlung gegeben und nicht einen Zaler, da ihr W. nur 2,10 M. herausgegeben habe. Als W. der Frau sagte, er wisse genau, daß er zwei Zweimarkstücke herausgegeben habe, tat diese sehr empört über eine derartige Zumutung und wies ein leeres Portemonnaie vor. Im Tone höchster Entrüstung erklärte sie dem Schlächtermeister, ihr Mann sei Schneidermeister und habe sein gutes Einkommen, so daß sie „so etwas“ nicht nötig habe. Wenn er bei seiner Behauptung bleibe, so würde sie ihn verklagen. Da W. mit der Wohlthätigkeit rechnete, daß irgend einer der Umstehenden sich vielleicht das Geldstück angeeignet haben könnte, zahlte er der Frau, um jeden Stempel zu vermeiden, nochmals zwei Mark. Nach wenigen Minuten trat eine Dame an den Verkaufstisch des Schlächtermeisters heran und teilte ihm mit, daß jene Frau bei einem anderen Fleischmeister denselben Betrag jenseits mit Erfolg angewendet habe. W. folgte sofort der Frau und erwiderte sie gerade in dem Augenblick, als sie vor einem dritten Verkaufstisch das Schweinmännchen probierte. Die Verkäuferin Finger hatte jedoch die Geheimerin beobachtet und gesehen, wie sie das Geldstück in einer Scheintasche in ihrem Umhang verschwinden ließ. Die Schwindlerin wurde von W. festgehalten, bis ein Schuhmann herbeigerufen worden war. Auf der Polizeiwache entpuppte sich die Festgenommene als die jetzige Angeklagte Bahll. Bei einer Visitation wurden zwölf Zweimarkstücke bei ihr vorgefunden, so daß die Vermutung nahe liegt, daß sie die Wechselkass auch an mehreren anderen Stellen angewendet hatte. Außerdem wurden bei ihr mehrere leere Portemonnaies vorgefunden. Vor Gericht war die Angeklagte geständig. Der Staatsanwalt beantragte eine Zuchthausstrafe von einem Jahre, da man es anscheinend mit einer gewerbsmäßigen und höchst gefährlichen Schwindlerin zu tun habe. Das Gericht erkannte auf 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis sowie 3 Jahre Ehrverlust. Der Antrag des Staatsanwalts, die Angeklagte mit Rücksicht auf die Höhe der erkannten Strafe wegen Muthverdrags sofort in Haft zu nehmen, wurde von der Herrschaftsammer abgelehnt.

Eine empfindliche Niederlage erlitt die Staatsanwaltschaft des Landgerichts Potsdam in der Strafsache gegen die Weisgerber Otto Kettner und Genossen aus Brandenburg. Die Angeklagten waren des Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung beschuldigt. Sie sollten zwei nichtorganisierte Arbeiter durch Drohungen veranlaßt haben, ihrer Organisation beizutreten. Die Verhandlung vor dem Schöffengericht in Brandenburg hatte bereits mit der Freisprechung der Angeklagten geendet. Das Schöffengericht konnte einen die Anwendung des § 153 der Gewerbeordnung rechtfertigenden Tatbestand nicht feststellen. Wegen dieses Urteils hatte trotzdem die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Potsdam Berufung eingelegt und der Erste Staatsanwalt vertrat selbst die Anklage. Im Laufe der Verhandlung äußerte die Staatsanwaltschaft vollständig die Basis ihrer Anklage. Während sie zunächst behauptet hatte, die Angeklagten hätten sich gegen ihre Arbeitsgenossen vergangen, um sie zum Eintritt in ihre Organisation zu zwingen, behauptete sie nunmehr, sie hätten sich gegen einen Arbeitgebers des Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung schuldig gemacht. Der Staatsanwalt beantragte gegen jeden der sieben Angeklagten eine Gefängnisstrafe von je 6 Wochen, während der Vertreter der Anklagebehörde vor dem Schöffengericht nur je drei Tage in Antrag gebracht hatte, und zwar für die einfache Tat der Angeklagten, daß sie ihrem Arbeitgeber in ruhigem und sachlichem Tone erklärt hätten, sie würden mit dem mit ihnen in Freundschaft lebenden Weisgerber Kettner, dessen Aufnahme in ihrer Organisation sie abgelehnt hätten, nicht länger zusammenarbeiten. Die Verteidigung, die Dr. Engel führte, machte in Uebereinstimmung mit den Ausführungen der Staatsanwaltschaft zunächst geltend, daß bei allen wirtschaftlichen Kämpfen den Geschädigten menschliches Mitleid nicht versagt werden könne, daß

aber sehr oft auch die Arbeiter die Bemitleidenswerten wären. Er wies gegenüber der Behauptung des Ersten Staatsanwalts darauf hin, daß auch Arbeitgeberkoalitionen wiederholt Arbeiter, die sich ihren Ringen nicht angeschlossen, wirtschaftlich vernichtet hätten. Die Denkschrift über das Kartellwesen, die dem Reichstage zugegangen wäre, habe darüber deutlich Aufschluß gegeben. Die Staatsanwaltschaft habe aber in diesem Verfahren auch nicht folgerichtig gehandelt, denn vierzig Arbeiter hätten die Arbeit niedergelegt und nur sieben wären angeklagt worden. Entweder sei die Anklage gegen alle begründet, dann hätten auch alle Arbeiter angeklagt werden müssen, oder sie sei es gegen keinen. In rechtlicher Beziehung sei die Anklage nicht zu halten, denn § 153 der Gewerbeordnung könne immer nur Anwendung finden, wenn auf Genossen derselben Kampfsseite eingewirkt würde, also von Arbeitnehmern auf Arbeitnehmer und von Arbeitgebern auf Arbeitgeber, niemals aber bei einer Einwirkung von Arbeitnehmern auf Arbeitgeber und umgekehrt. Eine andere Auslegung sei durchaus unzulässig und würde das im § 152 der Gewerbeordnung gewährleistete Streikrecht vernichten; sie sei auch sinn- und sprachwidrig.

Das Gericht schloß sich diesen rechtlichen Ausführungen der Verteidigung an und erkannte gegen sämtliche Angeklagte auf Freisprechung.

Der „arme“ Bonner Studio!

Man berichtet uns aus Leipzig: Vom Landgerichte Bonn ist am 24. Mai der Student Wilhelm Orthen wegen Hehlerei zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Die wegen Diebstahls verurteilte Mitangeklagte Raubach war Kammerjungfer bei einer Frau v. M., welche sehr wohlhabend war. Orthen, der mit der Raubach ein Liebesverhältnis unterhalte, war häufig in Geldverlegenheit und verschmähte es nicht, im ganzen 250 M. von seinem „Verhältnis“ als Unterstützung anzunehmen. Die M. hat ihrer Herrschaft 250 M. und einem Professor, bei dem sie zu anderer Zeit diente, 100 M. entwendet. Das Gericht hat festgestellt, daß Orthen, der erst katholische Theologie und später Rechtswissenschaft studiert hat, annehmen mußte, daß die M. das Geld, das sie ihm in Beträgen von zweimal 100 und dreimal 50 M. übergab, gestohlen war. — In seiner Revision führte Orthen aus: Den einen Betrag von 50 M. hatte Frau v. M. der Raubach für die Armen gegeben, wie festgestellt ist. Wenn sie das Geld dem — armen Angeklagten gab, so handelte sie nicht rechtswidrig!!! Es liegt darin weder Diebstahl, noch Unterschlagung, da der M. das Vermögen der Rechtswidrigkeit fehlte. — Das Reichsgericht hat das Urteil, soweit es Orthen betrifft, auf und verwies die Sache an das Landgericht Koblenz. Die Aufhebung erfolgte, weil nicht festgestellt ist, ob die Raubach die 50 M. für die Armen gestohlen oder unterschlagen hat. Auch die übrigen Feststellungen erschienen unklar.

Aus einem Waisenhaus.

Göttingen, 27. August. (Eig. Ver.) Wegen „fahrlässiger Körperverletzung“ hatte sich vor dem Schöffengericht die Inspektorin des hiesigen Waisenhauses, Frau Katharina Wosse, zu verantworten. Vor mehreren Jahren wurde die jetzt 11 Jahre alte Elise Seebode, deren Vater damals ermordet worden war, im Waisenhaus untergebracht. Elise lebte dort gegen die Inspektorin ein „ungehöriges und lägerliches Wesen“ heraus, indem sie trotz des Verbotes der Frau Wosse nach Schluß wiederholt zu ihrer Mutter (!), die mit dem Installateur Stern eine neue Ehe eingegangen war, hinfuhr, sich dort, weil das Waisenhausessen ungenügend in Beschaffenheit und Menge zu wünschen übrig ließ, Nahrung erbat und dann der Anstaltsmutter über ihr längeres Ausbleiben schwindelhafte Angaben machte. Am 14. Mai will Elise wieder einmal durch Hunger zu ihrer Mutter hingetrieben worden sein, weil sie die „saure gewordene“ Leberwurst aus dem Waisenhaus in der Schule nicht habe herunterbekommen können. Frau Wosse sperrte sie zur Strafe dafür zunächst in einen alten Kamin der Anstalt ein und bedrohte sie dann, nachdem sie dieses Gefängnis wieder geöffnet mit Stodprügel. Elise stürzte, riß dabei drei Stühle um, und als Frau W. mit dem Robejaol nachsetzte, warf sie sich nieder und strampelte zur Abwehr mit den Füßen. Durch diese Widerpenstigkeit gereizt, prügelte Frau Wosse auf die nur leicht bekleidete Kleine ohne jede Rücksicht so derb los, daß der Körper der Geschlagenen allenthalben zahlreich edide, blutunterlaufene Striemen aufwies; auch unter dem linken Auge fand sich eine Strieme. Der Vormund des Kindes stellte Strafantrag gegen Frau Wosse und bezeichnete in der heutigen Verhandlung jene Rüchtigung als eine „brutale Mißhandlung“, wie er sie sich kaum gegen seinen Hund erlauben würde. Der Waisenhausvorsteher, Abt Professor D. theol. Knole, sah die Sache milder auf und meinte, „eine körperliche Züchtigung, die keine sichtbaren Spuren hinterlasse, existiere überhaupt nicht.“ Der Klassenlehrer der Elise, Wichoff, bemerkte, ebenso wie der Rektor Ledienburg, daß er „so nicht strafen würde“, und meinte, daß die Elise, seitdem sie sich nicht mehr im Waisenhaus befinde, anders geworden sei. Der Sachverständige Dr. med. Schade hält die Züchtigung für eine „außergewöhnliche“, besonders bei einem Mädchen. Das Gericht berücksichtigt als strafmildernd, daß die Angeklagte sich gereizt fühlte und daß nachteilige Folgen für die Gesundheit des Kindes nicht zurückgeblieben sind, betont aber, daß sie „erheblich“ das ihr zustehende Züchtigungsrecht überschritten hat. Das Urteil lautet auf vierzig Mark Geldstrafe.

Die unliebame Kritik im Gerichtssaale.

Man schreibt uns aus Dresden: Anlässlich der Verhandlung gegen den Arbeiter Otto Adolf Breuer spielte sich vor dem Dresdener Schöffengericht eine Scene ab, deren Entstehung und einzelne Details für die Stellung, welche Polizei und Gericht sich in unserem gegenwärtigen Staatswesen selbst zuweisen, geradezu charakteristisch genannt zu werden verdienen. Der Angeklagte hatte eine Strafverfügung über drei Tage Haft wegen groben Unfugs erhalten, gegen die er gerichtliche Entscheidung beantragte. Er beschimpfte am 30. Mai auf der Bettlerstraße seine ehemalige Logiswirthin und soll dadurch einen Menschenanfall verursacht haben. Der Angeklagte behauptet nun unwiderlegt, er sei unschuldig zu einer zehnmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt worden, habe diese Strafe verbüßt und in Wiedernahmeverfahren wurde er freigesprochen. Schuld daran, daß er zehn Monate im Gefängnis sitzen mußte, sei die Frau gewesen. Wenn er sie nun treffe, könne er sich vor Mut nicht halten und schimpfe sie. So war es auch am 30. Mai. Nachdem er aber der Frau gegenüber seinem Unwillen Luft gemacht, sei deren Ehemann auf ihn zugegetreten und habe ihn zur Rede gestellt. Er erklärte sich nun bereit, seinen Namen feststellen zu lassen und ging dem Ehepaar voraus auf einen Schuhmann zu, diesem sagend: „Diese Frau ist nicht mein Name feststellen zu lassen, weil ich sie beschimpft habe.“ Es hatten sich mehrere Leute angeammelt, weil die Frau bei dem Gange zum Schuhmann ihm Zuchthändler usw. nachrief — so behauptet er wenigstens. Der Schuhmann wurde als Zeuge vernommen und erzählte, die Frau sei zuerst auf ihn zugegetreten und habe ihm den Vorfall angezeigt. Der Angeklagte stellte dies richtig und sagte, er sei zuerst zu ihm gekommen und habe ihn um Feststellung seines Namens erucht; er sei vor der Frau hergegangen. Da der Schuhmann dies ausdrücklich verneinte und seine erstere Behauptung aufrecht erhielt, ja sogar hinzufügte, der Angeklagte sei hinter der Frau hergekommen, bezeichnet dies der Angeklagte als eine „Lüge“. Er wird vom Vorsitzenden verwarnet, daß er dies nicht sagen dürfe. Da er diesen Vorwurf abermals gegen den Schuhmann erhebt, erhält er einen Tag Haft wegen

„Ungehör vor Gericht“. Kaum zwei Minuten darauf wird durch die Vernehmung der Frau, die gegen den Angeklagten als Belastungsgewinn auftritt, zweifellos festgestellt, daß der Schuhmann tatsächlich die Unwahrheit gesagt hat. Trotz nochmaligen Befragens bekräftigt sie die Angabe des Angeklagten, daß dieser zuerst an den Schuhmann herangetreten sei und sich zur Feststellung seines Namens zur Verfügung gestellt habe; sie sei hinter ihm hergegangen. Die Verhandlung selbst wird vertagt und beschlossen, nun doch einen vordem abgelehnten Zeugen zu vernehmen. Da nochmals auf die Strafe für die „Ungehör vor Gericht“ zurückgekommen wird, erklärt der Angeklagte, daß er den Tag abwarten werde, es sei aber doch bewiesen, daß es eine Lüge war. Das Gericht verurteilt ihn deshalb zu einer weiteren dreitägigen Haftstrafe. Der Angeklagte, der von vornherein den Eindruck eines nervös erregten Menschen machte — das geht ja auch aus allem hervor — wurde darüber demüthet, daß er fast weinend vor Mut rief: „Es ist bewiesen, daß es eine Lüge war; Sie wissen einen Sach... drei davon; ich bin schon so viele mal unschuldig verurteilt worden und lasse mich nicht rechtlos machen!“ Resultat weitere drei Tage Haft, im ganzen also sieben Tage. Ein Befehl an den Gerichtsdienner — der Mann wird mit lächerlichem Schwunge hinaus befördert und abgeführt. Das Publikum ist im höchsten Grade erregt, einige verlassen den Saal. An der Tür kann sich einer namens Hänsel nicht enthalten, dem Gericht zu rufen: „Aber richtig ist es auf seinen Fall!“ Er muß sofort Platz nehmen, wo der Angeklagte eben gesessen hat und erhält 3 M. Geldstrafe, wobei sich das Gericht jede Kritik verbietet.

Vermischtes.

Parfüm der Jarin.

Eine der Lieblingsbeschäftigungen der bürgerlichen Zeitungs-schreiber ist die Beweibräuererei fürstlicher Personen. Alle Augenblicke sind nach ihnen den Fürsten und Fürstinnen eigen. Ganz selbstverständlich sind die männlichen Mitglieder der Fürstengeschlechter, infolge ihrer hochgradigen Intelligenz durchaus befähigt, auf den Universitäten die schwierigsten Lehrrufe spielend zu bewältigen, sie sind in den Armeen die geborenen Feldherren und stellen für die Marine die tüchtigsten Admirale. Wie es gar nicht anders sein kann, verkörpert sich in den Fürsten Mannedum und Wiederkeit, Wahrschäftigkeit und Treue und wie sonst alle die Dinge heißen, die gerade in fürstlichen Familien in Reinkultur gezogen werden. Die Fürstinnen dagegen stellen — mit Ausnahme der verflochtenen Kronprinzessin von Sachsen — wahre Muster von Hausfrauentugend dar. Höchste Schönheit und Reinheit der Seele finden wir fast bei allen Fürstinnen. Der ausgeprägteste Familiensinn ist ihnen eigen, Sparsamkeit und Einfachheit in der Lebenshaltung machen sie zu unerreichten Vorbildern für die Landes-töchter. Wohlthät und Gütlichkeit sind Untertugenden, die wohl einmal in den unteren Schichten der Bevölkerung sich vorfinden, Fürstinnen dagegen präsentieren sich als Muster einfacher Eleganz. Daß diese „einfache Eleganz“ sich manchmal rechtlich nicht sehr billig stellt, davon zeugt eine Kollie in der Frauenzeitschrift „Woman's Life“. Nach der genannten Zeitschrift gibt die Kaiserin von Rußland für Parfüm in einem einzigen Pariser Parfümeriegeschäft die Kleinigkeit von 100000 Frank jährlich aus. Ihr Parfüm ist von gediegenem Silber mit Malachitfäden, und ihre Parfümflaschen, die mit Gold und Edelsteinen geschmückt sind, repräsentieren allein ein Vermögen. Ihr Lieblingsduft ist Veilchen, und zu Beginn des Frühlings pflanzen in Grasse (Südfrankreich) hundert weiblicher Bahnschiffen wochenlang Veilchen, aus denen einzig und allein Parfüm für die Kaiserin von Rußland hergestellt wird. Und ist dieser reichliche Konsum von Parfüm sehr erklärlich. Der Blut- und Nervenbau, der von den russischen Reichenseldern aufsteigt, befähigt das empfindliche Mädchen der Jarin. In eine Wolke lieblichen Duftes gehüllt, ändert sie durchs Leben — bis der ganze Grimm und Haß der unterdrückten und gemehnten Massen sich entlädt und die parfümierte Herrlichkeit zusammenbricht.

Typhusepidemie in einem Gefängnis. Wie aus Köln berichtet wird, sind im Gefängnis zu Wittlich (Kreis Trier) 40 Gefangene am Typhus erkrankt. Sie wurden in eine andere Gefangenenanstalt übergeführt. Der Regierungspräsident von Trier begab sich alsbald an Ort und Stelle. Mehrere auswärtige Aerzte wurden auf höhere Anweisung nach Wittlich gesandt. Zum Schutze der übrigen zahlreichen Insassen der Strafanstalt sind die weitesten Vorkehrungen getroffen worden. Auch in Elogenburg haben sich die Typhuserkrankungen mit Todesfolge in den letzten Tagen so vermehrt, daß die Einberufung der Gesundheitskommission angeordnet wurde.

Ein Automobilunfall. In Heeren (Holland) verunglückte bei einer Automobilfahrt der Mitinhaber der Seidenweberei Krahn und Goldberg in Arefeld. Sein neunjähriger Sohn wurde getödtet und seine Frau schwer verletzt. Er selbst blieb unverletzt.

Von ihren gewordenen Pferden eines Wagens überrennt wurden gestern in Leus eine Frau mit drei kleinen Kindern. Zwei Kinder blieben sofort tot, die Frau und das dritte Kind wurden schwer verletzt.

Eine Touristin abgestürzt. Die Hochtouristin Fräulein Marianne Helmo aus Wien ist vom Hochtaufing bei Neuz 150 Meter tief abgestürzt und war auf der Stelle tot.

Eine Explosion erfolgte nach einer Meldung aus Lissabon in dem Kohlenraum am Bord des Kreuzers „Tajco de Gama“. Mehrere Matrosen wurden verletzt.

Eine Feuersbrunst. In Paris zerstörte gestern Abend eine Feuersbrunst mehrere Gebäude in der Veroystraße. Das Feuer brach in einem Jourmagazin, welches mit Heu und Stroh angefüllt war, aus. 70 Pferde verbrannten. Eine Holzsägerei wurde ebenfalls zerstört. Mehrere Feuerwehrlente, darunter ein Offizier, wurden bei den Rettungsarbeiten verletzt. Das Feuer nahm eine derartige Ausdehnung an, daß vier Kompagnien der Marineinfanterie die Feuerwehr unterstützen mußten. Der Materialschaden wird auf 1/2 Millionen geschätzt.

Die Blattern in Wien. Die Zahl der Blatternerkrankungen beträgt seit Mitte April 60. Gestern sind zwei neue Fälle gemeldet worden.

Die Cholera in Rußland. In Lodz sind mehrere Choleraverdächtige Fälle festgestellt worden. Die Stadtverwaltung traf weitgehende Maßnahmen, um eine Ausbreitung der Seuche zu verhindern.

Verband deutscher Barbier, Friseur und Perückenmacher-Gesellschaften. Berlin, am Donnerstag, den 29. d. M., abends 10 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokale Döberstraße 46.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der in der Lederfabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Deutl. abend 1/2 Uhr im Marienbad, Badstr. 35/36: Versammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenkunde Rudolf Friedländer, 10. August 4 eine Treppe (Hambelstraße) Verlesung. Zurangang aus Vudensr. 101, hochentw. von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends hat. Geöffnet 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Buchstab und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht ertheilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

H. Z. Barentzin, Bureau des 4. Wahlkreises, Alsterstr. 81. — M. Z. 29. Rein. — G. B. 78. Wenden Sie sich an einen Patent-anwalt. Adressen finden Sie im Berliner Adressbuch. — A. Z. 100. Wenn

die Erwartung innerhalb drei Wochen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses eingetreten ist, ist die Kasse zur Zahlung verpflichtet. — M. K. Baumhau, Städtisches Bauamt, Alte Poststr. 3/35. — Meier Radio, Dresdenstr. 10. Arbeiter-Bildungsschule, Lindenstr. 3. — Taxis 2. Die Kasse würde zur Aufrechnung berechtigt sein, wenn es sich um dieselbe Krankheit handelt. Wenden Sie sich bei der Bezahlung an den Magistratskommissar für die Ortskrankenkassen, Straßmannstr. 6. — P. S. 111. Wenden Sie sich schriftlich an das Bezirkskommando. — P. S. 20. Wenden Sie sich an die Landesversicherung mit dem Antrage auf Anwartschaft. — G. 50. Die Nachzahlung der Gläubiger, Karlsruhe i. B., dürfte Ihre Frage beantworten können. — M. J. B. Rein.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Veetich, Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen und wegen der Ueberweisung von Arzneipreskripten sofort ihre Adresse einleiten, da bei verspäteter Befolgung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleitet werden.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der Städtischen Marktschranken-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 72-74 pr 100 Pfd., IIa 66-71, IIIa 61-64, Bullenfleisch Ia 65-70, IIa 53-62, Rinde, fett 52-60, do. mager 40-50, Pfeffer 56-64, Waizen, dm. 52-63, do. hell 0,00, Rindfleisch, Doppellender 100-120, Wurstfleisch Ia 75-85, IIa 60-74, Kälber ger. gen. 47-59, do. hell 0,00, dm. 0,00, Hammelfleisch Rastkammer 82-84, Hammel Ia 77-81, IIa 71-76, ungar. 50-60, Schafe 68-70, Schweinefleisch 65-71, Rebhuhn Ia per Pfund 0,60-0,80, IIa 0,50-0,55, Rebhuhn Ia 0,48-0,55, do. IIa 0,00, Dammhuhn 0,45-0,47, Bückling 0,35-0,45, Fischlinge 0,40-0,50, Raminchen per Stück 0,50 bis 0,75, Wüsten per Stück 1,00, Kricken per Stück 0,00, Rebhühner, junge große 0,90-1,20, do. kleine 0,50-0,85, alte 0,75-0,85, Gänse, alte, per Stück 1,50-2,45, IIa 1,00-1,40, do. junge 0,50-1,00, Lauben 0,35-0,55, Hähnchen 0,60, Enten per Stück 1,40-2,00, do. Hamburger per Stück 2,90, Gänse per Pfund 0,60-0,72, do. per Stück 3,50-4,20, do. Hamburger per Pfd. 0,00, do. Oberbruder per Pfd. 0,65-0,68, Boulets per Stück 0,80-1,10, Boullarden per Pfd. 0,00, Gänse per 100 Pfund 100-117, do. matt 0,00, do. mittel und groß, matt 0,00, do. mittel 0,00, do. groß 101-102, Gänse, klein 114, Enten, klein 180-192, do. mittel 113-115, do. unfortiert 176, Gänse, groß 104-110, do. klein und mittel 94-97, mittel 108-113, do. unfortiert 59, do. groß-mittel 0,00, do. klein 0,00. Vögel, matt 0,00.

Rohkost 0,00, Karben, 60er-80er 75-80, do. 50er-60er 0,00, Mele, matt 0,00, Quante Röhre 51-55, Baris 81-85, do. klein 55-63, Karotten 0,00, do. klein 0,00, Reis 50, Mehlische 0,00, Mand 76, Quappen 0,00, Amerikanischer Lachs Ia neuer, per 100 Pfd. 110-130, do. IIa neuer 90-100, do. IIIa 0,00, Seelachs 15-20, Hummer, Stier, Steige Ia 2-6, mittel per Röhre 2, Hamb. Steige 4-6, halbe Röhre 2-3, pom. Ia Schod 9, IIa 1-3, Sündlinge, Stier per Maß 2-3, Strahl, 3,50-5,00, Bornh. 0,00, Mele, groß per Pfd. 1,10 bis 1,40, mittelgroß 0,80-1,10, klein 0,60-0,80, Herings per Schod 5-9, Schellfische Röhre 3-4,00, 1/2 Röhre 1,50-2, Sardellen, 1902er per Anker 98, 1901er 98, 1900er 98, 1900er 90-95, Schottische Vollerlinge 1905 0,00, large 40-44, full 38-40, med. 36-42, deutsche 37-44, Herings, neue Röhre, per 1/2, Ia 50-120, Sardinen, russ., Röhre 1,50-1,60, Bratheringe Röhre 1,20-1,40, do. Röhre (4 Liter) 1,40-1,70, Rensungen, Schodlag 11, do. kleine 5-6, do. Röhre 14, Strohie per Schod, große 0,00, do. mittelgroße 0,00, do. kleine 3,00, do. unfortiert 5,50, Galtzer groß 0,00, do. unfortiert 0,00, Eier, Hand, unfortiert per Schod 3,70-3,80, do. große 4,00, Butter per 100 Pfd. Ia 117-120, IIa 108-117, IIIa 100-109, ablaufende 90-95, Saure Gurken, neue, Schod 4,00, Pfeffergurken 4,00, Kartoffeln per 100 Pfd. weiße runde 2,25-3,25, blaue 3,00-3,75, Rosen 2,00 bis 2,50, Nerven 2,75-3,50, Porree, Schod 0,50-1,00, Pfeffer, Schod 5-15, Spinat per 100 Pfund 15-25, Sellerie, per Schod 2,00-3,00, Zwiebeln per 100 Pfd. 4,00-6,00, do. Vert. 50,00-75,00, Cbarioten 75,00-90,00, Vetrille, grün, Schodbund 0,75-1,00, Rohirabi Schod 0,75-1,25, Rettich, baur., neuer Stück 0,07-0,10, do. hiesiger Schod 3-4, Kohlraben, per 100 Pfund 3,00 bis 6,00, Karotten, hiesige, Schodbund 2,00-3,00, Birninglobl per Schod 4,00 bis 12,00, Kottfahl, Schod 6-12, Weißfahl 4-10, Blumenfahl, hiesiger 100 Stück 8-14, do. Hamburger 100 Stück 0,00, do. Stuttger 100 Stück 8-20, Kohlraben, Schod 4,00-6,00, Petersilienwurzel, Schodbund 3,00-4,00, Schoten per 100 Pfund 8-20, Pfefferlinge per 100 Pfd. 4-2, Steinpilze per 100 Pfund 20-25, Radleschen per Schodbund 0,75 bis 1,00, Salat per Schod 1,50-2,50, Gurken, Gimmache, Schod 14,00, do. böhmische Schod 0,00, do. Liegnitz Schod 2,00-4,50, Bohnen, grüne, 100 Pfd. 7-15, Wachsbohnen, per 100 Pfd. 10-25, Stachelbeeren, per 100 Pfund 0,00, Blaubeeren, per 100 Pfd. 10-15, Johannisbeeren, per 100 Pfd. 10-15, Preiselbeeren per 100 Pfd. 25-28, Kirchen, laure, 100 Pfd. 15-20, Birnen, ital., 100 Pfund 14-40, Äpfel 35-40, hiesige 3-20, Solander 20-25, Pfirsiche, hiesige per 100 Pfd. 20-30, ital. in Stücken zu 12 Stück 0,75-2,00, do. in Röhren Ia per 100 Pfd. 28-35, do. IIa in Röhren per 100 Pfd. 17-25, Äpfel, ital., per 100 Pfund 0,00, französl. 0,00, Kirschen, hiesige, per 100 Pfund 8-17, ung. 10-13, hiesige 8-15, Graubensteiner Ia 15-25, do. IIa 10-20, Pfäunen, ital., per 100 Pfund 10-20, Feinelanden 15-30, hiesige 8-16, ung. 12-15, Badener, Röhre, 12-20, Weintrauben, franz., per 100 Pfd. 14-20, italien. 15-28, Ananas I, per Pfund 1-1,20, do. II 0,00, Zitronen,

Reifma, 300 Stück 10,00-20,00, do. 360 Stück 9,00-21,00, do. 300 Stück 6,00-12,00, do. 150 Stück 5,00 bis 8,00, Bananen, gelb, per 100 Pfd. 20,00-22,00, grün 0,00, Melonen, per 100 Pfd. hiesige 25-35, ital. 14-20, franz. 0,0 holl. 25-28, spanische 8-10.

Witterungsübersicht vom 28. August 1907.

Stationen	Barometer hoh mm	Wind- richtung	Witterung	Temper. n. d. C.	Stationen	Barometer hoh mm	Wind- richtung	Witterung	Temper. n. d. C.
Emmerke	764 923	3 wolkig	14	Dapraranda	756 9	4 heiter	7		
Hamburg	766 923	3 wolkig	11	Petersburg	757 923	1 bedekt	11		
Berlin	765 923	3 halb b.	13	Scilla	764 923	1 heiter	14		
Frankfurt	766 9	3 wolkig	14	Aberdeen	762 923	1 bedekt	9		
München	765 923	3 heiter	18	Paris	764 923	2 wolkig	15		
Wien	764 923	— Dunst	17						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 29. August 1907.
Bei schwachen südwestlichen Winden mäßige Erwärmung; nach Zunahme der Bewölkung Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	27. 8.	28. 8.		27. 8.	28. 8.
Remel, Tüft	194	-4	Gabel, Spandau	113	-1
Regel, Ankerburg	105	+1	Kathenow ^{*)}	146	0
Reichel, Thon	80	+2	Spree, Spremberg	92	0
Oder, Ralbitz	164	-18	Beckow	194	-2
Strosen	129	+2	Weser, Minden	91	-7
Kranfurt	134	-2	Minden	10	-4
Wartze, Schrimm	42	-2	Rhein, Waldschat	—	—
Landesberg	37	-1	Kaub	212	-8
Rehe, Vordamm	25	0	Albin	202	-7
Elbe, Leitmeritz	21	+1	Redar, Weiskrom	30	-9
Barbo	110	+5	Wain, Weiskrom	100	0
Magdeburg	110	-2	Wofel, Xrier	—	—
Saale, Großh.	79	-6			

^{*)} + bedeutet Quatsch, — Fall, — ^{*)} Unterpegel.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

Diese Woche sowohl Vorrat!

ALEXANDERPLATZ

Besonders preiswerte Lebensmittel

Italienische Weintrauben ca. 4 1/2 Pfund 90 Pf. grosse Kiste ca. 8 1/2 Pfund 1 35
Prima Pfirsiche Pfund 30 Pf. Im Originalkorb, ca. 7 Pfd., Brutto für Netto Pfund 25 Pf.

Kochbirnen 5 Pfd. 50 Pf. 10 Pfd. 95 Pf. Grosse Kochäpfel 5 Pfund 70 Pf.
Tafelbirnen 3 Pfund 40 Pf. Tafeläpfel 3 Pfund 50 Pf.

Frühstücksardinen Dose 30 Pf.	Bismarckheringe Dose 45 Pf.	Zwiebelleberwurst Pfd. 50 Pf.	Westfäl. Bauernwurst ... Pfd. 95 Pf.
Sardinen Marke Carmen Dose 48 Pf.	Bratheringe Dose 45 Pf.	Rotwurst Ia Pfd. 70 Pf.	Mettwurst Braunschweiger Art. Pfd. 95 Pf.
Sardinen Marke Saupiquet . 1/2 Dose 1 40	Delikatessheringe 1/2 Dose 78 Pf.	Delikatessleberwurst ... Pfd. 70 Pf.	Rotwurst ff. geräuchert. Pfd. 50 Pf.
Sardinen Marke Lambert . 1/2 Dose 2 20	Delikatessheringe 1/2 Dose 48 Pf.	Speck fett und mager Pfd. 85 Pf.	

Geräucherter Lachs prima Qualität, in Stücken von 1 bis 2 Pfund Pfund 80 Pf. In ganzen Seiten Pfund 70 Pf.

Rebhühner Prima alte 70 Pf.	Pa. zarte junge Enten Stück 2 50 bis 3 00
Junge Rebhühner 1 00 1 10	Rehkeulen Stück 5 50 6 00
Rehrücken Stück 6 50 7 50	
Hirschwild	Wildschwein
Rücken Keule Blatt Ragout	Rücken Keule Blatt Brust
Pfund 1 00 90 Pf. 50 Pf. 40 Pf.	Pfund 1 10 90 Pf. 60 Pf. 40 Pf.

Konserven Ernte 1907

Stangenspargel extra stark 1 50 84 Pf.	Stangen-Spargel stark 1 20 1/2 Dose 65 Pf.	Leipz. Allerlei extra fein 92 Pf. 51 Pf.
Stangenspargel Prima 1 45 78 Pf.	Stangen-Spargel mittelstark 1 05 1/2 Dose 58 Pf.	Leipz. Allerlei Ia .. 52 Pf. 31 Pf.
Bruchspargel Ia. 1 00 59 Pf.	Mirabellen 1/2 Dose 65 Pf.	Spinat 44 Pf. 27 Pf.
Bruchspargel Prima . 90 Pf. 50 Pf.	Ananas-Erdbeeren 1/2 Dose 80 Pf.	Junge Carotten ... 45 Pf. 28 Pf.
Kaiserschoten 1 02 56 Pf.	Aprikosen 1/2 Frucht 1 05 1/2 Dose	Morcheln 80 Pf.
ff. junge Schoten . 82 Pf. 46 Pf.		Melange-Marmelade ca. 10-Pfd.-Eimer 2 00 ca. 5-Pfd.-Eimer 1 05
Junge Schoten 42 Pf. 26 Pf.		Honig in Gläsern Pfd. 95 Pf.

Gebrannter Kaffee Mischung I II III IV V VI Pfund 80 Pf. 88 Pf. 1 00 1 15 1 35 1 55

Ein grosser Posten Guatemala-Kaffee 70 Pf. kräftige, reinschmeckende Qualität, gebrannt. Pfund

TEE, neue Ernte Mischung I II III IV V VI Pfund 1 15 1 30 2 20 2 70 3 50 4 20

Ein Posten Frühstücks-Tee 85 Pf. vorzügliche Qualität Pfund

